

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

1. Mai 1974 Jg. 2 Nr. 9 50 Pfennig

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 37 92 21 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr.44a – Die KVZ erscheint regelmäßig 14-tägig mittwochs, Auflage: 58 000 – Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 1.5.1974 – Zuschriften an die Redaktion der KVZ: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29. Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen unter Nr. 0621 / 37 91 21 – Jahresabonnement: 24 Nummern incl. Porto 18,00 DM. Förderabonnement: 24 Nummern 20,00 DM und mehr. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim, Kto-Nr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr. 112 985-758 – Die Zeitung wurde am 28.4.1974 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

1. MAI

GEGEN MITBESTIMMUNGSFEIERN KAMPFTAG DER ARBEITERKLASSE

Seit 25 Jahren versuchen die bürgerlichen Machthaber im DGB und in den Einzelgewerkschaften, die Interessen der Arbeiter mit denen der Kapitalisten zu versöhnen. Das gelingt ihnen in den letzten Jahren immer schlechter. Unter der Parole 'volle Gleichberechtigung der Arbeitnehmer' wird im Mai-Aufruf des DGB an erster Stelle die Mitbestimmung angepriesen, ein Mittel, mit dem die Arbeiterklasse vom Kampf abgehalten und auf die "gemeinsamen Unternehmensinteressen" – auf die Profitwirtschaft – verpflichtet werden soll.

DGB-Chef Vetter machte sie vor einigen Tagen den Kapitalisten auf der Jahrestagung der Hans-Böckler-Gesellschaft schmackhaft: Trotz der schweren Strukturkrise im Montanbereich sei die Produktivität hier enorm gestiegen und die deutsche Montanwirtschaft heute international voll wettbewerbsfähig (Frankfurter Rundschau, 27.4.).

So sehr sich die bürgerlichen Machthaber in den Gewerkschaften um die Profite der Kapitalisten sorgen, ebenso sehr versuchen sie, die Arbeiterklasse und die anderen Lohnabhängigen von selbständigen Kämpfen für ihre Interessen abzuhalten und hintertreiben die wirtschaftlichen Kämpfe der Lohnabhängigen. Ihre Sorge gilt dem kapitalistischen Gesamtwohl, das auf der Ausbeutung der Lohnarbeit beruht und nur durch ständig verstärkte Ausbeutung gesichert werden kann.

So fordert der DGB-Maiaufruf "Humanisierung und Sinnerfüllung der täglichen Arbeit". Die tägliche Ausbeutung mit Sinn zu erfüllen ist aber nicht das Ziel der Arbeiterklasse, sondern die Abschaffung der Lohnarbeit und damit der Ausbeutung durch die Kapitalistenklasse.

In den selbständigen Kämpfen erkennt die Arbeiterklasse ihre Kraft, dies zu erreichen. Deshalb müssen die bürgerlichen Machthaber sich diesen Kämpfen mit Lug und Trug entgegenstemmen. Doch dadurch wird nur noch deutlicher: Die Gewerkschaften müssen zu Kampforganisationen gegen die Kapitalisten gemacht werden.

Für dieses Ziel tritt der Kommunistische Bund Westdeutschland ein. Der KBW ruft dazu auf, sich unter den Parolen der Arbeiterklasse an den DGB-Maidemonstrationen und Kundgebungen zu beteiligen.

Der KBW ruft darüberhinaus in über 30 Städten zu anschließenden eigenen Kundgebungen des KBW auf.

Für den 7 Stundentag !

Arbeitslosenunterstützung 80 % vom Nettolohn für die volle Dauer der Arbeitslosigkeit !

Voller Lohn bei Kurzarbeit !

Gleiche Lohnerhöhungen in Mark und Pfennig !

Raus aus der Konzertierten Aktion !

Für das uneingeschränkte Streikrecht !

Uneingeschränkte Organisations- und Versammlungsfreiheit !

Gleiches Recht für Ausländer !

Weg mit allen indirekten Steuern ! 1 500 DM steuerfrei !

Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen – Für kampfstarke, Klassenbewusste Gewerkschaften

PIERBURG / NEUSS : KÜNDIGUNGEN WEGEN STREIK IM SOMMER



Kurzarbeit bei VW

GERÜCHTE UM ENTLASSUNGEN UND EINSTELLUNG DER KÄFERPRODUKTION VERSTÄRKEN SICH

Der VW-Konzern hat 45 000 Arbeiter seiner 6 inländischen Werke in Kurzarbeit geschickt, 10 000 davon aus dem 56 000 Mann starken VW-Werk Wolfsburg. Noch im Januar zuvor hatte der Vorstand die Genehmigung für 3 000 zusätzliche ausländische Arbeiter beim Betriebsrat beantragt. Mitten in die Tarifrunde hinein kam dann der Antrag auf Kurzarbeit.

Die bürgerlichen Wirtschaftsgelehrten streiten sich jetzt, ob sich eine spezielle VW-Krise Bahn bricht oder ob die alte Weisheit zutrifft: "Wenn VW hustet, bekommt die deutsche Wirtschaft Lungenentzündung."

Fest steht, daß VW in seiner ganzen Organisation fast 500 000 Wagen auf Lager hat (Süddeutsche Zeitung, 27.4.). Fest steht auch, daß der Aktienkurs gegenüber dem diesjährigen Höchststand von 125 auf 93 gesunken ist.

Seit etwa einem Jahr nimmt die Käferproduktion kontinuierlich ab. In den USA kann der Superkäfer mit vergleichbaren Typen nicht mehr konkurrieren; er kostet 2 850 Dollar gegenüber dem Pinto von Ford, der 2 442 Dollar kostet (Süddeutsche Zeitung, 27.4.).

Fieberhaft versuchen die Wolfsburger Konstrukteure, Nachfolge-Typen für den Käfer zu entwerfen. Der Scirocco und der Golf sollen die Flaute abfangen. Während die Kollegen von den Käferbändern Kurzarbeit machen, wird das Scirocco-Band rund um die Uhr eingerichtet.

Aber neue Modelle, die zudem noch wesentlich teurer sind, können die Krise im Automobilsektor nicht abwenden. Die Zulassungen von neuen Personenwagen sind von 565 760 im ersten Vierteljahr 1973 auf 380 186 für den gleichen Zeitraum 1974 zurückgegangen, also um 32,8 %. Das liegt nicht an schlechten Modellen, sondern an dem Rückgang der Massenkaufkraft, der gegenüber enorme Preissteigerungen für Personenkraftwagen stehen. Der Käferpreis ist dieses Jahr schon zweimal um einige hundert DM raufgesetzt worden.

Der Käfer, das Wahrzeichen der kapitalistischen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik – er läuft nicht mehr.

Mit 12 Stimmen hat die SPD die Mehrheit im 21-köpfigen VW-Aufsichtsrat. Im Hinblick auf die anstehenden niedersächsischen Landtagswahlen werden Entlassungen durch Kurzarbeit vermieden. Nach den Wahlen müssen die Arbeiter mit umfangreichen Entlassungen rechnen (Süddeutsche Zeitung, 27.4.).

Mit zunehmender Krise wird der Kampf der Automobilgigangten schärfer. Sie rationalisieren, lassen kurzarbeiten (die Kosten für Kurzarbeit müssen nicht sie, sondern das Volk durch Steuern zahlen), verschärfen die Arbeitshetze. Das alles auf dem Rücken der Arbeiter.

–d.b.–

Fristlos entlassen werden sollen drei Betriebsräte und ein Vertrauensmann der Firma Pierburg in Neuss. Im vergangenen Sommer hatte die Belegschaft erfolgreich für die Abschaffung der Leichtlohngruppen der Frauen und für eine Lohnerhöhung gestreikt (unser Bild). Die Firma begründete die Entlassung damit, daß die vier den Streik organisiert hätten und bedient sich dabei der gekauften Denunziation eines ehemaligen Betriebsratsmitglieds, dem sie auf dem Wege eines gerichtlichen Vergleichs über 25 000 DM zukommen ließ. Die Kampferfahrungen des Sommers werden die Belegschaft ermutigen, gegen die Entlassungen und für das Streikrecht zu kämpfen.

Aus dem Inhalt

KBW–SPENDENKONTO
Commerzbank Mannheim
Kto.Nr. 3258589–00

Die Fristenlösung – ein Zugeständnis nicht ohne neue Schikanen

Mit knapper Mehrheit hat der Bundestag die Veränderung des § 218 beschlossen und der sogenannten Fristenlösung zugestimmt. Ein Stück staatlicher Bevormundung in den Angelegenheiten des Volkes ist aufgehoben. Die Strafverfolgung gegen Menschen, die in die Not geraten sind, abtreiben zu müssen, ist für die ersten drei Monate der Schwangerschaft aufgehoben. Die Not, die Menschen zur Abtreibung zwingt, ist nicht aufgehoben. Eingeschränkt ist der Anspruch des Staates, den Ausweg der Abtreibung abzuschneiden – einen Anspruch, den der Staat ohnehin nicht mehr praktisch aufrechterhalten konnte.

Heuchlerisch war freilich die Debatte im Bundestag, die dieser Abstimmung vorausging. Wie ernst die Herren Volksvertreter diese "schwerwiegendste Gewissensentscheidung" nahmen, zeigt am deutlichsten die Tatsache, daß zwei Abgeordnete, die die Fristenlösung angeblich befürworten, die Abstimmung versäumten. So ist nicht auszuschließen, daß der Bundesrat, in dem die Gegner der Fristenlösung die Mehrheit haben, Einspruch gegen die Entscheidung erheben wird, nachdem die absolute Mehrheit knapp verfehlt wurde.

Gegen den § 218 gibt es eine breite Bewegung im Volk; sie hat sich ausgedrückt in zahlreiche Demonstrationen und Unterschriftensammlungen und Veanstaltungen. Viele Menschen sind eingetreten für die ersatzlose Streichung des § 218 und damit für die völlige Aufhebung der staatlichen Bevormundung in dieser Sache. Nicht erreicht ist die ersatzlose Streichung des § 218. Aber diese Bewegung hat erreicht, daß die bürgerlichen Parteien sich mit dieser Angelegenheit befassen mußten, und hat diese Änderung des § 218, die merkbare Verbesserungen bringt, erreicht.

Dies geschah trotz der unheilvollen Voraussagen von seiten der Gegner der Fristenlösung, die davon sprachen, daß so dem "Mißbrauch" und der "Zügellosigkeit der Frau" "Tür und Tor geöffnet werde", daß der "Weg zur Tötung frei" werde, daß eine "Revolution unserer Wertordnung" folgen würde und daß dies eine "Kapitulation des Rechtsstaats" bedeute. Aber auch von den Befürwortern der Fristenlösung ist niemand diesen Sprüchen damit entgegengetreten, daß er offengelegt hätte, welch tiefe Verachtung des Volkes aus diesen Worten spricht. Sie spielen sich auf als die Beschützer des "ungeborenen Lebens" und schließen die Augen davor, daß das Volk das ungeborene Leben wohl schützen mag, wenn es für das geborene Leben menschenwürdige Lebensbedingungen schaffen kann, die dem Gewissen der Abgeordneten einen Dreck bedeuten.

Auch die beschlossene Regelung hält an der grundsätzlichen Strafbarkeit der Abtreibung fest; sie setzt sie nur für drei Monate aus, verpflichtet zur Beratung mit einer Beratungsstelle oder einem Arzt, wobei dem Arzt von vorneherein das Weigerungsrecht zugestanden wird. Zu einem späteren Zeitpunkt erlaubt sie die Abtreibung nur in Fällen, wo Gefahr für die Gesundheit der Mutter oder eine Mißbildung des Kindes droht. Dies muß durch eine ärztliche Gutachterstelle festgestellt werden.

Vor allem dem Ärztestand, der mehrheitlich sich gegen die neue Regelung stellt, läßt die beschlossene Änderung des § 218 große Freiheit für alle möglichen Schikanen und Bevormundungen, die ihm auch die Möglichkeit offen lassen, ein Geschäft mit der Abtreibung zu machen.

Wir Kommunisten treten nach wie vor für die ersatzlose Streichung des § 218 ein, nicht weil wir die Abtreibung für gut halten, sondern weil die Verhältnisse so sind, daß viele Menschen dazu gezwungen sind, und weil wir jede Einmischung des kapitalistischen Staates in die Angelegenheiten des Volkes bekämpfen. Wir verbinden diese Forderung mit dem Kampf für bessere Lebensbedingungen zur ausreichenden Betreuung der Kinder durch den dort arbeitenden Elternteil bei Verkürzung seiner Arbeitszeit auf 6 Stunden, bezahlten zusätzlichen Urlaub eines Elternteils, wenn das Kind krank ist, Bezahlung der Abtreibung durch die Sozialversicherung, die in der Selbstverwaltung der Versicherten sein soll.

Gleichzeitig sagen wir, daß erst unter der Herrschaft der Arbeiterklasse das Recht auf Abtreibung nicht mehr wahrgenommen werden muß, weil niemand in Not gerät, weil er Kinder bekommt und weil das Volk aufgrund von gemeinsamer Diskussion und Planung entscheiden kann, wieviel Kinder es aufziehen will.

– A.S. / Red. –

Portugal: Die neuen Machthaber sind erfahrene Unterdrücker

Am 25. April putschten große Teile der Armee erfolgreich gegen die Regierung Caetano. Der Regierungschef Caetano und der Staatspräsident Thomaz wurden gefangengenommen und auf die Insel Madeira verbannt.
Der Putsch wurde von einer "Bewegung der Streitkräfte" getragen, die sich hauptsächlich aus Einheiten der Miliz und mittleren Offizieren zusammensetzt. Nach rund einem Tag hatten sie die Kontrolle über die wichtigsten Zentren des Landes; eine siebenköpfige Militärjunta, unter ihr der vor einem Monat abgesetzte ehemalige Generalstabschef Spinola, wurde gebildet. Spinola wurde inzwischen zum neuen Regierungschef ernannt. Er gab bekannt, daß in einem Jahr freie Wahlen stattfinden sollen, die Pressezensur aufgehoben wird, der Krieg in den Kolonien beendet und eine "politische Lösung" angestrebt werden soll.

Nach Rundfunkberichten haben die neuen Machthaber auch die Freilassung sämtlicher politischer Gefangener verfügt. Das portugiesische Volk verleiht gegenwärtig seiner Freude über die Vertreibung der alten Machthaber in breiten Demonstrationen in allen Städten Portugals Ausdruck.

Die Hauptursache des Putsches liegt in den schweren militärischen und politischen Niederlagen, die die herrschenden Klassen Portugals in ihrem Geschäft der Unterdrückung und Ausbeutung der Völker in den Kolonien Mozambique, Angola und Guinea-Bissau hinnehmen mußten:

- So konnte das Volk von Guinea-Bissau unter Führung der PAIGC im September 1973 seine erkämpfte Unabhängigkeit erklären. Der neue Staat wurde von weit über 70 Staaten anerkannt.
- Das Volk von Mozambique kämpft unter Führung der FRELIMO schon tief im Binnenland und ist im Süden nur noch 50 km von der Grenze nach Südafrika entfernt.
- Das Volk von Angola konnte unter Führung der MPLA seinen Kampf erfolgreich weiterführen und besonders wieder auf Cabinda – eines der wichtigsten Ölgebiete Afrikas – ausdehnen.

Gegen diesen Krieg hat sich auch eine breite Bewegung im portugiesischen Volk und in großen Teilen der Armee in den letzten Jahren entwickelt. Hunderttausende waren gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, um der Armut zu entfliehen und sich dem Militärdienst zu entziehen. Die materielle Lebenslage hat sich zusehends durch die Inflation (Februar 1974: 21 %), drückende Steuerlasten (seit Beginn des Kolonialkrieges wurde eine "Kriegssteuer" von 15 % auf alle Konsumgüter erhoben) und sinkende Reallöhne verschlechtert.
Immer mehr erkannten, daß dieser Krieg gegen die Völker Afrikas ausschließlich im Interesse der portugiesischen Bourgeoisie, der Grundbesitzer und Kapitalisten, und dem internationalen Finanzkapital geführt wird. In der Armee forderten im Februar dieses Jahres die mittleren Offiziere zusammen mit Teilen der Soldaten öffentlich höheren Sold und bessere Lebensbedingungen. Neben Desertationen nahmen auch die Befehlsverweigerungen zu. Viele Piloten weigerten sich, Guinea-Bissau zu überfliegen, weil sie Angst hatten, ihr Leben zu riskieren für Ziele, die sie immer weniger gut hießen.
Neben der Verschärfung der Kämpfe in den afrikanischen Territorien und Portugal selber verstärkte sich der internationale Druck auf das portugiesische Regime. Auf den UNO-Vollversammlungen zeigte sich die totale Isolierung Portugals zusammen mit Südafrika und Rhodesien. Selbst einige imperialistische Staaten äußerten ihren Unmut über den Kolonialkrieg. So erklärte Entwicklungsminister Eppler (SPD): Portugal soll zwischen Afrika und Europa wählen; denn es geht nicht an, daß Portugal die Beziehungen zwischen Europa und Afrika vergiftet!
Eppler und die SPD/FDP-Regierung treten scheinbar für die Interessen der afrikanischen Völker ein, tatsächlich geht es ihnen darum, die schrankenlose Ausplünderung des afrikanischen Kontinents und der afrikanischen Völker für die Zukunft weiter zu sichern.

"PORTUGAL UND DIE ZUKUNFT"

In dieser Situation erschien im Februar das Buch "Portugal und die Zukunft" von Spinola. In diesem Buch schlägt er für das Kolonialproblem eine Art Bundesstaatenlösung vor (estado plurinacional). Er vertritt die Auffassung, daß der Krieg mit militärischen Mitteln für Portugal nicht mehr zu gewinnen sei. Nach seinem Zukunftsentwurf soll Portugal weiterhin Zentrum bleiben, die Kolonien sollen aber mehr und mehr "afrikanisiert" werden. Sie sollen mehr und mehr autonome Rechte zugestanden bekommen. Spinola will aber keinesfalls die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Völker in den afrikanischen Territorien.
Spinola hat 12 Jahre lang in Angola und Guinea-Bissau die blutige Unterdrückung der Völker geleitet. Erfahrungen im Geschäft der Unterdrückung sammelte er im spanischen Bürgerkrieg als Chef eines Freiwilligenbataillons an der Seite Francos. Als hoher portugiesischer Offizier war er verschiedentlich Gast Hitlers.

Der im Geschäft der Unterdrückung überaus erfahrene Spinola wird also nur der neue Gewährsmann der herrschenden Klassen Portugals für die weitere Sicherung ihrer Ausbeuterherrschaft in Portugal und in den afrikanischen Gebieten. Sein Zukunftsentwurf läuft vorläufig auf eine Politik des altens Weins in neuen Schläuchen hinaus.
Der Generalsekretär der Befreiungsbewegung von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln (PAIGC), Aristides Pereira, erklärte in diesem Sinn: "Wir haben nicht so viele Jahre gekämpft, um dann solche Lösungen wie die eines angeblichen portugiesisch-afrikanischen Reiches zu akzeptieren."
A.Neto, der Vorsitzende der Befreiungsbewegung Angolas (MPLA), äußerte sich genauso.
Und das portugiesische Volk will keine neuen Herren, die nur neue Unterdrückung bringen. Es will überhaupt keine Unterdrückung mehr und Schluß machen mit allen Herren. Das drückten die Volksmassen auf einer großen Demonstration in Lissabon am Freitag letzter Woche aus, als sie machtvoll zum Abschluß die Internationale sangen!

–b.k., Heidelberg/Red.–

5000 bei der Chile-Demonstration



Am 27. April demonstrierten in Frankfurt etwa 5 000 Menschen ihre Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes. Unter Parolen wie "Crear, crear, poder popular!" (Die Volksmacht aufbauen!), "Nieder mit der Junta – Für die Errichtung der bewaffneten Volksmacht!", "Freilassung aller politischen Gefangenen!" beteiligten sich Delegationen verschiedener westeuropäischer und westdeutscher Chile-Komitees und anderer forschrittlicher Organisationen. Die Ortsgruppe Frankfurt des KBW unterstützte aktiv die Demonstration. Auf der abschließenden Kundgebung sprach unter anderem ein Vertreter des chilenischen Gewerkschaftsdachverbandes CUT.
Der Demonstration war eine Konferenz von Vertretern der "westeuropäischen Linken" und Chile-Komitees vorausgegangen. Auf dieser Konferenz sollten die Lehren aus den Klassenkämpfen in Chile diskutiert werden. Der KBW hatte die Teilnahme an dieser Konferenz abgelehnt, weil eine nichtöffentliche Arbeitstagung, auf der ohne konkretes Ziel diskutiert wurde, die Solidaritätsbewegung nicht weiter vorwärts bringen konnte (Er gab dazu eine Stellungnahme in der letzten Kommunistischen Volkszeitung ab). Tatsächlich erschöpfte sich die Diskussion im Abgeben von mehr oder weniger geglückten Stellungnahmen, in denen die verschiedenen Organisationen Selbstdarstellungen vornahmen. Mehr kam dabei nicht heraus.

– P.F., Heidelberg –

Rasante Steigerung der Heizölpreise

In der letzten Ausgabe der Kommunistischen Volkszeitung versuchten wir darzustellen, warum das Volk von staatlichen Preiskontrollen gegenüber den Konzernen nichts zu erwarten hat. Nachdem die Ölkonzerne nun die letzte Benzinpreiserhöhung um einen bis zwei Pfennige zurückgenommen haben, erhöhten sie sofort die Preise für Heizöl um durchschnittlich 10 %, also um mehr als die Rücknahme der letzten Benzinpreiserhöhung. Die Gefechte des kapitalistischen Staats mit den Konzernen sind Scheingefechte, denn dieser Staat ist der Staat der Monopole.

–bb–

Thieus hilflose Antwort

VERDOPPELUNG DER US-HILFE GEFORDERT

Seit etwa Mitte April sind die Delegierten der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams (PRR) und der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) auf dem Saigoner Luftwaffenstützpunkt Tan Son Nuth so gut wie gefangengesetzt. Thieu isolierte sie völlig von außen, die Telefonverbindung nach Saigon wurde unterbrochen, der ausländischen Presse wurde verboten, an den wöchentlichen Pressekonferenzen der PRR und DRV teilzunehmen, die zweimal wöchentlich stattfindenden Flüge von Saigon nach An Loc in die befreiten Gebiete wurden eingestellt.
Dieser dreiste Akt der Gefangennahme der Vertreter der PRR und DRV bei den Zweiergesprächen in Saigon wurde von Thieu mit der Einnahme seines Stützpunktes Ton Le Chan nördlich Saigons durch die Befreiungsarmee begründet. Außerdem brach Thieu die Teilnahme an den Gesprächen von La-Celle-St.-Cloud in Frankreich mit der PRR "auf unbestimmte Zeit" ab.
Was hier von Thieu und der bürgerlichen Presse als "Vergeltung" Thieus auf militärische Angriffe der Befreiungsarmee ausgegeben wird, ist aber die hilflose Antwort auf die Niederlagen, die er in einer von ihm gegen die befreiten Gebiete angezettelten Offensive einstecken muß. Anfang März hat er eine von zwei Flügeln ausgehende Offensive nördlich Saigons eingeleitet. Sie ist Ausdruck der täglich zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten Thieus. Schon seit Wochen versuchen Armee- und Polizeieinheiten Thieus, der verheerenden wirtschaftlichen und politischen Lage dadurch beizukommen, daß sie die Reisernten der Bauern beschlagnahmen, ununterbrochene Säuberungen und Verhaftungen vornehmen und die Überfälle auf die befreiten Gebiete intensivieren. Dabei gehen diese Überfälle von den von den USA hinterlassenen Stützpunkten aus, die eigentlich hätten aufgelöst werden müssen. Oft liegen sie, wie Ton Le Chan, mitten in befreitem Gebiet.
Das Volk in den befreiten Gebieten läßt sich aber nicht ruhig hinmorden; es schlägt zurück und räuchert die US-Marionettenstützpunkte aus. Das Geheul der Imperialisten, ihrer Knechte und der bürgerlichen Presse von einer "nordvietnamesischen Offensive" oder "Vergeltung gegen Angriffe der Befreiungsarmee" dient nur dazu, die Fortsetzung des imperialistischen US-Krieges mit US-Dollars, US-Waffen und südvietnamesischen Söldnern unter Führung von US-Soldaten zu vertuschen. Der US-Kriegsminister forderte z.B. am 11. März vom Kongreß die Verdoppelung der Militärhilfe.
Nur der entschlossene und kompromißlose Kampf der Völker und die internationale Solidarität können den Imperialismus zur Aufgabe zwingen.

N.?., Heidelberg

MATERIAL ZUR AUFKLÄRUNG ÜBER DEN KAMPF DES KAMBODSCHANISCHEN VOLKES:

Indochina-Info 3 (Kambodscha)	-,20
Wandzeitungsplakat	-,50
Dokumentation zur Nationalen Befreiungsfront Kambodschas	-,50
Dia-Satz, ca. 45 Dias* je Veranstaltung bzw. 3 Tage	5,–
Film: Kambodscha und der 2. Indochina-Krieg* ca. 40 Minuten je Veranstaltung bzw. 3 Tage	30,–
*jeweils plus Porto	
Tonband mit Liedern der kämpfenden Völker Indochinas Leihgebühr für 3 Tage	3,–

Alles zu beziehen über: Indochina-Komitee Heidelberg, c/o Rupp-Grunow, 69 Heidelberg, Friedrich-Ebert-Anlage.

Während der Solidaritätswoche mit dem kambodschanischen Volk sind auf das Spendenkonto insgesamt 11 435 DM eingegangen, unter anderem aus:
Augsburg 148 DM, Berlin 27 DM, Bremen 200 DM, Bonn 36 DM, Braunschweig 5 DM, Buchholz 44 DM, Celle 60 DM, Clausthal-Zellerfeld 238 DM, Frankfurt 1 000 DM, Herne 60 DM, Heidelberg 4 051 DM, Holzminden 252 DM, Hildesheim 104 DM, Karlsruhe 100 DM, Kassel 55 DM, Konstanz 1 190 DM, Kiel 500 DM, Mannheim 200 DM, Mönchengladbach 143 DM, Münster 441 DM, Northeim 20 DM, Opladen 16 DM, Wolfenbüttel 20 DM, Wilhelmskampf 17 DM, Weil 73 DM, Wetzlar 82 DM, Wiesbaden 353 DM, KBW zentral 2 000 DM.

(Konto Nr. 43 75 092, Bezirkssparkasse Heidelberg)

Bauern demonstrieren für mehr Geld

BAUERN ERHALTEN Z.T. WENIGER ALS VOR EINEM JAHR

Am 23. April versammelten sich 18 000 Bauern aus allen Teilen Westdeutschlands in der Dortmunder Westfalenhalle zu einer Protestkundgebung, zu der der deutsche Bauernverband aufgerufen hatte. Nachdem die EG-Landwirtschaftsminister die Forderung des Deutschen Bauernverbandes (DBV) nach 12 % Erhöhung der staatlich garantierten Mindestpreise für Agrarerzeugnisse nicht erfüllt hatten, fordert der Deutsche Bauernverband nun Ausgleichsmaßnahmen von der Bundesregierung.
Fast alle Bauern fordern mehr Geld für ihre Erzeugnisse. Denn während die Verbraucherpreise im Laden um über 6 % gestiegen sind, bekommen die Bauern vielfach sogar weniger als im Vorjahr. Und das, obwohl die landwirtschaftlichen Betriebsmittel, die die Bauern von der Industrie kaufen müssen, um über 10 % gestiegen sind. Die meisten Bauern sind zudem hoch an das Bankkapital verschuldet und müssen steigende Zinsen zahlen. So sind sie doppelt in die Zange genommen – von den Handels- und Verarbeitungsmonopolen, die ihnen weniger für ihre Erzeugnisse zahlen, und von den Industrie- und Bankkapitalisten, die ihnen mehr abknöpfen für Zinsen und Betriebsmittel.

Die Bundesregierung stellt die Lage der Bauern nun ganz anders dar. Sie erklärt, daß die Einkommen der Bauern in der letzten Zeit überdurchschnittlich gestiegen seien und beträchtlich aufgeholt hätten. Was ist nun richtig? – Die Erklärung ist einfach:
Es gibt nämlich zweierlei Bauern. Zum einen die Großbauern, die landwirtschaftliche Lohnarbeiter beschäftigen oder gar ihre landwirtschaftlichen Großbetriebe so kapitalistisch betreiben können, wie der Vorsitzende des Bauernverbandes, Baron Heeremann, der zwei Großgüter besitzt und auf keinem selbst Hand anlegen muß. Zum andern die Masse der kleinen und mittleren Bauern, die auf Gedeih und Verderb den großen Handels- und Verarbeitungskapitalisten ausgeliefert sind, selbst arbeiten, meist über 12 Stunden, und ihre Produktionsmittel oft nur noch der Form nach besitzen, weil sie hoch beliehen sind und die Bankkapitalisten gleich die Hand drauflegen können, wenn die Zinsen nicht mehr bezahlt werden können. Die Mehrzahl der Bauern ist praktisch schon zu Lohnarbeitern der monopolartigen Absatzgenossenschaften und der Lebensmittelverarbeitungskonzerne geworden. Über die Hälfte von ihnen ist bereits gezwungen, neben der Arbeit auf dem Hof sich noch in der Industrie als Lohnarbeiter zu verdingen.

Der Bauernverband ist beherrscht von den kapitalistischen Großbauern, aber er hat es bisher verstanden, der Masse der Bauern ein gemeinsames Interesse des Bauernstandes vorzugaukeln. Diese Großbauern erhalten die meisten Begünstigungen vom Staat, die oft an Betriebsgrößen gebunden sind, sie haben die Vorteile der Großproduktion und kommen in den Genuß von Mengenrabatten bei den Verarbeitungs- und Handelskonzernen. Sie beuten Lohnarbeit aus und verfügen über Kapital, um moderne Produktionsmethoden einzuführen.
Dagegen ist die Lage der Kleinbauern im Kapitalismus ohne Perspektive. Sie sind natürliche Verbündete der Arbeiterklasse, die die Arbeiterklasse aber erst gewinnen muß im Kampf gegen den kapitalistischen Staat, der gestürzt werden muß, um die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durchführen und die Ausbeutung beseitigen zu können. Die Herstellung dieses Bündnisses kann nur im demokratischen Kampf gegen den kapitalistischen Staat erfolgen. Eine wichtige Forderung, die die gemeinsamen Interessen des Volkes gegenüber dem kapitalistischen Staat zum Ausdruck bringt, ist die Forderung nach Abschaffung der indirekten Steuern und nach progressiver Besteuerung ausschließlich der höheren Einkommen – Steuerfreiheit bis mindestens 1 500 DM Monatseinkommen.
Auf einem Flugblatt, das der Kommunistische Bund Westdeutschland in Dortmund an die Bauern und an die Bevölkerung verteilte, wurden noch die folgenden Forderungen aufgestellt: Weg mit dem Ertl-Plan als zusätzlichem Mittel zur Spaltung und Verdrängung der Kleinbauern! Austritt aus der EWG, die auf Kosten der Kleinbauern den Interessen der westdeutschen Kapitalisten dient! Denn von der EG-Agrarpolitik haben die Lohnabhängigen bisher nur steigende Lebensmittelpreise gehabt, während sich zugleich die Lage der kleinen Bauern immer mehr verschlechtert.

–Red.–

MILCHPREISERHÖHUNG

Zum zweiten Mal werden in diesem Jahr die Milchpreise erhöht. Nun kostet ein Liter Vollmilch zwischen 92 und 95 Pfennig. Nach den jüngsten Prognosen soll diese Steigerung aber noch nicht die letzte sein; es ist abzusehen, daß der Milchpreis noch in diesem Jahr auf 1 DM steigen wird.

Auch bei Magermilch werden im Augenblick die Preise um über 20 %, bei Magerquark und Joghurt usw. bis 15 % verteuert. Immer unverschämter versuchen die Milchverarbeitungs-Monopole die werktätige Bevölkerung auszuplündern. Sie haben sich die Landesteile der BRD untereinander aufgeteilt. So benutzt zum Beispiel die Südmilch ihr Monopol in Süddeutschland zu schonungslosen Preisdiktaten. Seitdem 1971 die Preiskontrolle für Milch aufgehoben wurde, trieb die Südmilch ihre Preise um 40 bis 60 % in die Höhe. Die so entstandenen Riesenprofite wurden zusätzlich durch mehrere hundert Millionen staatlicher Subventionen versüßt. Die Rechnung muß die werktätige Bevölkerung bezahlen.

Aber auch die Bauern werden durch die Monopole rücksichtslos ausgesaugt. Während die Milchpreise ins Unendliche steigen, erhalten die Bauern jetzt 1,5 % weniger für ihre abgelieferte Milch als noch vor einem Jahr. Der Betrag beläuft sich auf 45 Pfennig pro Liter, also weniger als die Hälfte von dem, was die Verbraucher zahlen. Unersättlich ist die Profitgier der Monopole, immer mehr wollen sie aus den Lohnabhängigen und den Bauern herausholen. Dabei genießen sie Schutz und Unterstützung durch die Agrarpolitik des kapitalistischen Staates. Erst wenn er geschlagen ist, wird die Arbeiterklasse die Monopole enteignen und mit den Bauern eine Landwirtschaft organisieren können, die für die ganze Bevölkerung gute Produkte zu vernünftigen Preisen herstellen wird.

–G.T.–

Kein Platz für Sozialisten in der SPD

WER DAS NICHT SEHEN WILL, KANN ES MIT DEM SOZIALISMUS NICHT ERNST MEINEN

Für die Jungsozialisten kommt die Stunde der Wahrheit. Jahrelang haben sie jedem, der es hören wollte, versichert, sie seien die SPD der achtziger Jahre, und wenn schon die jetzige SPD mit dem Sozialismus nichts mehr im Sinn habe: bei ihnen sei das Ziel des Sozialismus gut aufgehoben. Gleichzeitig konnte man von ihnen immer wieder hören, daß im Gegensatz zu den sogenannten "Sektierern", worunter sie die Kommunisten zählten, es sich bei ihnen um realistische Leute handeln würde, die sich der großen Massenpartei SPD als Hebel bedienen wollten, um die Sache des Sozialismus voranzubringen. Diese Seifenblase ist nun geplatzt. Am Wochenende vom 20. zum 21. April hat der Jungsozialistenkongreß von Nordrhein-Westfalen auf Druck des Parteivorstandes darauf verzichtet, die Forderung nach Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel weiter öffentlich zu erheben. Ein Aktionsprogramm, in dem in Form eines Wunschzettels geschrieben stand, was man alles in Gemeineigentum überführen wolle, durfte nicht verabschiedet werden, wenn die Jungsozialisten nicht aus der Partei herausfliegen wollten. Damit hatte ihnen in aller Deutlichkeit der stellvertretende Landesvorsitzende der SPD in Nordrhein-Westfalen, Hans-Otto Bäumer, gedroht. Und diese Drohung hatte Erfolg: Gewiefte Taktiker, als die sie sich fühlen, gaben die nordrhein-westfälischen Jungsozialisten lieber ihren Sozialismus auf als den warmen Platz in der SPD.

Die Jungsozialisten stehen damit vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik. Das ist gewiß noch nicht allen von ihnen deutlich geworden, aber es ist so: Sie haben die Segel gestrichen gerade in dem Augenblick, wo angesichts wachsender Krisenerscheinungen des Kapitalismus immer mehr Menschen versuchen, sich über die gesellschaftlichen Verhältnisse Klarheit zu verschaffen und nach den Ursachen für ihre elende Lage zu fragen beginnen. Just in einer Situation also, wo die Menschen zu fragen beginnen, lassen sich die Jungsozialisten die öffentliche Antwort verbieten. Sie kommen in diese Lage, weil sie eine bürgerliche Partei zum Hebel sozialistischer Politik machen wollen. Das aber kann nicht gut gehen. Eine bürgerliche Partei mit Einfluß unter den Lohnabhängigen wird gerade in der Krise diesen Einfluß verlieren. Jeder, der für den Sozialismus ist, wird das ausgezeichnet finden, weil dadurch schädliche Illusionen vernichtet werden und die Arbeiter empfänglich werden für den Gedanken einer eigenständigen Klassenpolitik mit dem Ziel des Sozialismus. Anders die Jungsozialisten, die es vor allem schädlich finden, wenn die SPD an Wählerstimmen verliert oder sie selber aus der SPD herausgeworfen werden.

In revolutionärer Betrachtungsweise ist es eine sehr gute Sache, wenn heute SPD-Vorstände gezwungen sind, den Jungsozialisten massiv mit Rauswurf aus der Partei zu drohen, nachdem sie 5 Jahre lang haben Kapriolen schlagen dürfen. Diese 5 Jahre Narrenfreiheit hatten den Sinn, möglichst große Teile der demokratischen Bewegung der sechziger Jahre in die SPD zu integrieren. Die heutigen Drohungen sind Ausfluß der Tatsache, daß diese Integrationskraft erschöpft ist, weil es angesichts der weiter vorangeschrittenen Klassenpolarisierung zu einer direkten Gefahr für die SPD wird, wenn die Jungsozialisten wortreich über Mängel des Kapitalismus reden und Pläne wälzen, die bei einem Teil der SPD-Wähler heute Schrecken hervorrufen, bei einem anderen Teil dazu beitragen, daß sie auf bessere Gedanken kommen als die Jungsozialisten selber. Eine bürgerliche Partei kann es in der heutigen Lage nicht mehr hinnehmen, daß in ihren Reihen das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln insgesamt in Frage gestellt wird. Sie muß mit fortschreitender Verschärfung der Klassenwidersprüche daran zerbrechen.

An diesen Notwendigkeiten scharfer Abgrenzung der SPD nach links zerschellt die vielgepriesene "Doppelstrategie" der Jungsozialisten, die Arbeit in der SPD bei gleichzeitiger Mobilisierung der Öffentlichkeit. Schon die erste ernstere Erschütterung für die SPD hat ihr ein Ende gesetzt: Mit der Forderung nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel darf man sich nicht mehr an die Öffentlichkeit wenden. Die Wahlbroschüren des Parteivorstandes aber kann man auch ohne "Doppelstrategie" an der "Basis" vertreiben.

Diejenigen Jungsozialisten, die nicht in die SPD gegangen sind, weil sie ein warmes und behagliches Plätzchen suchten, eine Karriere in der Behörde, einen Posten bei der Stadtverwaltung, im Personal- bzw. Betriebsrat, sondern die in die SPD gegangen und sich den Jusos angeschlossen haben, weil es ihnen mit dem Sozialismus ernst ist, diese Genossen müssen jetzt lernen. Sie müssen lernen, daß der Sozialismus nicht aufgebaut werden kann, wenn nicht die Arbeiterklasse die politische Macht ausübt. Daß es nicht darum geht, die angeblich schon bestehende politische Demokratie durch "wirtschaftliche Demokratie" zu ergänzen, sondern daß es darum geht, daß die Arbeiterklasse die politische Macht erobert, umfassende Demokratie für das Volk schafft und mit Hilfe der eroberten politischen Macht "despotische Eingriffe" in das Eigentum der Kapitalisten vornimmt und jeden Widerstand der Ausbeuter dagegen zu brechen in der Lage ist. Daß also der Sozialismus und schließlich die klassenlose Gesellschaft, der Kommunismus, nicht erreichbar ist ohne die politische Revolution, ohne den bestehenden Staatsapparat zu stürzen. Mit diesem Staat ist der Sozialismus nicht aufzubauen. Das ist nur möglich mit einem demokratischeren Staat, mit einem Staat nach dem Muster der Pariser Kommune, in dem die besonderen, vom Volk abgehobenen Gewaltapparate zugunsten der allgemeinen Volksbewaffnung vernichtet sind und das demokratisch organisierte Volk unter Führung der Arbeiterklasse alle öffentlichen Angelegenheiten, vor allem aber die Niederhaltung der ehemaligen Ausbeuter, unmittelbar selber regelt. All das werden die Genossen lernen müssen, wenn sie nicht gegen ihren Willen als Kitt für die bürgerliche Herrschaft dienen wollen.

Vor allem aber werden die Genossen lernen müssen, daß man realistische Politik mit dem Ziel des Sozialismus und Kommunismus nur machen kann, wenn man keinen Augenblick auf das selbständige politische Auftreten verzichtet. Aus organisationsopportunistischen Gründen darauf zu verzichten, in der Öffentlichkeit, d.h. unter den Massen, die Ziele der Arbeiterbewegung in aller Klarheit zu nennen und entsprechendes Forderungen zu vertreten, das hat die Arbeiterbewegung noch nie und nirgends weitergebracht. Damit kann man künftige Verwalter der Arbeiterklasse und der Volksmassen herausbilden, aber niemals die politische Selbständigkeit der Arbeiterklasse fördern. Die politische Selbständigkeit der Arbeiterklasse kann man nur fördern, wenn man eine politische Partei schafft, die sich leiten läßt ausschließlich von den historischen Interessen der Arbeiterklasse an der Beseitigung der Ausbeutung und Schaffung der klassenlosen Gesellschaft, und die es versteht, dieses historische Interesse des Proletariats in allen gegenwärtigen Kämpfen zu vertreten und Menschen darum zusammenzuschließen. Man kann sie nicht fördern, wenn man sich in den Gremien einer bürgerlichen Partei mit bürgerlichen Machthabern herumstreitet, und gleichzeitig den Massen außerhalb der Partei bei jeder Gelegenheit sagt, sie sollten eben diese bürgerliche Partei mit ihren bürgerlichen Machthabern an der Spitze bei der nächsten Wahl wieder ankreuzen. Das fördert nicht die Selbständigkeit, sondern trägt dazu bei, sie wieder zurückzuwerfen. Mit diesem unwürdigen Spiel sollten diejenigen Genossen, die es mit dem Kampf für den Sozialismus ernst meinen, schleunigst Schluß machen. Ihr Platz ist nicht in einer bürgerlichen Partei, sondern in den Reihen der Kommunisten. Wir fordern diese Genossen auf, ihn einzunehmen und mit einer ernsten Arbeit für den Sozialismus unter den Menschen in den Betrieben und in der Stadt zu beginnen.

Willfried Maier

Spion mit SPD-Karriere

AUFSTIEG DES DDR-AGENTEN AUF RECHTESTEM FLÜGEL

Günter Guillaume, mit 4 500 DM im Monat honorierter Kanzlerberater und gleichzeitig Hauptmann der Nationalen Volksarmee der DDR, hat ein Lehrstück darüber geliefert, wie man als DDR-Spion in der SPD Karriere machen kann. 1956 ist er aus der DDR gekommen, seit 1957 dann in der SPD aktiv, nachdem ihm die Partei bei der Beschaffung eines Einfamilienhäuschens behilflich war. Die ihn kennen, beschreiben ihn als einen unscheinbaren Mann, der nur dadurch auffiel, daß er "keine Gelegenheit ausließ, die Jungsozialisten und die DDR mies zu machen". Diese Qualifikation langte. Gleich von mehreren Parteioberen wurde er entdeckt und zielstrebig als Mann des Parteiapparates erwählt. Zuerst Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks Frankfurt, wo die SPD-Linke stark ist und man einen rechten Kontrolleur gebrauchen konnte. 1968 Fraktionsführer im Frankfurter Stadtparlament. 1969 Wahlkampfleiter im Bezirk von Georg Leber, dem heutigen Bundesverteidigungsminister. 1969 nach Bonn geholt vom Leber-Vertrauten und jetzigen Kanzleramtsmitarbeiter Herbert Ehrenberg. Seit dem 1. Februar 1973 sitzend zur Rechten des Kanzlers und dessen vertrauter Ferienkumpel. Die Karriere ist nicht schlecht: Mancher Juso träumt sein Leben lang vergeblich davon. Machen kann man sie in der SPD, wenn man entschieden gegen die Linken auftritt. Eine Beförderung dürfte Günter Guillaume auch in der DDR gewiß sein. Wer Schnüffler in ein anderes Land losschickt, wird es auch imponierend finden, bis in das Vorzimmer des Bundeskanzlers vorgedrungen zu sein. Wir sind sicher, die Menschen in Westdeutschland, die fortschrittlichen Arbeiter und Angestellten, finden diese Spionagemethoden nicht imponierend, sondern verächtlich. Man weiß: Bürgerliche Staaten verfahren so gegeneinander, auch in Friedenszeiten. Sie betreiben bedenkenlos die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des jeweils anderen Staates, ebenso wie ein Kapitalist dem anderen die Produktionsgeheimnisse auszuforschen versucht, während die eigenen Erkenntnisse geheim gehalten werden. Mit diesem ganzen Agentengewerbe wird erst Schluß sein, wenn die Klasse gestürzt ist, die es unterhält: die bürgerliche Klasse in Westdeutschland und die neue Bourgeoisie in der DDR. Die herrschende Arbeiterklasse unterhält keine Vorzimmerschnüffler in anderen Ländern.

W. Maier

Die Landtagswahlen in Niedersachsen stehen bevor

In Niedersachsen stehen Landtagswahlen bevor. Angesichts der schweren Wahlniederlagen in den letzten Monaten ist die SPD gezwungen, mit hohem Einsatz in diesen Landtagswahlkampf einzusteigen, um eine weitere Niederlage womöglich zu verhindern. Bundeskanzler Brandt hat sich höchstpersönlich auf die Reise gemacht, um seinen Parteifreunden zu helfen, an der Krippe zu bleiben. Zu bieten hat er nicht viel. Heute, eineinhalb Jahre nach dem Wahlsieg des "Volkskanzlers", liegen 600 000 Arbeiter und Angestellte auf der Straße. Weitere 300 000 machen Kurzarbeit.

Niedersachsen ist von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen, ebenso von der Kurzarbeit. Allein der VW-Konzern schickt Ende April 45 000 Arbeiter für zwei Wochen nach Hause. Und während es immer schwerer wird, eine Arbeitsstelle zu bekommen, wächst weiter die Inflation. Das Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten stagniert oder geht zurück.

In einer solchen Lage ist es für bürgerliche Politiker schwierig, populär zu bleiben, wenn sie an der Regierung sind. Jedermann sieht, daß sie nicht in der Lage sind, die unerträglicher werdenden Zustände zu verbessern. Auf seiner Niedersachsen-Reise hat Brandt es dann auch gleich aufgegeben, Besserung zu versprechen. Hauptinhalt seiner Reden war, daß die Leute nicht so viel Angst haben sollten, weil es immer noch besser sei als anderswo.

Mit solchen Sprüchen kann zwar kein Arbeitsloser seine Raten bezahlen, aber immerhin sind sie noch schlauer als die Wahlpropaganda der Landesregierung, die sich vor allem rühmt, für die "soziale Sicherheit" viel getan und für Industrieansiedlungen gesorgt zu haben.

Zweifellos ist es gut, wenn viele Menschen aufgrund eigener Erfahrung überprüfen können, daß mit den Sozialdemokraten in der Regierung nichts los ist, daß sie keineswegs in der Lage sind, den Arbeitern und den werktätigen Volksmassen ein erträgliches Leben zu sichern. Aber noch ist es so, daß diese Erfahrung in den letzten Wahlen vor allem der CDU zugute gekommen ist.

Die Lage ist einfach so, daß die meisten Menschen aus der vorhandenen Misere noch keinen Ausweg sehen und sich sagen, wenn die einen Lumpen nichts taugen, dann verpassen wir ihnen einen Denkzettel und wählen diesmal die anderen Lumpen. Das kann auch in Niedersachsen leicht geschehen. Zum Ausdruck kommt darin zweierlei: Daß es noch nicht sehr viele Menschen sind, die sich Klarheit verschafft haben über die Ursache der elenden Lage, in welche die Lohnabhängigen immer wieder geraten und die darin liegt, daß in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Masse der Menschen nur Brot und Arbeit finden kann, wenn es dem Profit der kleinen Schicht der Privateigentümer an den Produktionsmitteln dient. Daß an der Tatsache der Ausbeutung der Masse durch eine kleine Minderheit von Reichen und an der Unsicherheit der Existenz des Arbeiters und Angestellten kein Regierungswechsel irgendetwas ändert, sondern nur der Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung, wozu es notwendig ist, daß die Arbeiterklasse die politische Macht ausübt. Das ist die eine Ursache dafür, warum Enttäuschung über die eine bürgerliche Partei sich immer noch in Wahlerfolgen der anderen Partei niederschlägt. –

Die andere Ursache liegt bei uns, bei den organisierten Kommunisten. Wir sind noch nicht in der Lage, bei der Wahl zu kandidieren. Das kommunistische Programm steht als Alternative, die durch bestimmte Menschen verkörpert wird, die dafür eintreten, auf der Ebene des Stimmzettelns noch nicht zur Entscheidung. Das liegt daran, daß der Kommunistische Bund Westdeutschland erst dabei ist, in zahlreichen Städten Niedersachsens Ortsgruppen aufzubauen, die öffentlich die Politik der Kommunisten vertreten.

Wir Kommunisten müssen uns also bei dieser Wahl noch einmal darauf beschränkten, Anklage zu erheben über die herrschenden Zustände und die Ursachen für diese Zustände zu erklären. – Wenn die bürgerlichen Politiker sich als Hüter des Rechts aufspielen, werden wir sie fragen, ob sie damit die Bespitzelung und Ausforschung von 16 000 Bewerbern im öffentlichen Dienst durch den Verfassungsschutz meinen. – Wenn sie als Reformer auftreten, werden wir sie fragen, ob sie damit das niedersächsische Schulgesetz meinen, das sich gegen die Einheitsschule richtet und die staatliche Aufsicht und Behördenschikane über die Schulen verstärken soll. – Wenn sie als verständnisvolle Förderer der Jugend auftreten, werden wir ihnen entgegenhalten, daß sie unter Jugendlichen vor allem dadurch bekannt geworden sind, daß sie der Polizei Einsatzbefehl geben, um Jugendliche aus leerstehenden Häusern, wo sie sich Jugendzentren eingerichtet haben, wieder herauszuprügeln. – Und wenn sie als Männer der Ordnung auftreten, dann werden wir sie fragen, ob sie darunter solche Zustände wie in Nordhorn verstehen, wo die protestierende Bevölkerung zusammengeschlagen und vor Gericht gestellt wurde – im Namen von Ruhe und Ordnung, die offenbar nicht durch die übenden Düsenjäger, wohl aber durch die protestierende Bevölkerung gefährdet waren.

All das werden wir die bürgerlichen Politiker fragen, wenn sie schon mal gezwungen sind, unters Volk zu gehen. Und es wird ihnen zweifellos nicht gefallen, so befragt zu werden, während es den Menschen in den Versammlungen und in der Stadt sehr gut gefallen wird, ihre Peiniger unter Druck zu setzen und sich Klarheit zu verschaffen über die Möglichkeit, die Interessen der breiten Volksmassen zur Geltung zu bringen.

–Benno Enker/Willfried Maier–

KONFRONTIERT MIT PROGRAMMFORDERUNGEN DES KBW:

Nachwuchskräfte arg aus dem Konzept

Im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung im Haus der Jugend in Osterholz-Scharmbeck (28.3., Titel: Können die Werktätigen durch den Kampf für mehr Lohn ihre Lebenslage verbessern?) stellten junge Kommunisten an Vertreter der Jungsozialisten, Jungdemokraten, der Jungen Union (CDU) und der SDAJ (DKP-Jugend) vier Fragen.

Wie steht Ihr zu folgenden Forderungen aus dem Programm des KBW:
7–Stundentag, der notwendig durchgesetzt werden muß, um der ständig wachsenden Arbeitsbelastung zu begegnen.
Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 80 % des vorherigen Lohnes für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit.
Abschaffung der indirekten Steuern und Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben ausschließlich aus einer progressiven Besteuerung von Einkommen und Vermögen, die nicht die Arbeiter zusätzlich ausplündern.
Bezahlung der Volksvertreter in Höhe eines Facharbeiterlohnes und Wahl der Beamten und Lehrer durch das Volk.

Diese Fragestellungen brachten die anfangs ziemlich selbstgefällig daherredenden Nachwuchskräfte der bürgerlichen Parteien arg aus dem Konzept.

Sie begannen sich sofort die Köpfe der Bourgeoisie zu zerbrechen, wie denn dies mit unserer Wirtschaftsentwicklung zu vereinbaren sei.

Der Juso argumentierte, daß bei einem 7-Stunden-Arbeitstag die Arbeitsintensität enorm gesteigert werden müßte, damit die Produktivität nicht zurückgeht. Das könne man den Arbeitern aber wohl nicht zumuten und deshalb lehne er diese Forderung ab, obwohl sie sonst ganz wünschenswert sei.

Gegen die Abschaffung aller Steuern war dieser Herr auch. Wie sollten denn sonst die Reformversprechen der Brandt-Scheel-Regierung verwirklicht werden?

Völlig entlarvend war seine Stellungnahme zur Entlohnung der Volksvertreter. Wie man denn die Unabhängigkeit der Bundestagsabgeordneten gewährleisten wolle, wenn man ihnen nicht mindestens das Gehalt eines Industriemanagers bezahlt, mokierte er sich. Das nehme auch er für sich in Anspruch. Daß er auf dem besten Wege dazu ist, zeigte sein blitzender BMW, mit dem er nach der Veranstaltung davonfuhr. Unverschämt ist allerdings, daß sich diese Herren als Freunde der Arbeiterklasse ausgeben und mit Marx-Zitaten herumwerfen. In Wirklichkeit sind sie schnöde Karrieristen.

Ähnlich unverschämt argumentierte der Herr der Jungen Union (CDU), der unseren "humanen Sozialstaat" pries und darauf hinwies, daß bei Abschaffung der indirekten Steuern der vorbildliche soziale Sektor dieser Gesellschaft nicht weiter ausgebaut werden könnte.

Dieser "Volksvertreter" scheint auf dem Mond zu leben, denn die Verhältnisse in unseren Krankenhäusern und Schulen, die Versorgung der Alten und Behinderten sind alles andere als vorbildlich und können es in dieser Gesellschaft auch nie werden, selbst wenn man dem Volk noch mehr Steuern abpreßt.

Der Jungdemokrat (FDP) gab sich fortschrittlicher als der Juso, fand unsere Forderungen im großen und ganzen auch richtig und wollte sich sogar in seiner Partei für die Durchsetzung dieser Forderungen einsetzen. Das brachte ihm sofort eine Rüge des Jusos ein, der ihm vorwarf, opportunistisch zu argumentieren, weil die Stimmung im Saal auf der Seite der Kommunisten sei.

Wir glauben eher, daß es sich hier um einen rührenden Idealisten handelt, der den Charakter der FDP, der er sich zuordnet, noch nicht erkannt hat. Die FDP hat seit Jahrzehnten bewiesen, daß sie wie jede bürgerliche Partei nur das Interesse einer Klasse vertritt – der Kapitalistenklasse.

Ein ganz besonderer Spezi war der Vertreter der SDAJ (DKP-Jugendorganisation). Er drückte sich am offensichtlichsten um die Beantwortung der Fragen herum. Die Gruppe, die immer besonders herausstreicht, daß sie sich an den konkreten Bedürfnissen der Lohnabhängigen orientiert, unterstützte in hilfloser Manier unsere Forderungen nur indirekt, um sich gleich wieder von ihnen zu distanzieren, weil sie letzlich von den "Chaoten" aufgestellt und daher illusionär sind.

Diese Veranstaltung hat mit klar gezeigt, daß das Volk von den heranwachsenden Vertretern dieser bürgerlichen Parteien auch zukünftig nichts zu erwarten hat.

–H.L., Osterholz-Schambeck–

Aus den Fehlern lernen!

WAS IST VOM KBW BEI FELTEN UND GUILLAUME IN KÖLN FALSCH GEMACHT WORDEN?

Im Februar dieses Jahres sind in der Ortsgruppe Köln des KBW schwere Fehler gemacht worden, die bisher von uns noch nicht öffentlich untersucht worden sind. Aufgedeckt worden sind diese Fehler durch einen "Offenen Brief", der mit "Kollegen aus den betroffenen Betrieben" unterzeichnet ist und von "express" in der Nummer 3/4 und in der "Arbeiterpolitik" vom 24.4.74 veröffentlicht worden ist. Wenn wir hier auf diese Fehler gründlicher eingehen, dann nicht nur, um künftig ähnliche Fehler zu vermeiden, sondern auch deshalb, weil die unterzeichneten Kollegen falsche Lehren aus unseren Fehlern ziehen. Unter der Überschrift: "Wie verhindere ich einen Streik? Die Politik des Kommunistischen Bundes Westdeutschland" schreiben sie:

"Diese (inoffiziellen) Kämpfe sind aufgrund ihrer Zersplitterung und der fehlenden Unterstützung durch die Gewerkschaften besonders schwierig zum Erfolg zu führen und enthalten hohe Risiken für die Belegschaft und für die kommunistischen Zellen, die in diesen Kämpfen führend hervortreten." (Zitiert nach: Ergebnis der Gründungskonferenz des KBW, Broschüre, S. 41)

Wie sieht das aber nun in der Praxis aus?

Am 19. Februar 1974 brachte der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW), Ortsgruppe Köln, vor Felten & Guilleaume das Flugblatt heraus: "HEUTE WARNSTREIK!" – Es wurde nicht gestreikt. Am 20. Februar 1974 brachte der KBW das Flugblatt heraus: "WER HAT DEN WARNSTREIK VERHINDERT?" – Einige Verteiler des Flugblattes wurden verprügelt, und es wurden ihnen die Flugblätter abgenommen.

Felten & Guilleaume ist eine Kabelfabrik in Köln mit etwa 4 000 Beschäftigten. Keine Bänder, keine Maschinenstraßen, sondern Einzelmaschinen und eine Anzahl voneinander getrennter Hallen: Wenn es losgeht, muß praktisch jeder Mann einzeln geholt werden.

Die Streikbereitschaft für einen hohen Tarifabschluß war nicht von "Gewerkschaftsgrößen" (KBW) des Betriebes, sondern von aktiven Kollegen organisiert worden. Nach Erwartung und Stimmung in der Belegschaft wäre es auch kein "Ministreik" (KBW) geworden, bei dem wir "mal ne halbe Stunde die Pause überziehen" (KBW), sondern nach Umfang und Qualität war diesmal von der Belegschaft eine größere Aktion zu erwarten. Hier hat der KBW schon zwei goldene Regeln mißachtet:

1. Wenn ich die Situation in einem Betrieb nicht genau kenne, dann halte ich mich mit guten Ratschlägen, wann und worfür gekämpft werden soll, gefälligst zurück.

2. Ein Flugblatt kann keinen Streik organisieren, eine Führung von außen wird nicht akzeptiert, dies muß den Kräften im Betrieb überlassen bleiben.

Noch wichtiger ist: Wenn ich einen nicht-offiziellen Streik ankündige, schwäche ich die ohnehin Schwachen und stärke die ohnehin starke Gegenseite. Ein nicht-offizieller Streik muß überraschend kommen. Das Argument, die Gegenseite wüßte sowieso über alles Bescheid, ist lächerlich und zeugt von völliger Unkenntnis des Betriebes. Selbstverständlich wissen die Geschäftsleitung und ihre Handlanger, daß irgendwann und irgendwo um die Tarifverhandlungen herum mit ziemlicher Sicherheit gestreikt wird. Der größte Schutz in solchen Situationen ist für die Belegschaft die eigene Gerüchteküche. Fast täglich wird in irgendeiner Abteilung erzählt: Heute wird gestreikt, oder morgen wird gestreikt, oder da und dort haben sie sogar schon angefangen. Die Vorgesetzten kennen das und regen sich nicht besonders darüber auf. Wenn jedoch eine Gruppe, die regelmäßig eine Betriebszeitung verteilt, und von der die Geschäftsleitung annimmt, daß sie zumindest über größere Sachen informiert ist, einen Streik offiziell ankündigt, dann werden Betriebsleitungen und Meister zusammengetrommelt, um geeignete Gegenmaßnahmen zu ergreifen: Und genau das ist eingetreten! Natürlich ist es nicht so, daß durch ein Flugblatt die Streikbereitschaft von 100 auf 0 heruntergeschraubt werden kann; genausowenig, wie durch ein Flugblatt eine Belegschaft von 0 auf 100 gebracht werden kann. Aber Streikbereitschaft und Streikorganisation sind zwei verschiedene Hüte. Wenn durch eine solche Ankündigung die Streikorganisation ins Wanken gerät, wird die vor jeder Aktion vorhandene Unsicherheit der Belegschaft verstärkt. Organisationsmöglichkeit und Streikbereitschaft reißen sich gegenseitig herunter zu Desorganisation und Angst, so daß diejenigen Kollegen, die in der Lage sind, Tausende zu organisieren, die ganze Sache abgeblasen haben.

Das kann jedoch den KBW nicht erschüttern. Nach dem ersten Flugblatt war der politische Erfolg ja schon gewiß. Wäre – wie vorauszusehen war – die Aktion über den üblichen Rahmen hinausgegangen, dann hätte sich die Belegschaft der Aufforderung des KBW angeschlossen, "verschärfte Kampfmaßnahmen" zu ergreifen. Da nicht gestreikt wurde, hatte man die großartige Gelegenheit, die "Gewerkschaftsgrößen" (KBW) im Betrieb zu entlarven. Je nach Bedarf: der Betriebsrat, der Vertrauensleutekörper, die Vertrauensleutekörperleitung. Ob gestreikt wurde oder nicht, die Ortsgruppe Köln des KBW kann voll Stolz eine Erfolgsmeldung an die Leitung abschicken."

Dadurch, daß sie ein Zitat aus den Gewerkschaftsleitsätzen des KBW ihrer Darstellung vorausschicken, verweisen die Kollegen selbst darauf, daß es einen Widerspruch gibt zwischen der beschlossenen Linie des KBW und dem Vorgehen unserer Genossen bei Felten & Guilleaume. Zu dieser Auffassung sind inzwischen auch unsere Genossen bei Felten & Guilleaume gekommen. Sie schreiben in ihrer Stellungnahme: "Wir hätten unsere Auffassungen über die richtigen Forderungen und die Notwendigkeit konsequenter Kampfmaßnahmen in den angelaufenen Warnstreik hineintragen müssen. Denn nur unsere Genossen und Sympathisanten im Betrieb hätten die Kollegen wirklich von der Richtigkeit unserer Position überzeugen können, nicht aber ein bloßes Flugblatt. In der direkten Konfrontation müssen die Sozialdemokraten Farbe bekennen und sind besser zu schlagen. Das hätten wir auch mit unseren schwachen Kräften im Betrieb versuchen müssen. Wir hätten uns nicht hinter dem Flugblatt verstecken dürfen im Vertrauen darauf, daß der Funke schon zünden würde."

Gleichzeitig kritisieren unsere Genossen jedoch, daß im "Offenen Brief" der Kollegen überhaupt nicht Bezug genommen wird auf die Frage nach der Führung der Bewegung und den unmittelbaren Zielen, unter denen sie erfolgreich sein kann. Im Gegensatz zu den Kollegen sind sie der Auffassung, daß der Warnstreik vom Vertrauensleutekörper geplant war und im Betrieb jeder wisse, "daß sich da nichts ohne den Betriebsrat bewegt. In allen Abteilungen herrschte starker Unmut über den sich ankündigenden Prozentabschluß. Dieser Unmut sollte mit dem Warnstreik aufgefangen werden."

Entscheidend ist nun nicht, welche der beiden Einschätzungen zutrifft: Hatten Kollegen im Betriebsrat die Sache inszeniert, um "Dampf abzulassen", oder waren die Streikvorbereitungen von aktiven Kollegen getragen worden? Vermutlich war es so, daß es beides gab. In einer solchen Lage kommt es aber darauf an, die aktiven Kollegen zu unterstützen und die Absichten, Dampf abzulassen, zu vereiteln. Wie kann das gehen? Wenn herausgearbeitet wird, daß die Bedingung zum Erfolg nicht nur ein überraschender Streikbeginn ist, sondern daß entscheidend für einen Streik auch eine Streikforderung ist, die dem Streik ein klares Ziel gibt – eine Streikforderung, um die sich die Masse der Belegschaft tatsächlich sammeln und selbständige Initiative entfalten kann, so daß Abwiegelungsversuche nicht viel nützen, sondern klare Aufträge bestehen. Diesen Gesichtspunkt vor allem hatten unsere Genossen im Auge. Sie schreiben: "In dieser Situation (während der Tarifverhandlungen) wollten wir den geplanten Warnstreik nutzen, um die (ursprünglich vom Vertrauensleutekörper geforderten) **1,20 DM pro Stunde für alle** noch stärker gegen die 15-Prozent-Forderung (der Tarifkommission) in die Debatte zu bringen."

Daß unsere Genossen diese ihre Absicht in gerade streikverhindernder Weise in die Tat umsetzten, das haben die Kollegen in ihrem "Offenen Brief" beschrieben. Daß diese Kollegen aber die Frage des Kampfzieles aus den Augen verlieren, kritisieren unsere Genossen, die uns schrieben, es kümmere diese Kollegen überhaupt nicht, "daß das Ganze eine Propagandaveranstaltung für die 15-Prozent-Forderung der Gewerkschaftsführung werden sollte. Entsprechende Transparente waren schon fertig. Damit wird aber vergessen, daß gerade bei Felten & Guilleaume die Kollegen schon im letzten Jahr zu Statisten bei einem Warnstreik wurden, auf dessen Ziel sie keinen Einfluß hatten." Damit aber würde den Sozialdemokraten das Feld überlassen: "Und denen sind Leute immer recht, die für die technische Organisierung von Aktionen sorgen und sich um die Bestimmung der Ziele nicht kümmern."

Der Fehler unserer Genossen bestand also nicht darin, in der Belegschaft die Auseinandersetzung um solche Forderungen zu führen, mit denen man gegen die Kapitalisten die Einheit herstellen und siegen kann. Er bestand darin, gegen die Gefahr des Versinkens in die Bewegung wie sie nun mal ist, d.h. gegen die Unterordnung unter falsche Ziele, einfach das abstrakte Propagandistentum zu setzen und in allgemeinen Reden SPD-ler in den Gewerkschaften zu entlarven. Dieser Fehler ist im KBW durchaus nicht auf die Kölner Genossen beschränkt. Er ist aber als Tendenz zu Schematismus und Doktrinarismus auch erkannt worden und der Kampf dagegen ist aufgenommen worden. Im Rechenschaftsbericht des ZK, den die erste ordentliche Delegiertenkonferenz des KBW verabschiedet hat, heißt es dazu – und unsere Kölner Genossen beziehen sich darauf in ihrer Stellungnahme:

"Im Rahmen der verschiedenen Tarifrunden hat man sich vielfach darauf beschränkt, den selbständigen Kampf zu propagieren, anstatt durch Aufgreifen ganz bestimmter Reibungspunkte, eine genaue Untersuchung der vorhandenen Widersprüche und auf dieser Untersuchung beruhender Vorschläge für ein selbständiges Vorgehen einen selbständigen Schritt der Belegschaft oder von Teilen der Belegschaft einzuleiten oder einzuleiten versuchen. Beschlüsse des ZK werden oft nicht auf Grundlage genauer Untersuchung der eigenen Umgebung entsprechend angewandt, sondern entweder gar nicht angewandt oder ohne eigene Untersuchung. Manchmal wird zwar viel von Selbständigkeit geredet, aber selbständig unternommen wird nichts. Diese Fehler werden nicht leicht auszurotten sein. Viele unserer Genossen sind Intellektuelle und haben wenig Erfahrung in persönlicher Überzeugungsarbeit und neigen schon von daher zu Schematismus und Doktrinarismus. Manche unserer Genossen sind jetzige oder frühere Gewerkschaftsjugendfunktionäre, die sich zwar in Gewerkschaftsgremien (KJA etc.) bewegen können, die aber keine wirkliche Erfahrung in der Überzeugungsarbeit unter den Kollegen haben. Manchmal sind sie von den Gewerkschaftsfunktionären auserkoren gewesen, Funktionärsnachwuchs zu werden und sind dann Kommunisten geworden. Auch bei diesen Genossen kann leicht an die Stelle des Ökonomismus Schematismus und Doktrinarismus treten, weil keine Erfahrungen da sind, wie man Menschen überzeugt und wie man Menschen für ein bestimmtes Vorgehen gewinnt.

Viele unserer Genossen haben noch keine mündliche Agitation unter den Kollegen entfaltet, sondern haben sich im wesentlichen schriftlich durch Flugblätter und Betriebszeitungen mehr oder weniger anonym an die Kollegen gewandt, ohne sofort und unmittelbar Rede und Antwort stehen zu müssen. Von daher erklärt es sich leicht, daß in unserer Organisation, wie in anderen Organisationen erst recht, Schematismus und Doktrinarismus entstehen können und daß diese oft dann entstehen, wenn einem die ökonomistische Krücke abhanden kommt, auf die sich unsere Agitation früher gern stützte.

Eines der Mittel zur Korrektur von Schematismus und Doktrinarismus ist, daß man die schriftliche Agitation an der mündlichen ausrichtet und nicht das umgekehrte versucht; daß man z.B. in einer Betriebszeitung jede Kraftmeierei und Großtuerei in Worten unterläßt und nichts anderes schreibt, als was man auch auf einer Betriebsversammlung oder persönlich gegenüber den Kollegen vertreten kann (das gilt natürlich nicht unbedingt für gewisse Enthüllungen). Ein anderes Mittel der Korrektur ist, daß immer eine sorgfältige Untersuchung durchgeführt und nicht im Blauen herumgepfuscht wird."

Im "Offenen Brief" der Kollegen wird noch auf zwei ähnliche Fälle in anderen Kölner Betrieben eingegangen. Ich behandle diese Fälle nicht, weil das Grundmuster unserer Fehler dabei ähnlich war. An die Adresse der "Kollegen aus den betroffenen Betrieben" soll aber noch gesagt werden, daß unsere Genossen ihre politische Arbeit keineswegs machen, um "voll Stolz eine Erfolgsmeldung an die Leitung abzuschicken". In solchen Anwürfen bestätigt sich, was von vorneherein anzunehmen war, daß es sich bei Euch nämlich nicht einfach um eine Gruppe empörter Kollegen handelt, sondern um eine Gruppe von Kollegen mit ganz bestimmten politischen Anschauungen. Unsere Genossen lokalisieren Euch als eine Restgruppe des "Arbeiterkampf", einer in Köln arbeitenden spontaneistischen Gruppe. Daß Ihr unseren Fehler aufgedeckt habt, ist gut. Daß Ihr das in der Maske des biederen Kollegen tut, ist nicht gut. Man sollte seine politische Farbe schon bekennen, das erleichtert die Orientierung für alle.

Willfried Maier

bilka KAUFHAUS GMBH

VERTRAULICH!

bilka KAUFHAUS GMBH

VERTRAULICH!

Schwarze Listen

Wir drucken hier ein Formular der Firma Bilka ab, mit dem sie Ausforschungen über Stellenbewerber von dessen früherer Firma einzieht. Die Firma Bilka gebraucht dieses Formular offensichtlich für ihr gesamtes Verkaufsgebiet, was sich aus der Ortsangabe: "Berlin, den. . ." ergibt.

Das Formular zeigt, daß die Kapitalisten auch für den Fall, daß die regionalen Schwarzen Listen nicht hundertprozentige Garantie vor unbemerkter Einstellung unerwünschter Arbeiter bieten, vorgesorgt haben.

Die Antwort auf das Auskunftsersuchen bietet den Kapitalisten die Möglichkeit, bei unwahren Angaben des Einstellungsbewerbers diesen, sollte er bereits eingestellt sein, fristlos zu entlassen. Gehaltsaufbesserungen im Wege eines Stellenwechsels zu erreichen, wird unmöglich. Was in die Rubrik besondere Bemerkungen eingetragen wird, braucht nicht einmal angedeutet zu werden.

Das Formular zeigt die Solidarität der Kapitalisten über alle Konkurrenz hinweg.

S. Mannheim

DAS RECHT FÜR ARBEITER: *Der Arbeiter "muß alle Mitteilungen an dritte Personen unterlassen, die den Ruf des Unternehmens oder seinen Kredit schädigen können, und zwar selbst dann, wenn sie erweislich wahr sind".*

Hueck-Nipperdey, Grundriß des Arbeitsrechts, 5. Auflage 1970, Seite 67

DAS RECHT DER KAPITALISTEN *"Der Arbeitgeber (ist) zu einer der Wahrheit entsprechenden Auskunft auch dann berechtigt, wenn sie für den Arbeitnehmer schädlich ist, sofern der Dritte ein berechtigtes Interesse an der Mitteilung hat".*

a. a. o. Seite 104

Regionale Zeitungsmonopole

Die Konzentrationswelle im Zeitungsgewerbe rollt. In der KVZ Nr. 7 wurde bereits über das neue regionale Zeitungsmonopol im Raum Trier/Saarbrücken berichtet. Nur wenige Tage nach dem Aufgehen der "Trierischen Landeszeitung" im "Trierischen Volksfreund" war im württembergischen Raum das nächste Superding komplett: Die Ulmer "Südwestpresse", der Stuttgarter Zeitungsverlag GmbH und die "Stuttgarter Nachrichten" sind zu einem riesigen Konzern verschmolzen. Der Münchner Süddeutsche Verlag, der bisher 80 % der Anteile der "Stuttgarter Nachrichten" besaß, hat diese Anteile an eine hundertprozentige Tochter der Stuttgarter Zeitungsverlag GmbH abgestoßen und ist damit völlig aus dem Stuttgarter Markt verschwunden.

Inzwischen ist auch klar warum. Der Süddeutsche Verlag ("Süddeutsche Zeitung" und "Münchner Abendzeitung") benötigte offenbar das Kapital anderweitig: Er wird mit dem zweiten Münchner Großverlag, dem "Münchner Merkur", fusionieren. Es ist offensichtlich, daß der Süddeutsche Verlag auf diese Weise sein Kapital noch profitabler einsetzen kann. Denn die Konzentration im Münchner Raum ermöglicht das Zusammenlegen der beiden großen Münchner Tageszeitungen zusammen mit ihren Boulevardzeitungen und zahlreichen Kopfblättern in der näheren Umgebung zu einer einzigen Tageszeitung mit Riesenauflage.

Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Druck und Papier, Mahlein, hat jedoch auf der letzten Vorstandssitzung der Deutschen Journalisten-Union (dju) noch weitere Dinger angekündigt, die spätestens innerhalb der nächsten zwei Jahre fällig sind:

- Im Raum Dortmund werden die "Westfälische Rundschau", die "Westdeutsche Allgemeine Zeitung" (WAZ) und die Hagener "Westfalenpost" fusionieren.
- Die völlige Übernahme der "Neuen Hannoverschen Presse" durch die "Hannoversche Allgemeine" ist nicht mehr aufzuhalten, nachdem bereits auf dem Anzeigensektor eng kooperiert wird, und einige kleinere Blätter der Umgebung bereits geschluckt wurden (zum Beispiel "Göttinger Tageblatt").
- Die "Hamburger Morgenpost" wird noch in diesem Jahr eingestellt werden.
- Und hier in Köln werden die beiden großen Tageszeitungen "Kölner Stadtanzeiger" und "Kölnische Rundschau" fusionieren.

Diese geplanten Verschmelzungen zu regionalen Monopolen haben eins gemeinsam: Hier handelt es sich nicht um irgendwelche bankrotten Unternehmen, die halt von den besser gehenden geschluckt werden; hier handelt es sich in allen Fällen um **gesunde Großverlage**, die nur zu einem einzigen Zweck mit anderen gesunden Großverlagen fusionieren: um zusammen noch mehr Profite scheffeln zu können. Die Zeitungsindustrie ist genauso den Gesetzen des Kapitalismus unterworfen wie alle anderen Industriezweige. Wie immer und überall im Kapitalismus geht es auch hier nur um die Realisierung von Profiten, um optimale Kapitalverwertung und nichts sonst.

Die technische Entwicklung in der Druckindustrie erlaubt heute eine immer rationellere Produktion in immer größeren Einheiten. Gewinnbringend freilich nur dann, wenn die vor ein paar Jahren noch gar nicht vorstellbaren Kapazitäten der modernen Anlagen auch durch hohe Auflagen voll genutzt werden können. Deshalb werden immer mehr Zeitungen in schöner Einmütigkeit zusammengeworfen; daß dabei auch die Belegschaften immer mehr reduziert werden und bei jeder neuen Fusionierung zahlreiche Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren – das ist den Kapitalisten ja egal. Hauptsache die Kasse stimmt.

Deshalb ist es auch typisch, daß die Zeitungskapitalisten bei derartigen Fusionsplänen meist ganz im Geheimen vorgehen, damit nur ja keine Unruhe unter der Belegschaft entsteht. Wenn es dann zu spät ist, stellt man die Kollegen einfach vor vollendete Tatsachen.

Dieser Taktik entspricht es auch haargenau, daß wir hier in Köln von den bevorstehenden Veränderungen noch kein Sterbenswörtchen erfahren haben. Dieser Taktik entspricht es ebenfalls haargenau, daß der "Kollege" Mahlein seine Äußerungen jetzt angeblich schon wieder dementiert, um die unter den Kollegen entstandene Unruhe wieder zu glätten und es seinen Kapitalistenfreunden weiter zu ermöglichen, im Dunkeln zu munkeln.

Sofortige Offenlegung aller Fusionierungspläne!

Offenlegung der Bilanzen!

Weg mit dem Tendenzschutzparagraphen!

–N.N., Köln–

6000 Entlassungen bis zum Sommer?

IM AUGENBLICK 1 000 / FORD-BETRIEBSRAT AUF SEITE DER KAPITALISTEN

Köln. Die Krisen des westdeutschen Kapitalismus werden immer auf dem Rücken der Lohnabhängigen durch Lohnabbau, Kurzarbeit und Entlassungen ausgetragen. Auch heute versuchen die Kapitalisten in den Bereichen, die bsonders von der Krise betroffen sind, wie Textil, Bauwirtschaft und auch Autoindustrie, mit allen Mitteln ihre Profite zu halten. Das zeigt sich besonders am Beispielder Autoindustrie.

Durch die steigenden Autopreise, Erhöhung von Kraftfahrzeug-Steuern und -Versicherungen sowie durch die unverschämten Benzinpreise sind immer mehr Menschen gezwungen, ihr altes Auto länger zu fahren und eventuell auf die öffentlichen Verkehrsmittel umzusteigen. Deshalb werden insgesamt weniger Autos in der Bundesrepublik verkauft. Um dieser Situation Herr zu werden, setzen die Kapitalisten zunächst Kurzarbeit, wie heute bei VW und Audi NSU, durch.

DIE LAGE BEI FORD KÖLN

Diese Mittel (Kurzarbeit) sind jedoch für die Ford-Werke nicht mehr schlagkräftig genug, um aus der Krise rauszukommen. Die wirtschaftliche Situation bei Ford sieht düster aus: Bei einem Produktionsrückgang von 42 % und einem Zulassungsrückgang im Inland von 56 % haben die Ford-Kapitalisten alle Zeichen auf Alarm gestellt. Alarm deshalb, weil sie einerseits um ihre Profite wegen der schlechten Verkaufszahlen bangen. Andererseits sind sie im Konkurrenzkampf mit anderen Automobilfirmen durch eine "schlechte Modellpolitik" auf die Nase gefallen. Die Modelle Consul und Granada, die den Marktanteil von Ford erhöhen sollten, sind zum Leidwesen der Ford-Kapitalisten mit einem Zulassungsrückgang von 67,8 % im Januar 1974 in den Keller gefallen. Das erste Mittel, um die Autohalden nicht größer werden zu lassen, war für Ford die Kurzarbeit, die im Februar 1974 große Teile des Ford-Werkes stillstehen ließ. Die Kollegen, die damals den großen Worten glaubten, daß "Kurzarbeit ein Mittel sei, um Massenentlassungen zu verhindern", sehen sich heute eines "schlechteren" belehrt. Denn jetzt soll es doch zu Massenentlassungen kommen!
Im Augenblick laufen Gespräche zwischen Betriebsrat und Ford-Direktorium, bei denen es um die Entlassung von etwa 1 000 Kollegen geht. Man hört sogar, daß bei weiterem Absatzrückgang im Sommer weitere 5 000 Arbeiter und Angestellte auf die Straße geworfen werden sollen. Zunächst versuchen die Ford-Kapitalisten jedoch, eine Politik der "kleinen Schritte" eizuschlagen, um die Belegschaft im Unklaren zu lassen über ihre weiterreichenden Pläne.
Die ersten, die von dieser Taktik betroffen wurden, sind die Trainees (Leute mit Hochschulausbildung, die erst alle wesentlichen Abteilungen durchlaufen müssen, ehe sie einen festen Arbeitsplatz bekommen). Diejenigen von ihnen, die diese Trainee-Ausbildung bei Ford begonnen haben und noch keine feste Planstelle haben (die Mehrheit), werden entlassen. Wenn sie weniger als 6 Monate bei Ford gewesen sind, bekommen sie kein Arbeitslosengeld.

Für Ingenieure und andere Leute mit Hochschulausbildung besteht Einstellungsstop.
Lehrlingen wird angeraten, sich rechtzeitig bei anderen Firmen um eine Anstellung zu bemühen. In Briefen an die Lehrlinge wird unumwunden zugegeben, daß die Gründe der Nicht-weiter-Beschäftigung "nicht in ihrer Person, noch an ihrer Leistung liegen", sondern "leider" in "betrieblichen Gründen". Mindestens 33 kaufmännische Lehrlinge haben damit ihre Kündigungsschreiben schon in der Hand. Und im gewerblichen Bereich sind fast nur die Elektriker einigermaßen sicher, daß sie nach ihrer Lehre übernommen werden. In der Ford-Lehrwerkstatt geht das Gerücht um, daß bis zu 200 Lehrlinge keine Weiterbeschäftigung bei Ford finden werden. Nachdem die Lehrlinge über drei Jahre als billigste Arbeitskräfte ausgebeutet wurden, dürfen sie nun gehen. Als Facharbeiter sind sie den Kapitalisten in der Krise zu teuer.

Bisher sind unter der Drohung mit Entlassung schon über 600 Kollegen "freiwillig" gegangen. Einzelne Meister laufen in den Hallen rum, nörgeln an "mißliebigen" Kollegen herum und drohen ihnen direkt mit Entlassungen. Außerdem gibt es in einzelnen Bereichen Einstellungsstop, wie z.B. bei den Schlossern. Das alles führt in der Belegschaft zu einiger Unruhe und Verwirrung.

DER BETRIEBSRAT VERHANDELT IM SINNE DER GESCHÄFTSLEITUNG

In dieser, für alle Ford-Kollegen gefährlichen Situation, finden Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung statt. Und so sehen die Verhandlungspositionen aus: Die Geschäftsleitung argumentiert mit der schlechten wirtschaftlichen Lage und verlangt deshalb Entlassungen. Der Betriebsrat, der die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertreten sollte, stellt sich aber nicht grundsätzlich gegen Entlassungen. Vielmehr bringt er "Verständnis" dafür auf, daß keine Arbeit mehr da ist und hat folgendem Entlassungsplan zugestimmt:
Es darf nur entlassen werden, wenn der betreffende Arbeitsplatz überflüssig ist. Dabei muß jedoch der Betriebsrat den Nachweis führen, wann die anderen Kollegen für den Entlassenen mitarbeiten, und wann tatsächlich keine Mehrbelastung auftritt.

Selbst abgesehen davon, daß es dem Betriebsrat fast unmöglich ist, die einzelnen Arbeitsplätz zu untersuchen, nützt dieses Verfahren nur der Geschäftsleitung. Sie kann ohne weiteres Aufgaben für Arbeitsgruppe oder einzelne Arbeitsplätze durch ihre Handlanger zurückhalten und dann die Entlassungen durchsetzen. Das Argument des Betriebsrates, es dürfe nicht zu stärkerer Arbeitsbelastung für die verbliebenen Kollegen kommen, ist in den Wind gesprochen. Denn erst wenn die Entlassungen vollzogen sind, wird die Arbeitshetze stärker werden.
Mit einer solchen Regelung hat der Ford-Betriebsrat unter der Führung von Lück einmal mehr bewiesen, auf welcher Seite er steht. Die Ford-Kollegen können einmal mehr erkennen, daß dieser Betriebsrat ein Handlanger der Kapitalisten ist, der nur mühsam seine arbeiterfeindliche Politik verdecken kann.
Jetzt kommt es darauf an, weder auf das Gejammer der Kapitalisten, noch auf die angeblich "realistische" Politik des Betriebsrates reinzufallen. Alle Ford-Kollegen müssen sehen, daß für sie die Entlassungen eine Schraube ohne Ende sein können. Dagegen hilft nur eins:
Keine Entlassungen!
Statt Kollegen zu entlassen und den anderen die Arbeit anzubinden, muß dafür gesorgt werden, daß die Arbeitsbedingungen für alle verbessert werden. Das kann erreicht werden durch den Einsatz von zusätzlichen Kollegen an den Plätzen, wo die Arbeitshetze besonders groß ist (z.B. Vergrößerung der Springerstellen am Band). Auch kann durch die Weiterbeschäftigung von Kollegen, die von Entlassungen bedroht sind, die Arbeitszeit verkürzt werden.
Für den Sieben-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich!

Ortsgruppe Köln, in Zusammenarbeit mit Ford-Kollegen.

RINGELLA HILDESHEIM:

Für einen Betriebsrat!

Hildesheim. Von der Textil- und Bekleidungsfirma Ringella, die rund 250 Arbeiter, vorwiegend Frauen, beschäftigt, deren Stundenlöhne im Durchschnitt bei 4,50 DM liegen, wurde ich am 15. Dezember 1973 als Datentypistin eingestellt. Bereits nach 6 Wochen bekam ich meine Kündigung zum 31. März 1974 ausgesprochen. Da ich am KVZ-Verkauf in der Stadt beteiligt war und wiederholt von leitenden Angestellten der Firma Ringella gesehen wurde, ließ die Geschäftsleitung sich etwas neues einfallen. Sie widerrief ihre erste Kündigung und teilte mir am 26. Februar mit, daß ich gefälligst schon am 28. Februar zu gehen hätte. In dieser Firma gibt es auch keinen Betriebsrat, so sind die Arbeiter schutzlos den Willkürmaßnahmen der Geschäftsleitung ausgesetzt. Durch eine Unterschriftensammlung forderte ich die Kolleginnen und Kollegen auf, sich auf einer Belegschaftsversammlung ihre Interessenvertreter zu wählen. Davor hat die Geschäftsleitung mächtig Manschetten, das sah man daran, daß sie mir verboten, die Produktionshallen zu betreten. Bis zum Eingreifen der Geschäftsleitung unterschrieben spontan 18 Kollegen. Knapp 2 Stunden später hatte ich meine Entlassungspapiere in der Hand. Die Ortsgruppe Hildesheim des KBW rief daraufhin die Kolleginnen und Kollegen auf, sich zu treffen, um über die Durchführung einer Betriebsratswahl zu diskutieren. Nun allerdings wurde es den Herren zu heiß, in einer Versammlung in der Kantine protzten sie laut rum, daß niemand etwas gegen einen Betriebsrat hätte, aber die Firma schon 15 Jahre lang ohne ausgekommen wäre, und nun müsse man doch erst einmal abstimmen. Man erfand eine Klausel: Sind 51 % für einen Betriebsrat, so dürfe einer gewählt werden; sind es nur 50 %, bleibt alles beim alten. Dies ist gegen das Betriebsverfassungsgesetz, denn es brauchen nur 3 wahlberechtigte Kollegen aus einem Betrieb für die Wahl eines Betriebsrats zu sein.
Aber dabei blieb es nicht, nun wurden die Kolleginnen und Kollegen erst einmal eingeschüchtert, indem man ihnen wörtlich sagte: Wer mit Kommunisten etwas zu tun hat, sich mit ihnen trifft oder sogar selbst einer ist, fliegt raus. Am gleichen Tag standen einige Genossen der Ortsgruppe Hildesheim vor dem Tor der Firma Ringellas und wiesen auf Stelltafeln noch einmal auf die Veranstaltung hin, zu der ein ganzes Band und einige Kollegen hingehen wollten. Sogleich standen einige Lakaien der Geschäftsleitung neben uns, so daß die Kolleginnen und Kollegen geduckmäusert an uns vorbei liefen. In der Gaststätte, wo wir uns alle treffen wollten, erschienen 3 Kollegen und – wie konnte es anders sein – 2 Spitzel. Die Geschäftsleitung hatte sogar vorgesehen, ihre Chefsekretärinnen und den Personalchef zu schicken, um zu spionieren. In den nächsten Tagen wurde eine Abstimmung durchgeführt. Auf den Wahlzetteln wurde ausdrücklich noch einmal darauf hingewiesen, daß ein Betriebsrat doch sehr viele Fähigkeiten besitzen müsse, und doch stimmten 75 % für Ja und 22 Stimmen enthielten sich.
Die Geschäftsleitung der Firma Ringella ist angeschlagen worden, sie kann die Wahl eines Betriebsrates nicht mehr verhindern. Nun müssen die Kolleginnen und Kollegen sich aus ihren Reihen ihre Interessenvertreter wählen.

K.H., Hildesheim

Streik gegen Akkord

193 KOLLEGEN BEI METZELER FRISTLOS GEKÜNDIGT

Breuberg/Odenwald. Die seit kurzem zum Bayer-Konzern gehördende Firma Metzeler in Breuberg-Neustadt kündigte 193 in der Reifenproduktion beschäftigten ausländischen Arbeitnehmern fristlos, ohne die gesetzliche Anhörungsfrist einzuhalten. Die Arbeiter hatten sich an einem Streik beteiligt.
Am Mittwoch waren 260, am Donnerstag 300 Arbeiter im Ausstand; sie forderten die Abschaffung des Akkords und einen Stundenlohn von 9,20 DM. Bisher waren 6 bis 7 DM Akkordbemessungsgrundlage gewesen. Vor drei Wochen mußten die Reifenwickler 9 000 Reifen pro Schicht machen; sie gingen dann runter auf 7 000. Jetzt wollte die Geschäftsleitung wieder hoch mit dem Akkord. Das war der Auftakt zum Streik.
Die Geschäftsleitung bot erst 8 %, später, laut Gerücht, 13 % an. Briefe, in denen sie mit Entlassungen drohte, hatten die Kollegen vor dem Werk verbrannt. Die Firmenleitung will die frei gewordenen Arbeitsplätze mit ehemaligen Beschäftigten der Goodyear-Werke in Philippsburg bei Mannheim besetzen, wo bereits 300 Entlassungen in der Reifenindustrie erfolgt sind. Laut "Frankfurter Rundschau" wurde zum Schutz von Streikbrechern Polizei angefordert.

Erst Überstundenklopperei, dann Entlassungen

Auf der letzten Betriebsversammlung hat der Arbeitsdirektor mehrfach betont, daß der Betrieb die Produktion voll ausnützen muß. Aufträge sind vorhanden, bis Ende des Jahres ist die Hütte voll ausgebucht. Die letzten Monate schienen dies auch voll zu bestätigen: Erst Überstundenklopperei und dann zunehmende Arbeitshetze.
Die westdeutschen Stahlkapitalisten haben beim Stahlboom gut abgeschnitten. 1973 war ein Rekordjahr, 50 Millionen Tonnen Rohstahl wurden produziert. Auch bei Roheisen wurde mit 37 Millionen Tonnen ein neuer Rekord erzielt. Diese Ergebnisse sind auf Kosten der Metaller zustande gekommen. Ganz unverblümt hat Putsch, Sprecher der Stahlwerke Peine-Salzgitter, festgestellt, daß es durch Rationalisierung in der BRD gelungen ist, daß ein Metallarbeiter in einer Stunde doppelt soviel Rohstahl produziert wie vor 10 Jahren. Wie hat das bei uns ausgesehen? Auf der einen Seite riesige Investitionen im Warmbereich im vorigen Jahr und jetzt Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen. Seit kurz vor Ostern gibt es im Kaltwalzwerk einen plötzlichen Umschwung. Empörung und Verunsicherung macht sich breit.

- Es fing damit an, daß im Kaltwalzwerk die Handsortierung aufgelöst wurde. Seitdem überschlagen sich die Gerüchte, um uns zu verunsichern.
- Bis Juni-Juli sollen ganze Anlagen stillgelegt werden.

Daß an diesen Gerüchten was dran ist, merkte man im Kaltwalzwerk.
Die Betriebsleitung hat folgende Pläne angedeutet:

- Ein Teil der Walzgerüste soll auf 40 Stunden heruntergefahren werden, teilweise sollen die Schichten reduziert werden.

Beschwichtigend wird von der Geschäftsleitung gesagt, daß nur einige Anlagen betroffen sind, aber jeder weiß, daß diese Maßnahmen im Kaltwalzwerk sich auf alle auswirken werden, also auch auf Spaltanlage, Scheren, Zimmerei und die Verpackung. Über 100 Kollegen sollen freigesetzt werden. Während für die deutschen Kollegen angeblich noch keine genauen Angaben gemacht werden konnten, steht für 10 türkische Kollegen schon fest, daß sie umgesetzt werden sollen. Von der Betriebsleitung wird behauptet, daß keiner entlassen werden soll. Doch das glaubt keiner, denn die Frage, wieviel Arbeiter ein Kapitalist oder ein kapitalistischer Konzern wie Klöckner beschäftigt, hängt davon ab, ob er aus den Arbeitern noch Profit schlagen kann oder nicht. Ist das nicht mehr möglich, stößt er sie ab, werden sie auf die Straße gesetzt.

Die Geschäftsleitung kommt nur mit spärlichen Meldungen oder schweigt ganz. Sie hat auch allen Grund dazu. Sie weiß, daß wir Entlassungen nicht kampflos hinnehmen werden.
Der Behauptung der Kapitalisten gegenüber, daß alle eingestellt bleiben, müssen wir skeptisch sein. Es ist auch möglich, daß sie hinter unserem Rücken zunächst hier und da jemanden entlassen. Dies muß sofort dem Betriebsrat oder den Vertrauensleuten gemeldet werden.
Die neuesten Meldungen müssen sofort aufs Schwarze Brett.
Auf Bereichsversammlungen müssen wir über die neuesten und wichtigsten Ereignisse beraten.

Welche Forderungen müssen wir aufstellen?
Schicht- und Stundenreduzierung sind nichts als verkappte Kurzarbeit, die ebenso wie Umbesetzungen erhebliche Lohneinbußen bedeuten. Deshalb:
Keine Lohneinbuße bei Kurzarbeit!

–Betriebszelle Klöckner, Bremen–

VW WOLFSBURG:

Kurzarbeit und Stahltore zur Aussperrung

Am Mittwoch, den 17. April, drei Arbeitstage vor dem Beginn der Kurzarbeit, fand die erste Betriebsversammlung dieses Jahres im Werk Wolfsburg statt.
Was war dieser Betriebsversammlung vorausgegangen? Die angekündigte Kurzarbeit hatte vielen Kollegen vor Augen geführt, daß die Lage der Arbeiter im Kapitalismus keine Stabilität kennt. Diese Einsicht der Kollegen setzt sich aber nicht direkt um in Kampf gegen die Kurzarbeit, da diejenigen, die 14 Tage kurzarbeiten, zunächst einmal froh waren, daß sie 2 Wochen nicht ins Werk brauchen. Kurz vor der Betriebsversammlung hatte VW-Chef Leiding mal wieder Klagebriefe an die "lieben Mitarbeiter" versckickt und zum Tarifabschluß Stellung bezogen, indem er erklärte, daß dieser zu hoch sei, daß er aber angenommen werden mußte, um die Passat-Produktion und den Aufbau



der Anlagen für den EA 337 (Golf) und EA 800 nicht zu behindern. Nun, Briefe an die "lieben Mitarbeiter" hat es schon früher gegeben, auch Lotz verschickte solche Briefe. Doch die Reaktion der Kollegen hat sich geändert. Konnte man sie früher noch mit Papier einschüchtern, so brachten in einigen Werkstätten und Abteilungen die Kollegen die Briefe ungeöffnet zurück und übergaben sie mit Bemerkungen wie "Den Mist kann Leiding zurückhaben!" den Vorgesetzten.
Doch ein weiterer Anlaß, der die Kollegen auf die Palme brachte, kam hinzu. Um das Werk zu betreten, gibt es zwei Tunnels, die den Mittellandkanal unterqueren. Kurz vor Ostern standen plötzlich schwere Eisentore im Tunnel. Zwar gibt es an fast allen Betrieben in der BRD Tore, die sich schließen lassen, aber an den Tunnels hat es so etwas noch nie gegeben, auch nicht an den vorher benutzten Fußgängerbrücken! Diese Tore sind eigentlich nichts besonderes, doch jeder Kollegen fragte sich natürlich, wann diese Tore geschlossen werden sollen. Jeder erklärte, daß man solche Tore nur zur Aussperrung der Kollegen gebrauchen kann, denn am Wochendende oder im Urlaub arbeiten immer ein paar tausend Kollegen im Werk. Als dann auch noch die Gewerkschaft mitteilte, Leiding habe die Tore mit Objektschutz wegen der nahen DDR-Grenze begründet, war die Empörung groß. Die Grenze ist nicht einmal 10 Jahre jünger als das Werk, und seit 1945 hat man in Wolfsburg keine Gitter gebraucht. "Damit die Russen nicht mit Panzern durch den Tunnel kommen", so kommentierte ein Kollege spöttisch die Tore. Deutlicher als mit den Toren konnte Leiding nicht zeigen, wie er sich auf die kommenden Kämpfe vorbereitet. Er lieferte das beste Beispiel dafür, wie man die "Sozialpartner" einmal zu behandeln gedenkt. "Wer ein kleines Häuschen hat, versucht es doch auch durch einen Zaun zu schützen", so erklärte Leiding die Tore dann auf der Betriebsversammlung, denn "im Werk sei schon drei mal eingebrochen worden!"
Wer geglaubt hatte, dies alles würde die Kollegen einschüchtern, mußte sich eines besseren belehren lassen. Zum ersten Mal überhaupt wurde ein Vorstandsvorsitzender auf einer Betriebsversammlung ausgepfiffen. 16 Diskussionsredner, die Versammlung dauerte 6 Stunden, so etwas hatte es noch nie gegeben! Denn Ihr müßt Euch vorstellen, daß schon allerhand Mut dazu gehört, vor 15-20 000 Kollegen zu reden. In ihren Redebeiträgen nahmen die Kollegen hauptsächlich gegen die Briefe und die Gitter Stellung. Sie machten ihrer Empörung darüber Luft. Es gelang zwar nicht, diese Empörung in Kampfschritte umzusetzen, aber es hat sich deutlich gezeigt, daß die Kollegen nicht mehr bereit sind, sich alles bieten zu lassen, was sie vorgesetzt bekommen. Die Zeiten sind vorbei, und das ist gut!

a.b. im Auftrag der VW-Zelle

FÜR 170 DM ABGESTIMMT, 161 DM AUSGEZAHLT

Die ÖTV-Kollegen stimmten in der Urabstimmung über 170 DM mindestens für alle ab. Jetzt stellten die ÖTV-Kollegen in Heidelberg fest, daß die Ledigen nur 161 DM ausbezahlt bekommen. In der Zentralen Universitätsverwaltung wurde eine Unterschriftensammlung durchgeführt, in der der Arbeitgeber aufgefordert wird, "unverzüglich den tarifvertraglich vereinbarten Lohn auszubezahlen". In kurzer Zeit unterschrieben etwa 45 Kollegen. Wie kommt die Differenz bei der Auszahlung für die Angestellten zustande? Bei den Ledigen wird die Differenz zwischen der um 11 % erhöhten Grundvergütung und den 170 DM auf Grundlage des Ortszuschlags der Verheirateten berechnet. Der Ortszuschlag der Ledigen ist aber geringer, sie bekommen insgesamt weniger. Diesen Betrug an den Kollegen hat die ÖTV-Führung nach der Urabstimmung in Berechnungsverhandlungen mit dem staatlichen Arbeitgeber ausgeheckt.

Zelle Universität Heidelberg

1000 Lehrstellen fehlen in Köln

DIE KRISE VERURSACHT DIE ARBEITSLOSIGKEIT DER JUGENDLICHEN

1 000 (tausend) Schulabgänger werden dieses Jahr in Köln keine Lehrstelle finden! Damit steht Köln an der Spitze der Entwicklung in Westdeutschland. Insgesamt gibt es dieses Jahr in Westdeutschland zum ersten Male weniger Lehrstellen als Bewerber. In Köln ist es besonders schlimm. Die Situation der betroffenen Jugendlichen ist ausgesprochen mies. Manche machen ein Berufsgrundschuljahr, viele müssen als ungelernte Arbeiter anfangen, sehr viele bleiben arbeitslos. Die aber trifft's gleich doppelt. Sie bekommen nämlich keine Arbeitslosenunterstützung – "weil sie noch nicht gearbeitet haben!" – Als wenn es einen Unterschied zwischen Arbeitslosen gäbe, die schon gearbeitet haben, und solche, die noch nicht gearbeitet haben. Beide brauchen Geld zum Leben! Wer aber wird den Lebensunterhalt der Jugendlichen bezahlen? Die Eltern natürlich. Damit zieht der Staat dem Vater und der Mutter ihr sauer verdientes Geld wieder aus der Tasche.

Wir müssen den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit entschlossen aufnehmen. Dabei müssen wir Forderungen aufstellen und durchsetzen, die die Folgen der Arbeitslosigkeit möglichst gering halten. Für Hauptschulabgänger, die keine Lehrstelle finden, stellen wir die Forderung auf:

– **Arbeitslosenunterstützung in der Höhe des durchschnittlichen Lehrlingslohnes!**

Manch einer mag sagen, das sei ja ganz schön wenig. Recht hat er! Deshalb fordern wir ja auch für Lehrlinge einen Lohn, der ihnen ein selbständiges Leben ermöglicht. Indem wir für die arbeitslosen Schulabgänger immer das gleiche wie für die Lehrlinge fordern, können wir die Einheit im Kampf herstellen.

Damit die Kapitalisten und ihr Staat die Arbeitsämter nicht länger dazu benutzen können, uns zu unterdrücken und zu spalten, damit nicht länger die Kapitalisten und ihr Staat entscheiden, wer Arbeitslosengeld kriegt und wer nicht, dashalb müssen wir auch den Kampf führen für die

– **Umwandlung der Arbeitsämter aus staatlichen Einrichtungen in Einrichtungen, die ausschließlich von den Lohnabhängigen selbst verwaltet werden!**

WER ABER IST SCHULD AN DER ARBEITSLOSIGKEIT, DIE KRISE DES IMPERIALISMUS ODER DIE BERUFSBILDUNGSREFORM?

Die SPD-Bildungspolitiker und auch die Gewerkschaftsführer wollen uns weismachen, die rasante Abnahme der Lehrstellen läge daran, daß die Unternehmer etwas gegen die Berufsbildungsreform der Regierung hätten. Diese Berufsbildungsreform bedeutet jedoch nur eine stärkere staatliche Kontrolle und Lenkung der Berufsausbildung. Sicher gibt es einzelne Unternehmer, die etwas gegen diese "Reformen" haben; besonders die kleineren gewerblichen Betriebe sind stärker von einer Ausweitung der staatlichen Kontrolle betroffen. Ihre Möglichkeiten, durch die Arbeit von "billigen Hilfsarbeiter-Lehrlingen" ihren Betrieb über Wasser zu halten, werden eingeschränkt. Aber insgesamt sind diese "Reformen" durchaus im Interesse der Kapitalisten. Denn diese "Reformen" sind nur der Versuch, die kapitalistische Ausbildung mit alle ihren Übeln nicht etwa zu verändern, sondern nur besser zu organisieren. Das heißt, die Kapitalisten sollen immer genau soviel Hilfsarbeiter, Dreher, Elektriker, Buchhalter und Ingenieure bekommen, wie sie brauchen. Deshalb will man nicht länger auf den Zufall und das "freie Spiel der Kräfte" vertrauen, sondern lieber zentral die Sache steuern.

Die wirkliche Ursache für die Abnahme der Lehrstellen ist eine ganz andere: die Krise des Imperialismus. Dies wird deutlich an der Entwicklung der Lehrstellenanzahl in den letzten 20 Jahren. Bis 1965 stieg sie jährlich an. 1965 war sie zum ersten Mal nicht höher als im Vorjahr, und von da an geht die Entwicklung abwärts (aus: Kölner Stadt-Anzeiger). 1965 war aber, wie wir wissen, der Beginn der ersten größeren Krise des kapitalistischen Systems in Westdeutschland nach den Wiederaufbaujahren. Mit der Krise sinkt der Bedarf der Kapitalisten an Facharbeitern und Technikern. Sie brauchen im Gegenteil ein Heer von Arbeitslosen. Sie brauchen dies, um die Kosten für die Produktion zu senken, um die Löhne drücken zu können und die Arbeitshetze zu verschärfen. Sie brauchen ein Heer von Arbeitern, die bereit sind, jede Arbeit zu machen, damit sie überhaupt eine Arbeit haben. Die Kapitalisten versuchen immer, die Folgen der Krise, ihrer eigenen Krise, ganz auf die Arbeiterklasse und das Volk abzuwälzen. Sie sind dazu aufgrund der Konkurrenz untereinander gezwungen. Sie versuchen dabei, die Lebensbedingungen großer Teile der Arbeiterklasse und des Volkes auf das Existenzminimum und sogar darunter zu drücken. Diese Entwicklung ist in vollem Gange, und ein Teil dieser Entwicklung ist die Abnahme der Lehrstellen.

Den Kampf gegen die Abnahme der Lehrstellen führen wir nicht mit dem Ruf nach mehr Lehrstellen in der Industrie, sondern wir führen den Kampf **für die unentgeltliche, obligatorische Einheitsschule für alle Kinder bis zum 18. Lebensjahr.** Wir führen den Kampf dafür, daß **diese Ausbildung theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelt.** Wir führen ihn deshalb, damit die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen jene Fähigkeiten herausbilden, derer sie bedürfen um die politische Macht zu erobern, die sozialistische Räterepublik zu errichten und die staatliche Verwaltung selbst in die Hand zu nehmen. Deshalb haben wir kein Interesse daran, daß der kapitalistische Staat die Rolle des Einzelkapitalisten in der Ausbildung der Arbeiterjugend übernimmt. Aus diesem Grund **muß der Kampf für die Einheitsschule verbunden werden mit dem Kampf für die Übergabe des Volksbildungswesens in die Hände der örtlichen Selbstverwaltung und der Unterbindung aller Eingriffe der Zentralgewalt in die Festsetzung der Lehrpläne und die Auswahl des Lehrpersonals.**

–M.G., KAJB Köln–

Demonstration für besseren Jugendarbeitsschutz

Als der Kabinettsentwurf zum Jugendarbeitsschutzgesetz durch die Zeitung bekannt wurde, waren viele Osnabrücker Lehrlinge und junge Arbeiter empört. Da wird monatelang von Reform des Jugendarbeitsschutzgesetzes geredet, und dann setzt man uns einen Entwurf vor, der fast das alte Gesetz kopiert und keine Verbesserungen für uns bringt. Vor allem die Gewerkschaftsjugend war der einhelligen Meinung, daß etwas getan werden mußte.

Zur Diskussion stand eine Demonstration der Gewerkschaftsjugend und zur Diskussion standen auch die Forderungen. Denn es herrschte keine Zufriedenheit mit den Forderungen des Gewerkschaftsvorschlages, der vor allem in der Frage des Notfallparagraphen und der Kontrolle des Jugendarbeitsschutzgesetzes den Entwürfen der bürgerlichen Parteien folgt.

Auf der Jugendversammlung der IG Metall war beschlossen worden, daß der Ortsjugendausschuß über die Forderungen diskutieren und eine Demonstration vorbereiten und solche Forderungen wie "Sechs-Stunden-Tag für Jugendliche unter 18! Weg mit dem Notfallparagraph!" und "Für die Kontrolle des Jugendarbeitsschutzgesetzes durch Betriebsrat, Jugendvertretung und Gewerkschaften!" zur Grundlage machen sollte.

Gegner dieser Vorstellungen waren die Gewerkschaftsvorstände. Sie sprachen sich gegen eine Demonstration aus. Eifrig unterstützt wurden sie dabei von den Leuten der DKP und SDAJ. Anstatt nun also Jugendmitgliederversammlungen zu organisieren, in die Jugendgremien der Einzelgewerkschaften zu gehen, Unterschriften zu sammeln, um so eine breite Meinung gegen den reaktionären Kreisvorstand zu bilden, kapitulierten sie einfach. Auch die Genossen vom Kommunistischen Arbeiterjugendbund haben es nicht geschafft, Beschlüsse auf Demonstration unter der Mehrheit der Gewerkschaftsjugend durchzusetzen.

In dieser Situation kam dann der Vorsitzende des Kreisjugendausschusses, H. Schilling (DKP/SDAJ) auf die glorreiche Idee, die Demonstration vom Stadtjugendring durchführen zu lassen. Somit hatte man sich um den Kampf für gewerkschaftliche Demokratie und eine konsequente Jugendarbeit herumgedrückt. Und so ging es weiter: Das von einem SDAJ-Mitglied ausgearbeitete Flugblatt des Stadtjugendringes begann so: "Hallo Kollege Stubenhocker, steck Deine Füße ruhig weiter unter den Tisch, aber glaub bloß nicht, daß es dadurch besser wird". Nachdem die Jugendlichen derartig beleidigt worden waren, wurden müde die Forderungen des DGB-Entwurfes heruntergespult. Ein vom Ortsjugendausschuß der IG Metall vorbereitetes Flugblatt wurde von der Ortsverwaltung abgewürgt. Entsprechend beim DGB-Kreisjugendausschuß. Der KAJB trat mit einem eigenen Flugblatt auf, das die bestehenden Gesetzesentwürfe einschließlich des DGB-Entwurfs kritisierte und unter unseren Losungen zur Teilnahme an der Demonstration des Stadtjugendringes aufrief.

Zum Versammlungsplatz kamen ungefähr 150 Menschen. Zwei Drittel davon waren durch den KBW und KAJB mobilisiert und unterstützten unsere Forderungen und Parolen. Während die Singsang-Parolen der DKP (nach dem Motto: Reim dich oder ich freß dich) Mühe hatten, auch nur einen Teil der Demonstration mitzureißen, konnten wir unsere Parolen "Weg mit dem Notfallparagraph!", "Kontrolle des Jugendarbeitsschutz-Gesetzes in Arbeiterhand!", "Sechs-Stunden-Tag für Jugendliche! Sieben-Stunden-Tag für alle!" auch ohne Megaphon durchsetzen. Tags zuvor hatten die SDAJ-ler noch gedroht, sie würden alles, "was KBW wäre, aus der Demonstration hinauswerfen!"

Im Anschluß an die Demonstration war eine Podiumsdiskussion mit den Bundestagsabgeordneten von CDU und SPD, einem Vertreter der Kapitalisten, einem DGB-Jugendsekretär und einem Vertreter des Gewerbeaufsichtsamtes. Dr. Emmerlich von der SPD war vorher auf der Demonstration mitgelaufen und wand sich nun wie ein Wurm, um eine klare Stellungnahme zum Kabinettsentwurf zu vermeiden. In die Ecke gedrängt, mußte er schließlich zugeben, daß er für die Beibehaltung der Ausnahmebestimmungen war, für die unzureichenden Urlaubsregelungen und auch gegen die Forderung nach Übergabe der Kontrolle in die Hände der Organe der Arbeiterschaft. So in der Klemme, meinte er dann, solange "dieses System bestünde, könnte man nur innerhalb dieses Systems mögliche Forderungen aufstellen". Da entdeckte die DKP plötzlich ihre große Chance, sich vom KBW abzugrenzen. Einer ihrer Vertreter sagte, wir seien ja nur deshalb gegen paritätisch besetzte Jugendarbeitsschutz-Ausschüsse, weil wir zu feige wären, in diesen Jugendarbeitsschutz-Ausschüssen gegen die Kapitalisten zu kämpfen. Außerdem kenne man ja das gestörte Verhältnis des KBW zu Reformen. Der schwatze ohnehin immer nur von Volksrevolution und Volksbewaffnung. Davon war während der Veranstaltung natürlich nie die Rede gewesen, sondern wir hatten nur die Kontrolle über den Jugendarbeitsschutz durch die Organe der Arbeiter gefordert – Gegen Ende der Veranstaltung brachten wir eine Resolution ein, die aber ni ht mehr abgestimmt wurde.

Was zeigt diese Osnabrücker Kampagne zum Jugendarbeitsschutz?

1. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre haben nicht nur falsche Forderungen zum Jugendarbeitsschutzgesetz in den Gewerkschaften durchgesetzt, sie sind nicht einmal bereit, auch nur den Finger für ihre eigenen Forderungen zu rühren und sabotieren jeden Kampf. Ihre eifrigste Unterstützung haben sie dabei in den SDAJ- und DKP-lern, die die Aufgabe haben, die Vorstandspolitik in der Jugend durchzusetzen.
2. Unsere Genossen können schon eine gute Propaganda für richtige Forderungen machen. Sie können aber noch keine Kämpfe – und vor allem noch keine Siege – organisieren, weil sie zu wenig entschieden auf Abstimmungen drängen und zu wenig die gewerkschaftlichen Mitgliedermassen für die richtigen Forderungen mobilisieren.
3. Wenn der Kampf um die gesetzliche Regelung des Jugendarbeitsschutzes jetzt weitgehend gelaufen ist und die SPD ihre reaktionären Vorstellungen noch einmal durchsetzen kann, so ist der Kampf um den Jugendarbeitsschutz noch lange nicht gelaufen. Es herrscht breiter Unmut in der Arbeiterjugend, und der muß in selbständigen Kämpfen immer wieder gegen die Übergriffe der Kapitalisten und für einen ausreichenden Jugendarbeitsschutz organisiert werden.

Sechs-Stunden-Tag für Jugendliche! Für ein Jugendarbeitsschutz-Gesetz mit generellem Geltungsbereich! Weg mit allen Ausnahmebestimmungen! Kontrolle des Jugendarbeitsschutzes in die Hände von Betriebsrat, Jugendvertretung und Gewerkschaften! Bestreitung der Kosten durch die Kapitalisten!

h.k., Osnabrück

Kampf der Streichung von Ausbildungsplätzen

DAS GESCHÄFT MIT DEM AUSBILDUNGSSTOPP

Auch in Herne sind in diesem Jahr viel qualifizierte Ausbildungsplätze gestrichen worden. Die Herner Jugendlichen trifft das besonders hart, da in Herne die Zahl der qualifizierten Ausbildungsplätze besonders gering ist. Herne (100 000 Einwoher) war früher eine Stadt, die ganz auf den Bergbau ausgerichtet war. Durch die Schließung vieler Zechen stark von Bevölkerungsrückgang betroffen, bemühte sich die Stadt um die Ansiedlung anderer Industriezweige. So wurden unter anderem die Betriebe Bosch und Blaupunkt angesiedelt.

Nun ist durch den Ausbildungsstop der größten Herner Betriebe – wozu auch Bosch/Blaupunkt gehört – zirka 100 Jugendlichen die Möglichkeit genommen, eine annähernd qualifizierte Ausbildung am Ort aufzunehmen. Da es in Herne zur Zeit schon ca. 130 arbeitslose Jugendliche gibt, macht sich das besonders stark bemerkbar. Die Jugendlichen sind gezwungen, entweder in Kleinbetrieben oder bei Handwerkern eine meist schlechte Ausbildung zu beginnen, oder in Nachbarstädte auszuweichen, wo die Stufenausbildung schon zum Tragen kommt.

Die Lage der Jugendlichen verschlechtert sich dadurch in folgender Weise:

In Kleinbetrieben werden die Jugendlichen meist neben schlechten Arbeitsbedingungen keine Vertretungsorgane wie Jugendvertretung und Betriebsrat vorfinden. In großen Betrieben der Nachbarstädte dagegen werden die Jugendlichen durch die Einführung des Stufenplans (Krupp) verschärften Auslese- und Prüfungsbedingungen unterworfen, so daß überhaupt nur ein kleiner Teil eine volle Ausbildung bekommt.

Eine andere Tendenz ist, daß durch die Streichung der Ausbildungsplätze viel Jugendliche verstärkt versuchen, den Zweiten Bildungsweg (FOS) einzuschlagen. In Herne stehen in diesem Jahr weit über 200 Bewerbungen ca. 80 Schulplätze gegenüber. Der an diesen Schulen ohnehin sehr große Leistungsdruck, der Kampf um einen dieser Schulplätze, sichert den Kapitalisten ein Reservoir an "ehrgeizigen und strebsamen" mittleren Führungskräften.

Warum die Kapitalisten diesen Ausbildungsstop vornehmen, soll am Beispiel der Firmen Bosch/Blaupunkt aufgezeigt werden. Bei diesen Firmen war es keine Seltenheit, daß ca. 70 bis 80 % der Auszubildenden nach Abschluß ihrer Lehre zur Fachoberschule abwanderten. Da die Kapitalisten diese Arbeitskräfte aber brauchen, gehen sie jetzt zur Umschulung älterer Kollegen über. Das bringt den Kapitalisten folgenden Vorteil:

Die Umschulung wird durch den Staat finanziert, das heißt, die Steuerzahler zahlen den Kapitalisten die Ausbildung der Arbeitskräfte, die das Kapital zur Produktion braucht. Der Grund für die Streichung der Lehrstellen ist also auch hier nichts anderes als das Profitinteresse der Kapitalisten, die Arbeitskräfte entweder auf Kosten der Steuerzahler ausbilden zu lassen oder Hilfsarbeiter als billige Arbeitskräfte einzusetzen. Diesen Profitinteressen entgegengesetzt ist das Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes an einer allseitigen, qualifizierten Ausbildung.

Gegen die Streichung der Ausbildungsplätze hat auch die Herner Gewerkschaftsjugend den Kampf aufgenommen und macht diesen zum zentralen Punkt ihrer Mai-Tätigkeit. Mit dieser Frage als Hauptpunkt wird die Gewerkschaftsjugend unter anderem eine Mai-Veranstaltung durchführen.

–P.W., Herne–

Monza/Italien. Das Zweigwerk Monza des Strebelwerks soll stillgelegt werden. 170 der insgesamt 240 Beschäftigten sollen entlassen werden. Um das zu verhindern, halten die Kollegen das Werk besetzt. Die Betriebsgrundstücke im Wert von 2,7 Millionen DM sollen an eine Immobiliengesellschaft verhökert werden.

Die Gewerkschaften fordern jetzt die Weiterführung des Betriebs. So leicht wie in Mannheim können also die Strebelkapitalisten in Monza nicht ihr Geschäft mit der Pleite machen.

PADERBORN

Mit dem folgenden Brief lehnte die Firma Metallwerk W. Schneider die Bewerbung von Lehrlingen ab:

Herrn

....

Betr.: Ihre Bewerbung

Sehr geehrter Herr . . .!

Auf Grund der Neuerlassung von Gesetzen über die Ausbildung von Auszubildenden sehen wir keine Möglichkeit, Lehrverträge künftig abzuschließen. Hinzu kommt, daß über Presse, Rundfunk und Fernsehn Arbeitgeber öffentlich als Ausbeuter *hingestellt werden; Lehrlinge singen im Fernsehn im Chor, wir brauchen keine "Chef's", denen wir die Taschen füllen, wir kommen ohne "Bosse" aus!*

Bei einer solchen Sachlage ist ein gutes Ausbildungsverhältnis, zu dem vor allem Vertrauen gehört, nicht erreichbar.

Für das uns entgegengebrachte Interesse danken wir Ihnen und reichen Ihre Unterlagen anbei zurück.

Mit freundlichen Grüßen

METALLWERK W. SCHNEIDER

gez. Schneider

5 Jahre Kampf für ein Jugendzentrum

Edingen/Mannheim. Nicht weniger als 5 Jahre kämpfen in Edingen Jugendliche für ein Jugendzentrum. 1971 wurde uns Jugendlichen nach einer Besprechung mit dem Gemeinderat und dem Bürgermeister kurz vor der Gemeinderatswahl ein Jugendzentrum (JZ) in Selbstverwaltung versprochen. Beim Versprechen blieb es. Wir Jugendlichen saßen immer noch auf der Straße. Da beschlossen wir den Kampf für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung erneut und verstärkt aufzunehmen. Wir veranstalteten eine Reihe von Diskussionsabenden mit bürgerlichen Parteien, führten Feste und Musikveranstaltungen durch, um unsere finanzielle Lage zu verbessern und machten einen Flohmarkt. Bei einer vorhergegangenen Unterschriftensammlung konnten wir 700 Unterschriften (bei 9 000 Einwohnern) für ein Jugendzentrum gewinnen. Unter dem Druck, den wir ausübten, mußte der Gemeinderat öffentlich zusagen, daß wir ein Jugendzentrum bekommen; sie haben aber nicht gesagt, wie das aussieht. Sehr wahrscheinlich haben sie auch in der Hoffnung zugesagt, daß unsere Aktivitäten einschlafen; doch wir hatten ganz im Gegenteil unsere Aktivitäten noch verstärkt. Wir hatten uns jede Woche zu einer Versammlung getroffen und richteten zusätzlich Arbeitskreise ein. Unter unserem verstärkten Druck zwangen wir die bürgerlichen Herren, eine Versammlung durchzuführen, wo diskutiert werden sollte, wie die Jugendzentrum aussehen soll. Auf der Versammlung waren alle Jugendorganisationen am Ort eingeladen und jede hatte eine Stimme; uns Jugendlichen selbst wurde Rede- und Abstimmungsverbot erteilt. Da wir personell die Mehrheit bildeten und die sogenannten Abstimmungsberechtigten von der Jungen Union, die noch die katholische Jugend, den katholischen Jugendgesangverein usw., und von der liberalen Jugend, die noch die Jugend der Handballer, der Turner, der Feuerwehr usw. vertraten, waren, störten wir die Versammlung, weil wir sahen, daß der Gemeinderat mit diesen sogenannten Delegierten was ausmauscheln wollte. Drei Wochen später bei einer weiteren Versammlung war es genauso. Mit der Jungen Union usw. konnte der Gemeinderat gut über ein Modell des Jugendzentrums diskutieren, weil die alle Jugendheime wollen, wo man uns von morgens bis abends kontrollieren kann. Eins ist klar: Wir werden uns in diese Mauschelpolitik nicht einreihen lassen, sondern konsequent für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung weiterkämpfen. Auch wenn im September ein Jugendzentrum eröffnet wird, werden wir im Jugendzentrum darum kämpfen, daß die Selbstverwaltung eingerichtet wird. Denn solche Schmarotzer wie die von der Jungen Union und von der liberalen Jugend können wir nicht gebrauchen, die sich in das Jugendzentrum einnisten wollen, um das wir 5 Jahre lang gekämpft haben. KAJB-G aus Ed

Hunderttausende verschwunden

WIE IN KÖLN MIT GEWERKSCHAFTSBEITRÄGEN UMGEGANGEN WURDE

Wir haben früher in der Kommunistischen Volkszeitung schon über die Streitigkeiten in der Kölner IG Metall berichtet. Damals waren der Sekretär der Kölner Ortsverwaltung, Günther Tolusch, und der Vorsitzende der Vertrauensleutekörperleitung-Ford, Wilfried Kuchelkorn, offen aneinander geraten. Kuchelkorn hatte damals einen Angriff gegen Tolusch gestartet und diesem gewerkschaftsschädigendes Verhalten und Zusammenarbeit mit Kommunisten vorgeworfen. Tolusch hatte, J. Reiffers, einem Jugendvertrauensmann von der Gruppe Rote Fahne, eine Liste der gewerkschaftlichen Vertrauensleute zur Verfügung gestellt, nachdem Kuchelkorn gegenüber der Ford-Geschäftsleitung behauptet hatte, Reiffers sei gar kein Vertrauensmann, wodurch er einen begrenzten Kündigungsschutz verlor. Kuchelkorn griff daraufhin Tolusch als Kommunistenfreund an.

Immer dabei: Lück, Betriebsratsvorsitzender bei Ford, SPD-Stadtrat und berüchtigter Schläger beim Fordstreik. Die Frage ist hier nicht, ob eine rechte Clique und eine Clique, die auf links macht, in der SPD-Gewerkschaftsführung sich gegenseitig die Karriereleitern absägen. Nach den selbständigen Streiks 1973 und auch nach dem Kölner Ford-Streik ist die Bewegung in der IG Metall für eine Politik, die den Interessen der Arbeiterklasse dient, gewachsen. Das zeigen nicht zuletzt die zwei drittel Ablehnung der Bremer Metaller, die entschieden die Lohnabbaupolitik der bürgerlichen Machthaber in der Gewerkschaft ablehnten. Die bürgerlichen Führungscliquen in der IG Metall bleiben davon nicht unberührt. An den Streitpunkten, wie die klassenbewußte Entwicklung in der IG Metall zu behandeln ist, wie die bürgerliche Führung zu sichern ist, entzünden sich die Streitereien, in deren Verlauf der ganze trübe Sumpf der bürgerlichen IG-Metall-Führer aufgedeckt wird.

Wie hat sich die Sache seitdem entwickelt?

Zuerst hat der Kölner Ortsvorstand der IG Metall an den Hauptvorstand den Antrag gestellt, ihn selbst aufzulösen, da eine Zusammenarbeit wegen "unüberbrückbarer Differenzen" nicht mehr möglich sei. Dieser Beschluß war auf Betreiben der Kuchelkorn-Clique zustande gekommen, die eine Mehrheit im Ortsvorstand hat. Es kam, wie es kommen mußte: Der Hauptvorstand kam dem Antrag nach, wofür Lück, der schließlich im Hauptvorstand sitzt, schon sorgte, und schickte einen kommissarischen Vorstand nach Köln, der durchweg aus abgedienten Sozialdemokraten bestand. Damals rechnete man noch allgemein damit, daß Tolusch die Neuwahl zum Ortsvorstand haushoch gewinnen würde, denn er hatte die Mehrheit der Kollegen hinter sich, bei denen Kuchelkorn allgemein als ein Lump gilt. Auf der anderen Seite war zu erwarten, daß Kuchelkorns Hausmacht so stark sein würde, daß auch er – zwar geschwächt – wieder im Ortsvorstand sitzen würde und das ganze Spiel wieder von vorn losginge.

Inzwischen sieht die Situation allerdings anders aus. Der Hauptvorstand hatte nämlich eine Kommission eingesetzt, die die Bücher des beurlaubten Kölner Ortsvorstandes prüfte. Wie sie dazu kamen, ob es eine Routineuntersuchung war oder ob Lück dem Hauptvorstand einen Tip gegeben hat, das ist nicht rauszubekommen. Tatsache ist nur, daß zunächst die Nachricht kam, der geschäftsführende Vorstand, bestehend aus Tolusch, Wientgen, der zur Kuchelkorn-Clique gehört, und dem Kassierer Erich Wengenroth, sei nach Frankfurt zitiert worden und nach einem Gespräch fristlos entlassen worden. Zunächst überraschte diese Nachricht, denn der Hauptvorstand hatte ja von jeder der sich streitenden Cliquen einen rausgeworfen. Aber dann sickerten die ersten Einzelheiten durch und es zeigte sich schnell, wie sehr beide Gruppen doch zusammenhängen und wie sehr sie gemeinsame Klüngelpolitik gemacht haben.

Weswegen waren die drei geflogen?

Zu "Werbe- und Arbeitszwecken" hatte die Kölner IG-Metall-Zentrale mehr als 80 000 Kugelschreiber mit IG-Metall-Emblem gekauft; für die Kugelschreiber, die normalerweise 42 bis 48 Pfennig kosten, hatten sie allerdings 2,50 DM pro Stück gezahlt.

12 000 Filzschreiber, die normalerweise zwischen 42 und 80 Pfennig kosten, hatten sie für 3,54 DM pro Stück eingekauft. Die meisten sind inzwischen eingetrocknet.

49 000 Notizblocks wurden eingekauft; Normalpreis: 38 Pfennig, gezahlt: 1,35 DM.

Außerdem wurden für Schlüsseletuis, Normalpreis 60 Pfennig, 2,13 DM bezahlt; zusätzlich kauften sie noch 1 274 Feuerzeuge, 1 258 Taschenlampen und 2 959 Werbeköfferchen mit Wein und Weinbrand und noch einige weitere Kleinigkeiten.

Die Kassenrevisoren vom Hauptvorstand haben errechnet, daß die Preise um bis zu 600 % überhöht waren. Eine stolze Summe ist da zusammengekommen: Tolusch soll Rechnungen im Werte von 70 000, Wientgen von 80 000 DM unterzeichnet haben, Rechnungen im Werte von 150 000 DM sollen noch gar nicht bezahlt sein! Wie sind diese Beträge zustande gekommen? Die Bestellungen gingen nicht direkt an die Herstellerfirmen, sondern über einen Vermittler, der die irrsinnigen Provisionen einkassierte (allein für Kugelschreiber 160 000 DM!). Diese Vermittler sind spurlos verschwunden, ebenso das als Provisionen zu viel gezahlte Geld. Wer wird da nicht daran denken, daß diese sogenannten Vermittler mit Tolusch, Wientgen und Wengenroth gemeinsame Sache gemacht haben? Zumal feststeht, daß die Lieferfirmen die Kölner IG-Metall-Zentrale auf die unerhörten Provisionen ausdrücklich aufmerksam gemacht hat. Wengenroth forderte aber lieber mehrere Rechnungen mit kleineren Beträgen, damit die Sache nicht so auffällt.

So haben diese Herren es geschafft, das Vermögen der Kölner IG Metall von über 500 000 DM auf genau 20 372,57 DM herunterzubringen, und das bei monatlichen Zahlungen allein an Gehältern von rund 60 000 DM. Als Ausweg aus der Finanzmisere, die sie geschaffen haben, kamen sie dann auch noch auf die Idee, die 77 % der Mitgliedsbeiträge, die sie an den Hauptvorstand zu zahlen haben, lieber nicht zu zahlen, Stundung zu beantragen, und das Geld in Köln zinsgünstig anzulegen. Betrag: 1 150 000 DM!

Zur Zeit sind die Herren dabei, verzweifelte Rettungsversuche zu unternehmen. Tolusch behauptet, er habe von all dem nichts gewußt; Wengenroth läßt sich von den Lieferfirmen bescheinigen, daß er sich nicht persönlich bereichert habe. Bisher jedenfalls hat sich noch keiner aus der Affäre ziehen können, denn immer noch ist nicht geklärt: wo ist das ganze Geld geblieben?

Gleichgültig, was dabei auch rauskommt, gleichgültig, ob diese Herren wegen Unterschlagung im Knast landen oder nicht, man kann schon jetzt sagen: Der lachende Vierte im Hintergrund ist bisher Kuchelkorn, der mit der Sache zunächst nichts zu tun zu haben scheint. Seine Position ist gestärkt – zumal auch Benno Feckler, Betriebsratsvorsitzender von Felten & Guilleaume und Tolusch-Stütze, nicht ungeschoren davongekommen ist: Er war in Köln Revisor und hat von dem ganzen Schwindel "nichts gemerkt". Gegen ihn läuft ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens.

Und so warten die Kölner IG-Metall-Mitglieder gespannt auf die dritte Runde im Cliquenkampf, nachdem die Kuchelkorn-Clique die zweite Runde überraschend doch noch für sich entschieden hat. Insgesamt: Die Sache spricht für sich und zeigt nur zu deutlich, daß wir kampfstarke Einheitsgewerkschaften brauchen und klassenbewußte Funktionäre, die sie tragen, keine korrupten Elemente vom Schlage der Kölner IG-Metall-Zentrale!

W.A., Ortsgruppe Köln / Red.

IGChemie hat abgeschlossen

In Rheinland-Pfalz hat die IG Chemie dem Schlichtungsergebnis in der Nacht vom 18. auf den 19. April zugestimmt. Im Ergebnis sind Lohn- und Gehaltserhöhungen von rund 12 Prozent herausgekommen, mindestens 153 DM monatlich. Chemie-Kapitalisten und IG Chemie haben erklärt, daß sie das Ergebnis als "Modell" ansehen, was bedeutet, daß es schnell auf die übrigen 11 Chemiebezirke übertragen werden soll. Das ist eine knappe Woche später, am 24. April, für Hessen auch schon geschehen.

Damit ist die Chemie-Tarifrunde offenbar gelaufen. Bei BASF hat der Vertrauensleutekörper gleich am Morgen des 19. April ohne Widerspruch dem Ergebnis zugestimmt. Daß auch die Chemie-Kapitalisten die Tarifrunde für gelaufen halten und sehr zufrieden sind, kann man an den Börsenergebnissen des 19. April ablesen. Am Tag nach dem Abschluß "zogen die Aktienkurse wieder auf breiter Front an, dabei wurden die Chemiewerte am stärksten begünstigt", und "die Aussichten der deutschen Großchemie (werden) von den Börsendiensten ungewöhnlich günstig beurteilt" (Süddeutsche Zeitung vom 21./21. April). Diese Abschlüsse sind ungünstig für die Arbeiter. Sie liegen unter denen im Öffentlichen Dienst, wo 170 DM mindestens erkämpft wurden, und die auch schon niedrig genug waren. Die Preiserhöhungen werden das Geld bald weggefressen haben. Für die gesteigerte Arbeitsleistung, die aus dem Arbeiter herausgepreßt wird, bieten sie sowieso keinen Ersatz. Darum muß schon heute der nächste Kampf vorbereitet werden, gerade weil aktuell dieser Abschluß nicht zu verhindern ist. Gerade jetzt muß man darauf beharren, daß dieser Abschluß nicht der Auftrag war, der den Tarifkommissionen gegeben worden ist. Diejenigen, die jetzt ihre Kritik öffentlich darlegen und sagen, daß die Arbeiter bald schon werden kämpfen müssen, werden dann die Führer in diesen Kämpfen sein können.

Willfried Maier

Protest gegen HBV-Ausschluß

PRESSEMITTEILUNG GEGEN DEN AUSSCHLUSS

Bad Kreuznach. Seit der Durchführung einer China-Veranstaltung in Bad Kreuznach, die über die Arbeits- und Lebensbedingungen in einem sozialistischen Land informierte, drohen die Vorstände der Gewerkschaft HBV mit Ausschlußanträgen gegen fortschrittliche Kollegen, die aktiv in der Bad Kreuznacher und Wormser HBV-Jugendgruppe mitarbeiten.

Gegen den Sprecher der Jugendvertretung Ferd. Schulze & Co. ist ein Ausschlußverfahren wegen "des dringenden Verdachts des Zugehörigkeit einer linksextremen Organisation" (Zitat nach Brief des Hauptvorstandes am 29.3.1974) eingeleitet worden. Der Kollege wurde trotz massiver Einschüchterungsversuche durch den Bezirksvorstand zum Sprecher der Bezirksjugend gewählt. Der Kollege hat sich bisher nur von den Interessen der Jugend leiten lassen und konsequent auf dem Boden der Einheitsgewerkschaft gearbeitet.

Wir geben diesen Brief deshalb an die Presse, weil die Vorstände der HBV den Mitgliedern keine Möglichkeit geben, sich über die Praktiken gegenüber dem Kollegen einen Überblick zu verschaffen. Die Vorstände haben ein berechtigtes Interesse einer inhaltlichen Auseinandersetzung vor den Mitgliedern aus dem Weg zu gehen, weil sie genau wissen, daß sie sich mit diesen Maßnahmen die Empörung der Kollegen zuziehen würden. Deshalb wurde der Kollege auch aus "organisationspolitischen Gründen" als Delegierter von der Bezirkskonferenz in Worms ausgeschlossen.

Wir sind der Meinung, daß sich in der Gewerkschaft jeder organisieren kann, egal ob Christ, Sozialdemokrat, Kommunist oder Parteiloser. Die Gewerkschaftsführung versucht jedoch die Einheitsgewerkschaft auszuhöhlen, die innergewerkschaftliche Demokratie abzubauen und die DGB-Gewerkschaften zu SPD-Gewerkschaften zu machen. Dagegen setzen wir uns zur Wehr.

Wir weisen dieses Ausschlußverfahren zurück, weil es einerseits den Versuch darstellt, die gewerkschaftliche Jugendarbeit zu liquidieren und andererseits Kollegen, die andere politische Standpunkte vertreten, mundtot machen will. Wir setzen uns ein für freie polititische Betätigung in den Gewerkschaften, nur so ist gewährleistet, daß wir unabhängig sind von Regierungen, Parteien, Konfessionen und Weltanschauungen.

B. Schulte, Jugendvertretung der Firma Diebold KG / M. Cörper, aktiver Gewerkschafter / J. Weber, Schriftführer des HBV-Bezirksjugendausschusses / G. Dehn, Zweiter Vorsitzender des HBV-Bezirksjugendausschusses, Vorsitzender der HBV-Jugendgruppe Worms / Jugendvertretung der Firma Ferd. Schulze & Co., Bad Kreuznach: P. Merling (HBV), L. Maus (HBV), U. Kaufmann (HBV), K. Winter (HBV) / M. Mahle, Betriebsrat, Vorsitzender der BSE- und DGB-Jugendgruppe, stellvertretender KJA-Vorsitzender, Mitglied des Bezirksjugendausschusses der BSE.

500 DM Strafe für „verschaukelt“

DGB-FÜHRER – GROSSES INTERESSE AN UNTERDRÜCKUNG DER MEINUNGSFREIHEIT

Freiburg. Der Freiburger DGB-Geschäftsführer Jorzig (SPD-Stadtrat) hat vor kurzem dem Vorsitzenden des IGM-Ortsjugendausschusses brieflich eine Strafanzeige angekündigt, weil dieser auf einer DGB-Kreisjugendkonferenz Jorzig wegen seiner reaktionären Politik angegriffen und von dessen Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz berichtet hatte. Jorzig hatte, als der OJA-Vorsitzende eine Veranstaltung der Freiburger Deutsch-Chinesichen Freundschafts-Initiative anmelden wollte, als erstes den Verfassungsschutz angerufen, um Auskunft über diese Gruppierung zu erhalten.

DER EINFLUSS DER GEWERKSCHAFTSFÜHRER BERUHT AUF IHRER KUNST DES BETRÜGENS UND DER TÄUSCHUNG DER ARBEITERMASSEN

In seinem Versuch, die Dienste der bürgerlichen Klassenjustiz in Anspruch zu nehmen, hat Jorzig schon erste greifbare Erfolge zu verzeichnen. Das Freiburger Landgericht verurteilte den für den "Klassenkampf" presserechtlich verantwortlichen Genossen H.J. Hager zu einer Geldstrafe von 500 DM, weil in der Erklärung der Ortsleitung im "Klassenkampf" vom 16. Oktober einer einstweiligen Verfügung des Landgerichts Freiburg vom 3. Oktober "zuwidergehandelt" worden sei. In dieser Verfügung war dem Genossen H. J. Hager auf Antrag des Freiburger DGB und seines Geschäftsführers Jorzig untersagt worden zu behaupten, der Einfluß der Gewerkschaftsführer in den Gewerkschaften "beruhe nur auf ihrer Kunst des Betrügens und der Täuschung der Arbeitermassen". Worin bestand nun die Zuwiderhandlung? Die Ortsleitung hatte am 16. 10. in einer Erklärung zu den Gerichtsentscheiden und einem Hetzartikel des DGB in der Badischen Zeitung u. a. geschreiben: "... Der DGB und seine Wortführer, sie kämpfen nicht gegen einige radikale Studenten (in der BZ versuchte uns der DGB auf diese Weise runterzumachen) sondern gegen die immer stärker werdende Front von Arbeitern, Angestellten und Lehrlingen, die sich nicht weiter verschaukeln lassen wollen, die deshalb auch in der Gewerkschaft für die konsequente Durchsetzuhg ihrer Interessen eintreten. Der Beschluß des Freiburger DGB vom 1. Juni 73 zur "Isolierung gewerkschaftsfeindlicher extremer kommunistischer Mitglieder", die Aufforderung an die Einzelgewerkschaften, sich "von jenen zu trennen, die für die Verblendung der jungen Gewerkschafter verantwortlich sind", hatten ihre Ursache einzig und allein darin, daß die Gewerkschaftsbonzen vom Schlage Jorzigs die Verankerung der Kommunisten in den Gewerkschaften schon im Ansatz verhindern wollen. ... Die Jorzigs haben die Macht in den Gewerkschaften, weil es ihnen noch immer gelingt, ihre Politik als Arbeitnehmerpolitik zu verkaufen, weil sie den Gewerkschaftsapparat in ihren Händen haben, und weil noch viele Kollegen an den sozialdemokratischen Weg glauben." Diese Ausführungen, vor allem aber die Worte "verschaukeln" und "verkaufen" bringen nach Auffassung des Landgerichts "bei verständiger Betrachtung erneut deutlich und unmißverständlich zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften und ihr Geschäftsführer Jorzig angeblich die Kunst der Täuschung und des Betrügens üben". Für den Fall "weiterer Verstöße" droht das Landgericht "Geldstrafe oder Haft bis zu 6 Monaten" an und erklärt schließlich: "Beide Parteien sollten indessen bemüht sein, ihre politischen Auseinandersetzungen nach den Regeln zu führen, die diese freiheitliche Demokratie der Bundesrepublik Deutschland für solche Auseinandersetzungen vorsieht." Worin diese "Regeln" bestehen hat gerade dieses Verfahren gezeigt: solange die Verfügung vom 3. 10. 73 steht, und sie wurde inzwischen vom Landgericht durch Urteil bestätigt, kann der presserechtlich für den Klassenkampf Verantwortliche wegen jedes weiteren "Verstoßes" mit einer Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder mit Haft bis zu 6 Monaten verurteilt werden, wobei die Gesamtstrafe wegen verschiedener "Verstöße" bis zu 2 Jahren betragen kann.

Wegen dieses Urteils zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit und der vielen anderen anstehenden Prozesse, hat die Ortsgruppe Freiburg auf ihrer 1. ordentlichen Delegiertenkonferenz beschlossen, den Kampf gegen die Terrormaßnahmen der bürgerlichen Klassenjustiz als wichtigen Bestandteil des demokratischen Kampfs unter der Programmforderung des KBW aufzunehmen: "Abschaffung aller Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen, welche die Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung, die Meinungs- und Redefreiheit, die Presse-, Versammlungs-, Koalitions-, Streik-, Organisitions- und Demonstrationsfreiheit sowie das Recht auf Freizügigkeit einschränken oder unterdrücken."

M.M., Freiburg

MIT 1144 ZU 1059 STIMMEN:

Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW Hamburg gebilligt

Hamburg. Die ordentliche Hauptversammlung des Landesverbandes Hamburg der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft vom 25. April stand im Zeichen der Entscheidung über den Beschluß des Vorstandes der GEW Hamburg vom 15. Januar 1974, der "die Tätigkeit für oder die Unterstützung von" kommunistischen Organisationen für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der GEW erklärte.

Seit Wochen hatte der Vorstand gegen die "Linksfaschisten" mobilisiert, wie er die Kommunisten diffamiert.

Dem Vorhaben des GEW-Vorstandes, Hamburgs Tradition als Vorreiter der Berufsverbote durch Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW fortzusetzen, gab Hamburgs Schulsenator Apel seine volle Unterstützung. Wenige Tage vor der Hauptversammlung erhielten alle Hamburger Lehrer eine vierseitige Beilage zu den "Informationen des Amtes für Schule", in der Senator Apel das Programm des KBW als "Wahnvorstellung" bezeichnete. Unter der Überschrift "Stalinististischer als Stalin" hetzte er die Lehrer gegen den KBW auf, indem er behauptete, der KBW steuere darauf zu, die Gegner seiner Ziele in Nervenkliniken und KZs zu sperren.

Doch die groben Verfälschungen des KBW-Programms durch Apel können nicht darüber hinwegtäuschen, daß er sich vor soviel Demokratie fürchtet, wie sie der KBW in seinem Programm fordert und daß Apel deshalb beitragen wollte, die Demokratie in der GEW abzuschaffen. Auf der Hauptversammlung selbst gab sich der Vorstand etwas "liberaler" und behauptete, der Unvereinbarkeitsbeschluß sei nur eine "politische Demonstration" gegen die "Linksextremisten". An der Satzung ändere sich nichts.

Bekannte DKP-Mitglieder begrüßten diese Intention des Vorstandsantrages, forderten aber eine "präzisere Formulierung", die einen Mißbrauch ausschließe. Diese Wasserträger des Vorstands fürchten nur um ihre eigene Haut. Beim Angriff auf die innergewerkschaftliche Demokratie waren sie mit dem Vorstand einig. Die Gegner des Unvereinbarkeitsbeschlusses wiesen nach: GEW-Führung und SPD-Senat arbeiten Hand in Hand. Kaum waren zum Beispiel die Kollegen Marita Hindemith und Peter Altenburg von der Behörde gefeuert, da zog der GEW-Vorstand nach, nur die Vertrauensleute verhinderten den Ausschluß.

Die Gegner des Unvereinbarkeitsbeschlusses forderten seine sofortige Aufhebung. Das Abstimmungsergebnis ergab eine knappe Mehrheit für den Unvereinbarkeitsbeschluß: 1 144 Kollegen stimmten dafür, 1 059 dagegen, 23 enthielten sich der Stimme.

Der GEW-Vorstand wird weiter verstärkt versuchen, die Gewerkschaft zur SPD-Richtungsgewerkschaft zu machen. Dagegen muß der Kampf für die Einheitsgewerkschaft als Kampforganisation der Kollegen entschieden fortgeführt werden.

– N.N., Hamburg –

Offenes Antwortschreiben an den Kollegen Frister

"VON DEN GRENZEN DER TOLERANZ": GEW-VORSITZENDER ALS HÜTER VON VERFASSUNG UND PRIVATEIGENTUM

An die Redaktion von
"Erziehung und Wissenschaft"
6 Frankfurt 18
Unterlindau 58

Werte Kollegen,
der Kollege Frister hat in der April-Nummer von "Erziehung und Wissenschaft" über die Notwendigkeit geschrieben, sich mit Kommunisten in der GEW auseinanderzusetzen und dabei die Grenzen festzulegen, die er für solche der Toleranz hält. Ausdrücklich jenseits der Grenzen wird von ihm der KBW angesiedelt. Als verantwortliches Leitungsmitglied des KBW und gleichzeitig als Mitglied der GEW, in der verhältnismäßig viele unserer Mitglieder und Mitglieder befreundeter Organisationen arbeiten, halte ich es für notwendig, auf die Grenzbestimmung des Kollegen Frister zu anworten.

Die vom Vorstand jederzeit beschworene innergewerkschaftliche Demokratie dürfte es nahelegen, meine Antwort als Äußerung der unmittelbar von der Ausschlußdrohung betroffenen Mitglieder der GEW in "Erziehung und Wissenschaft" abzudrucken. Für notwendig halte ich einen ungekürzten Abdruck. Wenn Kürzungen vorgenommen werden müssen, erbitte ich auf jeden Fall Ihre Rücksprache unter der im Kopf angegebenen Nummer.

Mit freundlichem Gruß

Die Redaktion der GEW-Zeitschrift "Erziehung und Wissenschaft" lehnte die Veröffentlichung des Antwortbriefs auf Fristers Artikel mit folgender Begründung ab:

"Sehr geehrter Herr Kollege Maier,
zu Ihrem Brief vom 18. April teile ich Ihnen mit, daß das beigefügte Manuskript für eine Veröffentlichung in unserer Zeitung viel zu lang ist, zum anderen stehen viele seiner Argumente in Leserbriefen, die wir in der Mainummer veröffentlichen. Das Redaktionskollegium ist deshalb in seiner heutigen Sitzung zu der Auffassung gelangt, daß eine Veröffentlichung Ihres Manuskriptes in unserer Zeitung nicht möglich ist.

Mit freundlichem Gruß
Horst Glänzel"

Wir veröffentlichen den Antwortbrief in der Kommunistischen Volkszeitung, da verhältnismäßig viele Mitglieder des KBW und Mitglieder befreundeter Organisationen in der GEW arbeiten und darüber hinaus die Auseinandersetzung von grundsätzlicher Bedeutung für alle GEW-Mitglieder ist.

Werter Kollege Frister,
in der letzten Nummer von "Erziehung und Wissenschaft" haben Sie gegenüber den Mitgliedern der GEW die Rolle des Hüters der Verfassung bezogen. Sie schreiben: "Jedes Mitglied einer Partei oder Gruppe, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung offen ablehnt oder die Anwendung von Gewalt in unserer Gesellschaft für zulässig erklärt, grenzt sich von uns ab und wird sich gefallen lassen müssen, daß wir die Konsequenzen daraus ziehen." – Nun sind wir Kommunisten der Auffassung, daß es grundsätzlich den Interessen der Lohnabhängigen schadet, wenn für die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft irgendwelche politische Bedingungen gestellt werden. Die Gewerkschaften sind ein Zusammenschluß der Lohnabhängigen gegenüber dem Käufer ihrer Arbeitskraft. Sie haben ihren Zweck darin, die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen zu mindern und größtmögliche Einheit im Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen herzustellen. Das ist nur möglich, wenn die Gewerkschaften jedem Lohnabhängigen als solchem offenstehen und von ihm keine weiteren politischen Bekenntnisse verlangen. Diese Eingrenzung der Mitgliedschaftsvoraussetzungen auf die objektiv feststellbare Tatsache der Lohnabhängigkeit schließt nun keineswegs aus, unter den Gewerkschaftsmitgliedern für diejenige politische Willensbildung und für eine solche Beschlußfassung in jeder einzelnen Frage einzutreten, die man den Interessen der Lohnabhängigen für dienlich hält. Im Gegenteil: Angesichts der verschiedenen politischen Strömungen unter den Lohnabhängigen ist dieser Streit der politischen Auffassungen in den Gewerkschaftsverbänden ganz unvermeidlich und dient der Herausbildung eines einheitlichen Willens.

Wir wissen, daß gegenwärtig die von Ihnen vertretenen sozialdemokratischen Auffassungen unter den Mitgliedern der GEW eine Mehrheit in den meisten Fragen finden. Das schlägt sich nieder in entsprechenden Beschlüssen und in einer entsprechenden Politik der GEW. Wir akzeptieren diesen Zustand als eine Tatsache und versuchen, ihn zu ändern, indem wir – wie jede politische Organisation – auf den Willen der Mitglieder Einfluß nehmen. Was wir jedoch nicht akzeptieren und für direkt gewerkschaftsschädigend halten, ist Ihre Absicht, bestimmte politische Auffassungen zur Bedingung der Mitgliedschaft zu machen. Sie argumentieren mit der Satzung des DGB. Die Satzung des DGB enthält unter § 2d auch das Bekenntnis zur Schaffung des vereinten Europas. Ich warte schon darauf, daß Sie beginnen, zur Ausschlußkampagne gegen die Gegner der Europäischen Gemeinschaft zu blasen. Man merkt leicht, wo man hingerät, wenn man über die objektive Tatsache der Lohnabhängigkeit und die freiwillig gegebene Beitrittserklärung hinaus zusätzlich ein politisches Glaubensbekenntnis von den Mitgliedern verlangt. Ein umfassender Zusammenschluß der Lohnabhängigen gegen den Käufer ihrer Arbeitskraft wird dann unmöglich und der Zweck der Gewerkschaften wird verfehlt.

Sie sind aber in Ihrem Artikel "Von den Grenzen der Toleranz" nicht nur als Hüter der Verfassung, sondern auch direkt als Hüter des Privateigentums an Produktionsmitteln aufgetreten. "Der Deutsche Gewerkschaftsbund, seine Gewerkschaften und die Bundestagsparteien halten ihre politischen Ziele innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung für erreichbar", schreiben Sie, und das ist – trotz anderer fettgedruckter Passagen – der heimliche Kernsatz Ihrer Ausführungen. Sie wenden sich gegen die Kommunisten, weil diese ihre Ziele "im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung, insbesondere des Privateigentums an den Produktionsmitteln, nicht für erreichbar" hielten.

Das Ziel der Kommunisten ist die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Dieses Ziel ist tatsächlich unerreichbar, solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln, solange also die von ihnen verteidigte "bestehende Gesellschaftsordnung" fortbesteht, die auf eben diesem Privateigentum beruht. Schon vor 126 Jahren mußten Marx und Engels im "Kommunistischen Manifest" gegen solche Apologeten des bürgerlichen Eigentums polemisieren. Ich kann mich deshalb begnügen, zu zitieren: "Ihr entsetzt Euch darüber, daß wir das Privateigentum aufheben wollen. Aber in eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben; es existiert gerade dadurch, daß es für neun Zehntel nicht existiert. Ihr werft uns also vor, daß wir ein Eigentum aufheben wollen, welches die Eigentumslosigkeit der ungeheuren Mehrzahl der Gesellschaft als notwendige Bedingung voraussetzt". Es sind also alte, schon lange widerlegte Vorwürfe, die schon vor 1848 aus bürgerlichen Kreisen zu hören waren. Neu ist allenfalls, daß der Vorsitzende einer Gewerkschaft, einer Organisation also, deren Mitglieder zu den neun Zehnteln der Eigentumslosen gehören, so entschieden den Standpunkt des einen Zehntel der Privateigentümer an Produktionsmitteln vertritt, daß er dessen positive Anerkennung zur satzungsmäßigen Voraussetzung der Mitgliedschaft erheben will.

Wir Kommunisten bestreiten also keineswegs, daß wir anstreben, das Privateigentum an Produktionsmitteln zu beseitigen, weil anders die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht aufgehoben werden kann. Dieses Ziel verfolgen wir in unserer ganzen politischen Arbeit und versuchen selbstverständlich auch in den Gewerkschaften die Mitglieder dafür zu gewinnen. Dabei gehen wir davon aus, daß dieses Ziel im Interesse der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen liegt. Denn: "Schafft ... die Lohnarbeit, die Arbeit des Proletariers ihm Eigentum? Keineswegs. Sie schafft das Kapital, d.h. das Eigentum, welches die Lohnarbeit ausbeutet, welches sich nur unter der Bedingung vermehren kann, daß es neue Lohnarbeit erzeugt, um sie von neuem auszubeuten." (Kommunistisches Manifest) Es besteht also kein Gegesatz zwischen den Zielen der Kommunisten auf Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln und der darauf beruhenden Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf der einen Seite und einer Gewerkschaftsarbeit, die sich ausschließlich von den Interessen der Arbeiterklasse leiten läßt, auf der anderen. Und daß die Gewerkschaftsarbeit - wie Sie schreiben - "für Kommunisten keinen Wert an sich" hat, ist ganz natürlich. "Wert an sich". könnte die Gewerkschaftsarbeit ohnehin nur für bezahlte Funktionäre sein. Alle anderen Menschen verfolgen damit Zwecke, und sei es in sozialdemokratisch regierten Bundesländern auch nur der, zum Schulrat aufzusteigen.

Während Sie uns Kommunisten die revolutionären Ziele vorwerfen, die wir verfolgen, sind Sie bemerkenswert zurückhaltend in der Darlegung Ihrer eigenen Ziele. Das ist verständlich. Man stößt als Vorsitzender einer Gewerkschaft keineswegs auf Begeisterungsstürme bei den Mitgliedern, wenn man sich ihnen als Verteidiger des kapitalistischen Privateigentums und der darauf beruhenden Ausbeutune offen präsentiert. Stattdessen verlegen Sie sich auf die Behauptung, die Kommunisten würden sich zwecks Erreichung ihrer Ziele über demokratische Grundsätze hinwegsetzen, die Diktatur anstreben und sich zur Gewalt bekennen. Dabei führen Sie als Beleg an, daß wir uns nicht zu dem bekennen, was Sie "freiheitlich-demokratische Grundordnung" nennen. Warum tun wir das nicht? Weil wir gegen die Meinungs- und Informationsfreiheit, gegen das Streikrecht usw. wären? Nein, wir treten ein für die uneingeschränkte Gültigkeit dieser Rechte und jedermann kann das im Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland nachlesen. Wie aber kann die Pressefreiheit z.B. eine lebendige Wirklichkeit werden, wenn die Verlage einer kleinen Anzahl von Kapitalisten gehören? Wie die Organisationsfreiheit zum tatsächlich umfassend genutzten Recht, wenn die Masse der Arbeiter und Angestellten nach Akkordarbeit und Überstundenschinderei müde nach Hause kommen, wenn ihnen die politische Betätigung an ihrem Arbeitsplatz ausdrücklich verboten ist? All diese allgemeinen Rechte können nicht umfassend verwirklicht werden, weil der Kern der "freiheitlich demokratischen Grundordnung" der Bundesrepublik darin besteht, daß sie - wie jede bürgerliche Verfassung - das Privateigentum garantiert, also ein Sonderrecht für die schmale Schicht der Produktionsmittelbesitzer schafft. Wenn man aber für politische Demokratie und für die Beseitigung der Ausbeutung ist, kann man nicht gleichzeitig für das Privateigentum an Produktionsmitteln sein. Da hilft es auch nichts, sich darauf zu berufen, daß das Grundgesetz in Ausnahmefällen eine Enteignung gegen Entschädigung vorsieht. Entscheidend ist hier die generelle Regel.

Wie wenig die Garantie des Privateigentums, die im Interesse einer kleinen Minderheit liegt, mit umfassenden Freiheiten und uneingeschränkter Herrschaft des Volkswillens vereinbar ist, das tritt zutage. Es verweigert das Recht auf jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter und überläßt es dem Abgeordnetengewissen, wofür er eintritt. Wie die Erfahrung lehrt ist aber das Abgeordnetengewissen ein weiches und käufliches Element. Wir Kommunisten fordern darum dieses Recht auf jederzeitige Abwählbarkeit der Volksvertreter. Das ist nicht im Sinne der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung", aber es ist im Sinne von Freiheit für das Volk und Demokratie. Das Grundgesetz verweigert weiter das Recht auf Wahl der Richter und der höheren Beamten und auf jederzeitige Abwahlmöglichkeit. Stattdessen hält es fest an den "hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums", womit der immer riesiger werdende Staatsapparat jeder wirksamen Kontrolle des Volkes entzogen wird. Die Kommunisten fordern dieses Recht. Das Gleiche gilt für das Recht auf allgemeine Volksbewaffnung, Wahl und Abwahl der Offiziere. Für das Schulwesen, das nicht dem Zugriff von Schulaufsichtsbehörden, sondern dem direkten Zugriff des Volkes unterstehen soll. All das sind ohne Frage demokratische Forderungen und ebenso fraglos müssen sie gestellt werden gegen das Grundgesetz, das diese Rechte verweigert und kein einziges Recht gewährt, ohne jeweils im Nachsatz die Ausnahmeregelung zu enthalten, wodurch es kassiert werden kann.

Wir Kommunisten treten für eine umfassendere Demokratie ein, als die Minderheitenherrschaft der Privateigentümer an Produktionsmitteln sie gewähren kann. Wir sind deshalb für umfassendste Demokratie, weil nur in ihr der Wille der Arbeiterklasse und des Volkes sich herausbilden und zur Herrschaft gelangen kann. Zweifellos wird das demokratisch organisierte Volk gegen die Eigentümer an Produktionsmitteln sich despotisch verhalten: Es wird sie ihnen wegnehmen. Ebenso zweifellos werden die Ausbeuter sich gegen diese Beseitigung der Ausbeutung zur Wehr setzen. Wer da noch Zweifel haben sollte, braucht sich nur das aktuellste der Beispiele, das chilenische vor Augen führen, wo das Militär putschte im Dienste der bürgerlichen Klasse, als die Arbeiter begannen, die Fabriken zu besetzen und die Bauern das große Grundeigentum enteigneten. Es wäre völlig unverantwortliches Politikastertum, wenn man diese immer wieder blutig erworbene Erfahrung verschweigen wollte. Wir Kommunisten verschweigen diese Erfahrung nicht, sondern sagen in unserem Programm, daß die Arbeiterklasse die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse und die Aufrichtung ihrer politischen Herrschaft nur erfolgreich wird bewältigen können, wenn sie sich vor Augen hält, "Solange die Bourgeosie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird das Proletariat die politische Macht mit Waffengewalt erkämpfen müssen." (Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland). Wenn Sie, Kollege Frister, für das Verschweigen dieser Erkenntnis eintreten und jeden, der sie verbreitet, aus der GEW ausschließen wollen, dann müssen Sie sich fragen lassen, in wessen Interesse diese Unterdrückung der Wahrheit betrieben wird. Sie versuchen aber den Ausschluß der Kommunisten aus der GEW nicht nur mit deren angeblich gebrochenem Verhältnis zur Demokratie zu begründen, sondern erklären darüberhinaus, daß kommunistische Aktivitäten in Gewerkschaften ... keineswegs der Durchsetzung der Mitgliederinteressen (dienen), sondern ... die Fähigkeit der Gewerkschaften, ihre Forderungen durchzusetzen (beeinträchtigen)". Abgesehen davon, daß das Argumente sind, die nicht mit Fragen der Mitgliedschaft, sondern allenfalls etwas mit der Frage von innerorganisatorischen Wahlen usw., zu tun haben könnten, abgesehen davon also sind diese Argumente schlicht falsch. In Bremen, wo Ihre Parteifreunde um den Kollegen Mews den Ortsverein der GEW gespalten haben, um rechts abseits einen neuen Verein zu bilden, mußten diese erfahren, daß sie, die vorher in der Mehrheit waren, nur eine Minderheit um sich zu sammeln vermochten, während der Ortsverein, in dem auch Kommunisten arbeiten, die Masse der gewerkschaftlich organisierten Kollegen erfaßt und weiter wächst. Nur in einem Punkt ist der neue, rechte Verein erfolgreicher als der alte: Er dürfte eine erheblich höhere Schulleiter- und Schulratsdichte haben. Allein diese Tatsache dürfte aber zu seiner weiteren Dezimierung führen. Wer sieht schon gerne in der Gewerkschaft seine Dienstvorgesetzten und Kontrolleure als Vorstand?

Am Ende Ihres Artikels schlagen Sie vor, künftig gewerkschaftliche Wahlen und Abstimmungen nicht mehr auf Versammlungen durchzuführen, sondern per Briefwahl. Dabei unterstellen Sie, es käme uns Kommunisten darauf an, die weniger aktiven Mitglieder aus dem gewerkschaftlichen Entscheidungsprozeß auszuschließen. Sie täten als Vorsitzender besser daran, sich zu überlegen, wie die Gesamtheit der Mitgliederschaft aktiviert werden kann, als die vorhandene Passivität zu sanktionieren. Eine Gewerkschaft mit passiver Mitgliedschaft und rührigen Funktionären, die sich auf ein plebiszitäres Mandat stützen, das sie nicht bindet, das ist offenbar das Idealbild von Gewerkschaft, welches Sie verfolgen. Deswegen wollen Sie den bewährten und auf Versammlungen möglichen Grundsatz der Einheit von Beratung und Entscheidung aufheben. Wenn es zutrifft, daß die Versammlungen auf Stadtebene zu groß werden, warum dann keine Versammlungen der GEW-Mitglieder einer Schule, die ihre Delegierte für die örtliche Entscheidungsebene nach Beratung wählen und jederzeit zur Rechenschaft ziehen und abwählen können?

Wie Sie wissen, hat dieser Tage der Kollege Rüdiger Offergeld, Bundesvorsitzender der Junglehrer in der GEW, vom bayrischen Kultusminister Maier den Entlassungsbescheid bekommen. In der Zeitung stand zu lesen, daß Sie das für eine Verletzung der Rechtsstaatlichkeit hielten. Offenbar sieht das der Minister Maier anders, nämlich als Ausfluß der Rechtsstaatlichkeit. Vermutlich werden nun die Juristen darüber entscheiden, wer von Ihnen beiden Recht hat. In der Konsequenz Ihrer Argumentation läge es jedoch, wenn Sie sich schon heute darauf einstellen würden, den Kollegen Offergeld im Falle eines negativen Richterspruches auch gleich aus der GEW herauszuwerfen. Dahin nämlich muß man mit Notwendigkeit gelangen, wenn man die Frage der Gewerkschaftsmitgliedschaft an die Verfassung des bürgerlichen Staates, ja mehr noch, der Staatsverfassung überhaupt bindet. Man kann dann auf innerverbandliche Schiedskommissionen im Grunde auch gleich verzichten und dieses Amt den Gerichten übergeben. Nur sollte man sich dann auch gleich von den entsprechenden Staatsorganen honorieren lassen und nicht mehr auf die Beiträge der Mitglieder Anspruch erheben

Mannheim, den 18.4.1974

Willfried Maier
Mitglied des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, Mitglied der GEW

Der Zorn der Fechenheimer

BÜRGER PROTESTIEREN GEGEN FAHRPREISERHÖHUNGEN UND GROSSKRAFTWERK

Frankfurt. Am 23. April um 20 Uhr kam Frankfurts Oberbürgermeister Rudi Arndt zu einer Bürgerversammlung in den östlichen Vorort Fechenheim. Vor 10 Jahren wurde dort das letzte Mal ein Oberbürgermeister gesehen. Die Fechenheimer Komitees gegen die Fahrpreiserhöhung und gegen den Bau eines Großkraftwerks (s. KVZ 4/74), in denen der KBW als kommunistische Fraktion mitarbeitet, riefen die Fechenheimer auf, alle in die Turnhalle zur Bürgerversammlung zu gehen. Die Jusos und die SPD Fechenheim riefen ebenfalls zur Bürgerversammlung auf. Jusos und SPD haben bisher eine Zusammenarbeit mit den Komitees abgelehnt, weil "dort Kommunisten mitarbeiten".

Ungefähr 700 Menschen kamen, um mit Rudi Arndt abzurechnen. In den Nebenräumen der Turnhalle war ein starkes Polizeiaufgebot versammelt, im Saal wimmelte es von "Zivilen" und Spitzeln, die unentwegt fotografierten. Obwohl die Bürger in der überfüllten Turnhalle das Kraftwerk als ersten Tagesordnungspunkt forderten und tosender Beifall diese Forderung unterstützte, behandelte Rudi Arndt mit der Begründung, "die Tagesordnung wird vom Magistrat festgelegt" den Punkt "Verkehr" als ersten und das "Kraftwerk" als zweiten Tagesordnungspunkt. Als erstes wurde dann die Fahrpreiserhöhung diskutiert. Unter dem großen Beifall der Versammlung protestierten mehrere Leute gegen die drastischen Fahrpreiserhöhungen ab dem 26. Mai. Rudi Arndts Argumente, ohne die Fahrpreiserhöhung müsse der Bau von Schulen und Altersheimen gestoppt werden, verfing jedoch bei den Fechenheimern nicht. Ein Komiteemitglied rief ihm zu: "Was macht denn die Stadt überhaupt mit unseren Steuergeldern? Sie rüstet die Polizei auf, erhöht die Diäten der Abgeordneten und gibt den großen Firmen auch noch Wirtschaftshilfe!" Brausender Beifall ließ Rudi Arndt ersteinern.

Als um 21.30 Uhr das Thema "Kraftwerk" an die Reihe kam, bildeten sich meterlange Schlagen an den drei Mikrophonen im Saal. Die heftigen Auseinandersetzungen dauerten dann auch bis 24 Uhr. Allen Fechenheimern und den benachbarten Offenbachern ist es längst klar, daß ein 600 MW Großkraftwerk (ausbaufähig bis 2 000 MW) in einem so dichtbesiedelten Gebiet wie am Fechenheimer Mainbogen die verheerendsten Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen und die Umwelt hat. Deshalb haben auch bisher über 45 000 Menschen mit ihrer Unterschrift gegen den Bau des Großkraftwerkes protestiert. Doch der SPD-Magistrat kümmerte sich einen Dreck um die Unterschriften. Am 23.Januar 1974 beschloß die Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen von SPD und CDU endgültig den Kraftwerksbau. Auf dieser Versammlung konnte es also nicht mehr um eine "sachliche Diskussion für oder gegen das Kraftwerk gehen", auch wenn das Rudi Arndt so wollte. Die Sache war längst klar und ist von vielen Umweltschützern, Biologen und Ärzten bewiesen: es gibt kein umweltfreundliches Kraftwerk! Auf dieser Versammlung mußte der bisher eher passive Widerstand der Fechenheimer organisierten Protest annehmen und ihnen Vertrauen in die eigene Kraft geben. Und das gelang auch zum großen Teil. Der Saal war ein einziger brodelnder Kessel, in dem 700 Menschen mit immer neuem tosendem Beifall jeden Redner aus der Bürgerversammlung unterstützten. Das Kraftwerks-Komitee hatte schon vor der Versammlung eine Resolution verteilt, die in dieser Situation **einstimmig** von der Bürgerversammlung angenommen wurde. Rudi Arndt konnte nur noch hilflos zusehen.


700 Menschen waren gekommen, um mit Rudi Arndt abzurechnen.

Resolution

Die Preußenelektra will zusammen mit der Stadt Frankfurt in Fechenheim ein Großkraftwerk bauen. Uns Fechenheimer Bürger interessiert aber unsere Gesundheit:
- *die Luft soll nicht noch schlechter werden*
- *der Main soll nicht weiter aufgeheizt werden*
- *kein Kühlturm soll uns nachts den Schlaf rauben.*

Deshalb beschließen die hier auf der Bürgerversammlung anwesenden Bürger:
KEIN GROSSKRAFTWERK IN FECHENHEIM!

Ein Komitee-Mitglied forderte schließlich: "...damit die Bevölkerung kontrollieren kann, was gebaut wird und wie es gebaut wird, damit keine weitere Luft- und Wasserverseuchung auf uns zukommt, fordern wir: RECHENSCHAFTSPFLICHT DER VOLKSVERTRETER UND JEDERZEITIGE ABWÄHLBARKEIT!" Rudi Arndt schrie: "Dieser Redner befindet sich nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes." Buh-Rufe, Zischen und empörte Zwischenrufe der Bevölkerung richteten sich gegen Arndt. Die über 50 Redner aus der Bürgerversammlung rechneten mit teilweise bissigem Spott mit Rudi Arndt ab. Einer meinte z. B., er solle sich doch einmal den 'Luxus' leisten, zwei Monate in Fechenheim zu wohnen, dann wird er sicherlich schnell seine Meinung ändern. Denn Fechenheim hat durch den Gestank der Chemie-Firma Cassella jetzt schon die schlechteste Luft Frankfurts. Insgesamt gesehen war die Bürgerversammlung ein Sieg der Bevölkerung und eine Niederlage des SPD-Magistrats, wenn auch bei den Kraftwerksgegnern (z. B. Jusos) noch viele reformistische Vorstellungen in ihren Köpfen herumspuken.

Die beiden Fechenheimer Komitees gegen die Fahrpreiserhöhungen und gegen das Großkraftwerk werden ihre Aktivitäten weiter fortsetzen und sich als eigene Blöcke an der 1. Mai-Demonstration des DGB beteiligen.

die.,Fechenheim

DIE ELBE WIRD ZUR KLOAKE

Von Hamburg bis weit ins Wattenmeer vor Cuxhaven werden laufend Kaianlagen, Großindustrie und Atomkraftwerke geplant und gebaut. Die Warnungen von Fachleuten und Wissenschaftlern wurden von den Verantwortlichen überhört. Die Elbe wird zur Kloake der Großindustrie, Wassersport ist dann nicht mehr möglich. Der Hamburger Wirtschaftsminister, "Senator" Kern, hält die Entwicklung für lebensnotwendig (siehe "Hamburger Abendblatt, Nr. 82, Jahrg. 27), hat aber wohl schon die Konsequenzen gezogen und ist mit seiner Segeljacht vom Schulauer Jachthafen zur Ostsee übergesiedelt. Hinzu kommt, daß der Fischbestand gefährdet wird.

– D.S., Hamburg –

DKP spaltet Front gegen Fahrpreiserhöhung

ANBIEDERUNGSVERSUCH AN DGB-FÜHRUNG SCHEITERT

Frankfurt. "Volksfront-Bündnis geplatzt" meldete in den letzten Tagen frohlockend die Lokalpresse (Neue Presse 26.4.). Anlaß der Meldung: Auf Anweisung des DGB-Kreisvorstands hat sich inzwischen auch das letzte Gewerkschaftsorgan, der DGB-Kreisjugendausschuß, aus dem von der DKP beherrschten Komitee "Hände weg vom Fahrpreis" zurückgezogen.
Die Vorgeschichte: Als in den letzten Wochen der Volkszorn über die Fahrpreiserhöhung sich ausbreitete und in Initiativen für Stadtteilkomitees sich ersten Ausdruck verschaffte, versuchten die Reformisten verschiedener Richtung eilig, die Bewegung auf ihre Mühlen zu lenken.

So sah sich der DGB-Kreisvorstand genötigt, Protest gegen die Fahrpreiserhöhung anzumelden, lehnte aber jede gemeinsame Aktion mit anderen Organisationen und Initiativen schlankweg ab. Schließlich setzte er – als bislang einzige Aktivität – eine Unterschriftenliste in die Welt (nachdem die Komitees und Initiativgruppen schon auf breiter Front mit einer Unterschriftensammlung begonnen hatten!). Auf der Liste fordert der DGB unter anderem: "Entstehende Defizite müssen in einem Verhältnis Bund 60, Land 30, Kommune 10 übernommen werden!" Daß das Geld, mit dem die Defizite beglichen werden, aus unseren Taschen kommen soll – egal ob es vom Bund oder von der Stadt genommen wird – kümmert den DGB offenbar nicht.

In dieselbe reformistische Kerbe haut die DKP.

Sie stemmt sich gegen die Forderung, welche die Komitees gegen die Ausplünderung durch Steuern und Gebühren erheben: daß die Staatsausgaben aus einer progressiven Besteuerung von Einkommen und Vermögen zu bestreiten sind. Stattdessen verlangt sie ein "menschenwürdig ausgestattetes Nahverkehrssystem", das "durch entsprechende Beteiligung von Unternehmen im Geltungsbereich des Verkehrsverbundes" finanziert werden soll. Also einige einzelne Kapitalisten sollen Zuschüsse zu einem besseren Nahverkehr leisten!

Mit solchen Forderungen ist keine feste Front gegen die Fahrpreiserhöhung zu errichten. Deshalb konnte die DKP auch nicht wagen, ihre Linie im offenen Meinungskampf zu vertreten. Statt sich an den Stadtteilkomitees zu beteiligen, gründete sie eilig ihr eigenes Komitee, das hauptsächlich bestand aus Vertretern DKP-naher Organisationen (SDAJ, MSB Spartakus) sowie Vertretern der DAG-Jugend und des DGB-KJA, ebenfalls DKP-Anhänger. Eine Zusammenarbeit mit dem KBW wurde unter anderem mit Verweis auf die Unvereinbarkeitsbeschlüsse im DGB abgelehnt.

An den Stadtteilkomitees kam das DKP-Komitee jedoch nicht vorbei. Deshalb machte es sich flugs zum Sachwalter der "gewerkschaftlichen Aktivitäten" gegen die Fahrpreiserhöhung – sprich: der DGB Unterschriftensammlung – und spielte sich als "breitestes, gewerkschaftliches Bündnis" gegenüber den Stadtteilkomitees auf. Entweder forderten die DKP-Vertreter, die Komitees sollten sich auflösen bzw. der KBW seine Mitarbeit in den Komitees einstellen. Oder die Komitees sollten sich in Komitees zur Unterstützung des DKP-Komitees und der DGB-Forderungen verwandeln! Dieses Ansinnen ist jedoch von allen Gründungsversammlungen der Komitees abgelehnt worden.

Das dickste Ding leisteten sich die DKP-Vertreter jedoch in Höchst: Nachdem sie zwei Wochen hintereinander auf öffentlichen Sitzungen der Initiativgruppe mit ihren Vorschlägen abgeblitzt waren, tauchten sie auf der Gründungsversammlung des Komitees auf – nicht etwa mit eigenen Vorschlägen, um sie zur Diskussion und Abstimmung zu stellen, sondern mit der Meldung, sie hätten inzwischen ein eigenes Komitee für Höchst und die umliegenden Stadtteile gegründet, welches wiederum das zentrale Frankfurter Komitee unterstütze. Die Anwesenden sollten sich doch diesem Komitee anschließen. Damit stießen sie jedoch auf wenig Gegenliebe: In Höchst hat sich nach öffentlicher Beratung und demokratischer Beschlußfassung ebenfalls ein Komitee gegründet.

Die DKP argumentiert, die Aktionseinheit gegen die Fahrpreiserhöhung müsse im Rahmen der Gewerkschaften hergestellt werden, die DGB-Führung müsse zu Aktionen gebracht werden. In Wirklichkeit laufen ihre Vorschläge und ihre Taten darauf hinaus, die Selbständigkeit des Kampfes und die Selbständigkeit der Komitees aufzugeben und sie der Taktik und den falschen Forderungen der DGB-Führung unterzuordnen. Einer DGB-Führung also, die gerade in Frankfurt aufs engste versippt und verschwägert ist mit der SPD und dem SPD-Magistrat, und der ein entschiedener Kampf gegen diesen Magistrat keinesfalls zuzutrauen ist.

Es ist unbedingt nötig, innerhalb der Gewerkschaften Aktivitäten gegen die Fahrpreiserhöhung zu entfalten. Aber nicht in dem von der DGB-Spitze vorgesehenen Rahmen, sondern durch Beschlüsse und Aktionen in den Betrieben. Es ist allerdings falsch, sich in dieser Auseinandersetzung auf den Rahmen der Gewerkschaft zu beschränken: Es handelt sich ja um eine politische Auseinandersetzung, in die alle Teile des Volkes, nicht nur die Arbeiter einbezogen sind, und für die politische Organisationsformen gefunden werden müssen, in denen das Volk seine Forderungen gegenüber dem Staat geltend machen kann. Eine solche Form sind die Komitees.

Die DKP hat bei den Menschen, die gegen die Fahrpreiserhöhung kämpfen wollen, vielleicht manchmal Verwirrung gestiftet, aber wenig Anklang gefunden, da sie ihnen keine Vorschläge für die selbständige Organisierung des Kampfes machen kann. Darüber hinaus hat sie aber auch von der DGB-Führung, deren Unterstützung sie so warm empfahl, keinen Dank geerntet, sondern im Gegenteil einen Fußtritt versetzt bekommen: Die Gewerkschaftsvertreter wurden aus ihrem Komitee zurückgepfiffen. Jetzt steht das DKP-Komitee mit seinem Anspruch einer gewerkschaftlichen Aktionseinheit im Hemd da und bietet einen höchst lächerlichen Anblick: Wer lieber mit SPD-Funktionären und der DGB-Führung rummauschelt, statt sich an der Entfaltung der Initiative der Massen zu beteiligen, riskiert am Ende, bei allen abzublitzen.

–B.P., Frankfurt–





»Es ist schlimmer als Krieg«

HAUSBESITZER LÄSST WOHNUNGEN ZERTRÜMMERN, WENN MIETER NICHT DA SIND

Frankfurt. In diesem Haus in Westend ließ der Besitzer Wiener zwei Wohnungen zerstören, obwohl in der einen noch zwei Menschen wohnten. Als die beiden Ausländer nach Hause kamen, fanden sie alles verwüstet und zwei Koffer mit Kleidern und ein Tonbandgerät waren verschwunden.
Der Hausbesitzer will das Haus abreißen, aber er muß den Mietern Ersatzwohnungen geben. Mit solchen Methoden versucht er die Mieter zu vertreiben, ohne ihnen eine neue Wohnung zu geben. Nach Aussagen der Bewohner kommen nachts von Wiener geschickte Leute, um zu sehen, wo niemand in der Wohnung ist, um dann dort alles zu zertrümmern, wie hier.
Vor längerer Zeit haben die Bewohner sich entschlossen, keine Miete mehr zu bezahlen. Vorher hatte Wiener für eine Zweizimmerwohnung zwischen 450,- und 750,- DM verlangt, und das, obwohl die Wohnungen in einem kaum noch menschenwürdigen Zustand waren.
Die Mieter erkennen, daß sie sich zusammenschließen müssen. "Es ist schlimmer als Krieg" sagt einer. "Wir wollen nur wohnen, aber Wiener bekämpft uns. Auch wir müssen uns zusammenschließen. Wir sind doch viele. Ihr müßt in Eurer Zeitung darüber schreiben, damit viele Menschen es sehen und fragen: Ist es gut oder schlecht? "

M.M., Frankfurt.

Mieterstreiks im Nordend

Frankfurt, Am Freitag, 19. April, um 9 Uhr morgens sollte im Haus Schopenhauerstraße / Ecke Luisenstraße im Frankfurter Nordend der Gerichtsvollzieher kommen, um eine türkische Familie auf die Straße zu setzen. Seit dem 1. August sind alle 25 Familien dieses Hauses im Mietstreik, d.h. sie weigern sich, die Wuchermiete von 12,50 bis 14,50 DM pro Quadratmeter zu bezahlen (die "ortsübliche" Vergleichsmiete ist 6 DM pro Quadratmeter).

Die Hausbesitzerin, die in Reutlingen wohnt, schickte erst Zahlungsbefehle, dann die fristlose Kündigung und stellte Räumungsklage. Die Bewohner ließen sich jedoch nicht einschüchtern, obwohl ihnen jetzt zum Teil schon das türkische Generalkonsulat nachstellt und ihnen Schikanen und Verfolgung wegen politischer Betätigung drohen. Sie führen jede Woche eine Versammlung aller Mieter des Hauses durch, um das gemeinsame Vorgehen zu besprechen. Auch die Bewohner anderer Häuser berichten auf diesen Versammlungen über ihre Erfahrungen und Erfolge. Zum Beispiel die Bewohner der Eschersheimer Landstraße 20, die seit Juni 1973 den Mietstreik führen. Sie haben am 8. August eine Zwangsräumung verhindert und den Gerichtsvollzieher mitsamt Möbelwagen wieder nach Hause geschickt. Oder die Familien in der Kantstraße 25, die jetzt seit dem 1. April in den Mietstreik getreten sind.

Vor dem Haus in der Schopenhauerstraße hatten sich um 9 Uhr 150 Menschen versammelt, um den Gerichtsvollzieher wieder nach Hause zu schicken. Aber er kam gar nicht; stattdessen erklärte ein Ziviler von der Politischen Polizei, daß die Zwangsvollstreckung um 14 Tage verschoben wurde. Wir gingen aber nicht gleich nach Hause, wie er es gern wollte, sondern machten eine Kundgebung. Auch die anderen Straßenbewohner hörten sehr interessiert zu und zeigten ihre Zustimmung zu dem Kampf der Mieter.

Die nächste Zwangsvollstreckung im Haus Schopenhauerstraße ist für den 7. Mai angekündigt.

M.M., Frankfurt

Gegen den § 218!

In zahlreichen Städten der Bundesrepublik wurden Demonstrationen, Kundgebungen, Versammlungen und Unterschriftensammlungen für die ersatzlose Streichung des § 218 durchgeführt. So wurden allein in Hamburg 6 000, in Frankfurt über 7 000 Unterschriften gesammelt. Von den Berichten über die Arbeit von Gegnern des § 218 drucken wir hier drei ab.

In Kiel hat sich am 8. April auf Initiative der Ortsaufbaugruppe des KBW und der Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe hin ein Komitee "Weg mit dem § 218" gebildet. Schon bei der ersten Komiteesitzung zeigte das Erscheinen von 85 Leuten, daß über diese Frage ein großes Interesse in der Kieler Bevölkerung entsteht.

Das Komitee hat Stadtteilgruppen gebildet, die in den Kieler Stadtteilen Flugblätter verteilten, mit der Bevölkerung diskutierten und Unterschriften für die ersatzlose Streichung des § 218 sammelten. Innerhalb von 8 Tagen kamen ca. 2 500 Unterschriften zusammen. Zu einer Veranstaltung des Komitees zu § 218 kamen 250 bis 300 Besucher. Hier wurde vor allem über die weitere Arbeit des Komitees diskutiert, daß es sich nicht auflösen soll, sondern vor allem in den Stadtteilen um die Durchsetzung der Forderungen zur sozialen Lage kämpfen soll, wie zum Beispiel: Für jedes Kind einen Kindergartenplatz! Die Parteienvertreter, die auch eingeladen waren, um zur Rede gestellt zu werden, kamen mal wieder nicht.

Am Tag der Bundestagsdebatte selbst fand eine Demonstration mit 150 Teilnehmern statt. Auch wenn sich nicht sehr große Teile der Bevölkerung selbst in den Zug einreihten, so stieß die Demonstration doch auf breite Sympathie in der Bevölkerung. In den Diskussionen zeigte sich: Der Abtreibungsparagraph ist ein Mittel zur politischen Unterdrückung. Er muß weg.

DISKUSSION ÜBER DEN § 218 IN PADERBORN



Paderborn. Diskussion vor dem Postamt.

Am Samstag, 20.4., machte das "Komitee gegen den § 218" eine Stadtaktion. Die Broschüre "Weg mit dem § 218", die Kommunistische Volkszeitung, Plaketten ("Treibt § 218 ab") und Maiplaketten lagen auf einem Stand in der Haupteinkaufsstraße aus.

Ein Genosse mit Megaphon hat über den § 218 informiert. Drei Stellwände gaben außerdem noch weitere Auskunft über den § 218.

Die Reaktion auf diese Aktion war sehr unterschiedlich. Gleich zu Beginn kam ein älterer Herr, der sehr empört war, er sagte: "Ihr seid schlimmer als die Nazis, ihr wollt das deutsche Volk aussterben lassen". Er war so erregt, daß er sogar eine Stellwand beschädigte. Der Genosse mit dem Megaphon gab ihm Gelegenheit, seine Meinung lauter kundzutun, er erntete jedoch nur Gelächter und wurde von herumstehenden Interessenten beschwichtigt.

Eine Diskussionsgruppe wuchs gar auf mehr als 50 Leute an. Es ging besonders um das Thema "Kirche und der § 218". Dabei kam es zu einer spontanen Abstimmung, wer den § 218 ablehnt und wer ihn befürwortet. Das Ergebnis war, daß wir knapp die Hälfte hinter unserer Forderung hatten.

In dieser Diskussion zeigte sich aber auch, daß wir Schwierigkeiten hatten, die krichlichen Argumente in den Griff zu bekommen. Gerade hier in Paderborn müssen wir uns in Zukunft stärker um Klarheit in diesen Fragen bemühen. Es ist vor allem wichtig, zwischen der reaktionären offiziellen Kirchenpolitik und der teils sehr fortschrittlichen Politik unterer Kirchenebenen zu unterscheiden, jedoch in der Frage der Abtreibung haben sich keinerlei gemeinsame Punkte gezeigt.

"DA HABEN SCHON MEINE ELTERN GEGEN GEKÄMPFT"

ERFAHRUNGSBERICHT DES STADTTEILKOMITEES KIEL–GAARDEN

Bei unserem Plakat, das zur Eintragung in die Unterschriftenliste aufforderte, blieben viele Menschen stehen und meinten, es wäre gut, daß endlich auch in Kiel etwas gegen § 218 unternommen werde. Zwar glaubten sie nicht, daß ihre "Unterschrift irgendetwas nützen werde, da die in Bonn sich nicht darum scheren". Dennoch unterschrieben sie, "weil das den Staat nichts angeht", "weil die Frau selbst und nicht der Staat entscheiden muß, ob sie das Kind will oder nicht". Viele alte Menschen (zwischen 60 und 80 Jahren) wiesen darauf hin, sie beträfe es eigentlich nicht, aber sie würden für ihre Töchter unterschreiben, damit die nicht "teures Geld den Ärzten geben müssen."

Einen alten Mann zum Beispiel, der allein uns am Stand seine Empörung über die Heuchelei der Ärzte ausdrückte, konnten wir nur schwer davon abhalten, unter seine eigene noch zwei Unterschriften für seine Töchter hinzuzufügen. Er bestand schließlich auf dem Zusatz zu seiner Unterschrift: "... und zwei Töchter."

Einige Passanten sprachen sich zunächst für die Beibehaltung des § 218 aus, da ihrer Ansicht nach das ungeborene Leben geschützt werden müsse. Oft änderten sie ihre Meinung und trugen sich in die Unterschriftenlisten ein, sobald wir in der Diskussion die Frage aufgeworfen hatten, ob es bei den heutigen Löhnen und Wohnverhältnissen nicht empörend sei, daß der Staat, der nicht einmal für die schon lebenden Kinder die erforderlichen schulischen, sozialen und medizinischen Einrichtungen bereitstellen kann, sich zum Schutzpatron der Embryos aufspielt.

Wiederholt erklärten uns ältere Leute, sie würden gern ihre Unterschrift geben, da auch sie schon in den 20er Jahren an der Bewegung gegen den § 218 teilgenommen hätten. Ein etwa 50-jähriger Seemann unterschrieb sogar spontan das Flugblatt, das wir ihm gaben, und meinte: "Gegen den § 218. Da bin ich dabei. Da haben meine Eltern schon dagegen gekämpft!"

–K.B., Kiel–

'HAUPTSACHE, DER PATIENT BRINGT VIEL GELD EIN'

Seit etwa einem halben Jahr bin ich Ersatzdienstleistender beim DRK-Unfallrettungsdienst in einer Kleinstadt in Nordbaden. Dort transportierten vor kurzem ein Kollege und ich nachts einen Verletzten (Verkehrsunfall) von der Autobahn ins Kreiskrankenhaus. Seine äußeren Verletzungen waren: eine abgerissene Ohrmuschel und eine Platzwunde hinter dem Ohr. Der diensthabende Arzt im Krankenhaus stellte die Diagnose "Hirnblutung", weil seine Augen verdreht waren. Das Kreiskrankenhaus kann solche lebensbedrohlichen Blutungen nicht selbst behandeln. Deshalb bleibt einem Arzt, will er dem Verletzten helfen, nur eine Möglichkeit: die schnellste Verlegung des Patienten in eine Klinik, die über entsprechende Geräte verfügt. In unserem Fall wäre das die Chirurgie Heidelberg, die nur eine halbe Fahrstunde entfernt ist. Der Verletzte wurde aber nicht nach Heidelberg verlegt, sondern im Kreiskrankenhaus lächerlich "versorgt": Die Ohrmuschel und die Platzwunde wurden genäht. Gegen die lebensgefährliche Hirnblutung wurde nichts unternommen. Auf unseren Vorschlag, den Patienten sofort in die chirurgische Klinik zu transportieren, anwortete der Arzt wörtlich: "Nein, Hauptsache ist, wir haben ihn auf der gelben Karte". Das heißt, die Hauptsache ist, die Behandlung bringt viel Geld ein. Drei Stunden später war der Patient, ein etwa dreißigjähriger Gastarbeiter, tot. Natürlich wird dieser Arzt nie zur Rechenschaft gezogen. Denn, obwohl das Gesundheitswesen ausschließlich von den Sozialabgaben der werktätigen Bevölkerung finanziert wird, ist es ihrer Kontrolle vollständig entzogen. Solange der Profit die medizinische Versorgung bestimmt, hat der Arzt nicht die Absicht, dem Patienten zuhelfen, sondern möglichst viel an ihm zu verdienen. Deshalb finde ich die Forderung im Programm des KBW: "Unentgeltliche Hilfe und Versorgung mit allen Arzneimitteln. Übertragung des Gesundheitswesens an eine sich selbst verwaltende Krankenkasse, deren Leitung von den versicherten Lohnabhängigen gewählt wird" richtig und notwendig.

W.H.

Aus Steuergeldern in die eigene Tasche

EIN BRIEF AUS MÜNSTER

Münster. Wir, die Betreuer auf dem Abenteuerspielplatz Südpark in Münster (übrigens eine von der Stadt noch nicht auf die Dauer erkämpfte Einrichtung), erfuhren, daß Holz (Regale, Schreibtische usw.) auf dem Gelände der alten Landesversicherungsanstalt umsonst zu holen sei. Da wir uns das Material, welches die Kinder als Baumaterial benutzen, selbständig besorgen müssen, liehen wir uns kurzerhand am Samstagnachmittag, dem 16. März, einen Möbelwagen und besorgten uns die Klamotten. Als wir mit der ersten Fuhre auf dem Spielplatz erschienen, freuten sich die Kinder riesig und begannen das neue Material direkt zu verbauen.

Als wir mit dem Aufladen der zweiten Fuhre auf dem LVA-Gelände ungefähr fertig waren, erschien ein Herr von der Wach- und Schließgesellschaft, fragte uns nach Namen, ob wir eine Erlaubnis hätten und daß jemand anders, ein gewisser Herr Röhrkohl, das Holz für sich beansprucht hätte. Wir erzählten ihm, daß wir vom Abenteuerspielplatz kämen und das Holz für die Kinder abholten. Nach der Aufnahme der Personalien und des Autokennzeichens verschwand er dann.

Am Montagnachmittag erschien ein junger "dynamischer" Mann, Röhrkohl ist mein Name, auf dem Spielplatz und bezichtigte mich, als Fahrer des LKW, sein Holz im Werte von 3 000 DM vorsätzlich gestohlen zu haben. (Er hatte über den Möbelwagenverleiher schon soweit recherchiert, daß er meinen Namen wußte und direkt Anzeige gegen mich erstattet hatte). Wir versuchten ihm zu erklären, daß wir die Sachen nicht zum persönlichen Gebrauch, sondern für die Kinder geholt hätten. Das beeindruckte ihn aber weiter gar nicht, er bestand darauf, daß wir den Kindern die Sachen wieder abnähmen, trocken lagerten und alles zwei Tage später zu einem Kotten (Bauernhaus außerhalb Münsters) hinführen.

Die Sache kam uns ein wenig komisch vor, und wir erkundigten uns nach irgendwelchen Kaufverträgen oder sonstigen Eigentumsbescheinigungen. Der Herr Röhrkohl, Oberinspektor der Verwaltung der Universität Münster, die das alte Gebäude der LVA für einen Fachbereich gekauft hatte, hatte die Fäden zur Verteilung des alten Mobiliars in seinen Händen. Wir erfuhren dies bei der Verwaltung der Universität, und er war somit jederzeit in der Lage, sich irgendwelche Eigentumsbescheinigungen selbst auszustellen (er meinte auch noch, daß die Verwaltungsangestellten vorrangig bei der Verteilung alter Möbel behandelt würden).

Ich ging mit einem Kollegen zu der hiesigen Kriminalpolizeistation und versuchte, die Sache aus unserer Sicht mal klarzustellen. Der Beamte meinte, das wäre wohl 'ne ganz windige Sache, wir sollten die Angelegenheit man nicht so tragisch nehmen, er würde das schon klären. Wir sagten ihm noch, daß der Röhrkohl nur was von mündlichen Absprachen geblubbert hätte und daß wir nicht gewillt wären, ihm die Klamotten zu seinem Kotten rauszufahren, weil uns das wiederum 100 DM Leihgebühr kosten würde.

Nach zwei Tagen benachrichtigte mich die Kriminalpolizei und teilte mir mit, daß der "hohe" Herr im Recht wäre und wir ihm die Klamotten zu seinem Kotten rausfahren müßten, ansonsten, sollten wir das nicht tun, 3 000 DM Entschädigungsansprüche zu zahlen hätten. Da es uns nicht möglich war, solch einen Kaufschein oder Ähnliches für die bürgerliche Gerichtsbarkeit vorzulegen, waren wir gezwungen, ihm die Klamotten vor seiner Haustüre abzuliefern (wie sich später herausstellte, wollte der Oberinspektor das Holz zum Bau eines Freigeheges für seine Schafe benutzen).

Das Recht der Öffentlichkeit, in diesem Falle das der Kinder des Südviertels Münster, zählt heute noch nichts gegenüber den Privatinteressen einzelner.

Das ändert sich so lange nicht, bis es geändert wird!!!

Darum: Wahl der Richter und aller höheren Beamten durch das Volk; jederzeitige Absetzbarkeit auf Beschluß der Mehrheit ihrer Wähler. Die Bezahlung aller beamteten Personen wird in einer Höhe festgesetzt, die den Durchschnittslohn eines Facharbeiters nicht übersteigt.

Betreuerkollektiv des ASP: Barbara Buchmann, Christel Boschuk, Heinz Rosenbusch, Jürgen Prengel, Monika Stölting, Gerd Mlynczak, Agnes Post, Friedhelm Neuhaus, Rainer Schwenen

Für ein Taschengeld

GEISTIG BEHINDERTE MÜSSEN AKKORD ARBEITEN

Mannheim-Neckarau. "Unser ausgeblutetes Volk braucht jede Kraft", mit diesen Worten begründet Pfarrer Kühn die Arbeitsleistung von geistig behinderten Jugendlichen und Erwachsenen in Mannheim-Neckarau.

Knapp ein Jahr besteht nun diese beschützende Werkstätte, die bis jetzt ca. 35 geistig Behinderte beschäftigt. Wie sieht es in diesem humanen, sozialen Werk aus, wie steht es mit der Eingliederung geistig Behinderter in unserer Gesellschaft?

Die "Schützlinge" haben einen vollen 8-Stunden-Arbeitstag und 5-Tage-Woche; auch die Beschäftigungsweise erinnert eher an eine Fabrik als an eine beschützende Werkstätte. Die Behinderten führen – zum Teil an Maschinen, und diese sind nur mangelhaft gesichert – Industrieaufträge aus, so zum Beispiel von John Deere Schrauben Stanzen, Verbindungsplatten Lochen oder für Seilwolf, Kabelwerk und andere kleinere Betriebe Mannheims. Die Leistung der weniger Behinderten, die an den Maschinen arbeiten, ist wie beim Akkord: nach Zeit, Qualität und Stückzahl. Wie sagt Pfarrer Kühn stolz: "Besser wie hier können sie in der Fabrik am Fließband auch nicht arbeiten; die Behinderten unterstehen den selben Bedingungen."

Das stimmt jedoch nicht ganz, denn die Arbeitsleistung, der Akkord und die Arbeitszeit, die stimmen – aber die Entlohnung ist nicht gleich. Für dieselbe Arbeit bekommt der Behinderte monatlich maximal 120 bis 140 DM! Die Bezahlung ist nicht monatlich gleich; sie richtet sich nach den Punkten, die der Behinderte nach einem speziellen Punktesystem monatlich erreicht. Die Punktzahl kommt folgendermaßen zustande:

- Für Anwesenheit + 2 Punkte
- Pünktlichkeit + 2 Punkte
- entschuldigtes Fehlen +/– 0 Punkte
- unentschuldigtes Fehlen – 2 Punkte;

Interesse an der Arbeit (jedoch nicht zu viel bitte!) bis + 2 Punkte, Hilfsbereitschaft bis + 2 Punkte, Konzentration bis + 2 Punkte, soziales Verhalten bis + 2 Punkte und vieles mehr.

Betrachtet man daneben die Entlohnung "normaler Arbeiter", dann untersteht der behinderte Arbeiter mehr als einem doppelten Leistungsdruck und wird nur zum zehnten Teil entlohnt.

Die Möglichkeit, geistig Behinderte durch körperliche Betätigung, musische Erziehung, gezielte Sprachtherapie zu fördern und weiterzubringen, wird in dieser beschützenden Werkstätte nicht wahrgenommen. Da gibt es nur Arbeit, von früh bis spät.

Aus dem Profit, den Pfarrer Kühn aus dieser Einrichtung herausholt, will er mit eigenen Worten "ein weiteres soziales Werk tun", nämlich den Ausbau der Werkstätte auf 70 behinderte Beschäftigte und den Bau eines Wohnheimes für "seine Arbeiter", gleich neben der Werkstätte. Dann braucht man gewiß den Behinderten noch nicht mal das Almosen, in Form der bestehenden Spitzenlöhne von maximal 140 DM, zu geben, und es bleibt alles in der Kasse des Pfarrers.

–U.E., Mannheim–

Die Rente reicht nicht mehr

DAS GESCHÄFT DER AUGSBURGER ALTERSHEIME

Augsburg. Ein Bewohner des Altersheim Schlößle der Inneren Mission in Stadtbergen bei Augsburg erklärte in einem Interview mit der "Augsburger Allgemeinen Zeitung" vom 10.4.1974: "Meist wird die Rente erst erhöht, wenn die Heimpreise schon zum zweiten Mal gestiegen sind. In der Zwischenzeit müssen wir unsere Spargroschen angreifen." Die niedrigen Renten der Menschen, die ein Leben lang für die Kapitalisten geschuftet haben, reichen nur knapp aus, um den Unterhalt zu bestreiten. Dazu braucht man nicht erst nur Sozialhilfeempfänger zu fragen, das kann einem jeder Rentner auf der Straße sagen. Außerdem nimmt die Zahl der Sozialhilfeempfänger, unter ihnen besonders die der Rentner und Altersheiminsassen, ständig zu.

Diese Erfahrung machte ich bei meiner früheren Tätigkeit im "Sozialwesen" in Augsburg. "Am Ende werden wir noch Sozialhilfeempfänger." Das äußerten Bewohner des Altenheims im Stadtberger Schlößle.

"Im städtischen Altersheim der Stadt Augsburg St. Margaret wurden die Preise zum 1. April um rund 12 % erhöht. Am billigsten ist dort das Wohnen im Zweibettzimmer: einschließlich der Verpflegung und Betreuung kostet es nun 341,76 DM statt bisher 305,41 DM. Für das große Einbettzimmer müssen die Bewohner jetzt 580,99 DM bezahlen." (AZ vom 10.4.1974) Wie es sich mit der Verpflegung und "Betreuung" und den Wohnverhältnissen in solchen Heimen größtenteils wirklich verhält, wird nicht gesagt. Die alten Menschen leben hier meist unter menschenunwürdigen Zuständen und meist völlig isoliert. Kleine, düstere Zimmer, oft nur zwei Menschen bewohnt, verstaubte Wandanstriche, die abbröckeln, einen Tisch und klapprige Schränke, ein Bad und Toilette für mehrere Menschen zugleich, viel zuwenig Personal, um die Insassen betreuen zu können. Ohnehin beschränkt sich die "Betreuung" aufs Essenausgeben. Das Essen wird häufig nicht gerade appetitlich zubereitet und ist nicht genug. Bei der kleinsten Ungeschicklichkeit geschieht es, daß die alten Menschen angeschrien werden, sie seien kleine Kinder, und noch weiter beschimpft werden. Die alten Menschen unterliegen der Willkür der Heimleitung, der einzelnen Schwestern und des Sozialamtes und haben keine Rechte und Möglichkeiten, ihr Leben nach ihren Bedürfnissen und Vorstellungen zu gestalten. Davon zeugen unter anderem auch die Hausordnungen. Insassen, die sich dann darüber bei der Heimleitung oder dem Sozialamt beschweren, werden als "alte Quertreiber" und "alte Narren" abgetan. Nicht selten passiert es, daß ihnen gesagt wird, daß sie sowieso schon auf Kosten anderer leben würden, sie sollten sich doch, wenn ihnen etwas nicht paßt, nach einem anderen Platz umschauen.

Aber wo die Verhältnisse etwas besser sind, betragen die Sätze für Unterkunft und Verpflegung zwischen 780 und 840 DM im Monat. So im Altenheim Schlößle. Diese unverschämten Preise für nur einen Raum, Bad, Balkon und Essen können nur wenige bezahlen. Viele benötigen ohnehin schon für eine Unterbringung in schlechten und "billigen" Heimen eine Sozialhilfe. Leute mit niedrigen Renten haben also von vornherein keine Chance, in ein etwas besseres Heim zu kommen, da "der Staat sonst zuviel Mittel für sie aufgrund ihrer niedrigen Renten aufbringen müßte". Die meisten alten Menschen sind trotz Sozialhilfe eben auf solche menschenunwürdigen Heime angewiesen, die es bei uns in sehr großem Umfang gibt.

–U.K.,

Gruppe Augsburger Kommunisten–

Der Militärische Abschirmdienst (MAD) droht mit dem »Tage X«

BRIEF DES MAD AN DIE KOMMUNISTISCHE VOLKSZEITUNG

Amt für Sicherheit der Bundeswehr
- Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit -

Az 06 – 01

An die
Kommunistische Volkszeitung
68 Mannheim
Sandhofer Straße 29

Betr.: Veröffentlichung in Ihrer Zeitung vom 20.2.1974 über den Militärischen Abschirmdienst (MAD)

Sehr geehrte Damen und Herren der Redaktion!

In Ihrer Ausgabe vom 20.Februar 1974 beschäftigen Sie sich mit dem Militärischen Abschirmdienst (MAD). Der Artikel war überschrieben: "Der MAD – eine politische Geheimpolizei" mit dem Untertitel: "Soldaten sollen zu Spitzeln erzogen werden".

Ich erlaube mir, Ihnen Informationen anzubieten, die den Vorzug haben, daß sie den Tatsachen entsprechen. Dabei hoffe ich, daß Sie diese Aufklärung Ihren Lesern nicht vorenthalten, da Sie wohl an der Glaubwürdigkeit Ihrer Zeitung interessiert sind.

Bereits die Überschrift Ihres Artikels beweist eine bedauerliche Unkenntnis über den Auftrag und die Aufgaben des MAD. Er besitzt, wie übrigens auch die anderen deutschen Nachrichtendienste, in unserem Staat keinerlei Polizeigewalt. Der MAD ist ausschließlich Ermittlungsbehörde, kann keine Festnahmen, Durchsuchungen, Beschlagnahmungen oder Vernehmungen durchführen. Diese exekutiven Aufgaben fallen allein in den Zuständigkeitsbereich der Kriminalpolizeien des Bundes und der Länder.

Sie dürfen nicht die Bundesrepublik Deutschland mit Ländern verwechseln, wie z. B. der Sowjetunion und der DDR und die hiesigen Nachrichtendienste nicht mit deren Diensten. Tatsächlich haben die Dienste der Sowjetunion und der DDR auch polizeiliche Befugnisse; in der DDR verfügt der Nachrichtendienst sogar über eigene Haftanstalten.

Der MAD ist zwar ein geheimer Nachrichtendienst, aber niemals eine Geheimpolizei.

Sie erklären obendrein, daß der MAD "im größten Ausmaß die geheimpolizeiliche Überwachung übernommen" habe und verweisen auf mehr als drei Millionen überprüfte Bundesbürger. Schließlich erwähnen Sie 66 159 Personen, die als Sicherheitsrisiko in "Schwarzen Listen" für den "Tag X" gespeichert seien.

Richtig ist, daß der MAD im Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung gemäß den Sicherheitsrichtlinien des Bundes – Beschluß der Bundesregierung vom 15.2.1971 – die Sicherheitsüberprüfung durchführt. Als vorbeugende, zwischen den NATO-Mitgliedstaaten vertraglich vereinbarte Abschirmmaßnahme soll die Sicherheitsüberprüfung ausschließlich Personen mit Sicherheitsrisiken von der Bundeswehr fernhalten bzw. ihnen die Ausübung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit verwehren, also z. B. der Dienst in bestimmten Einheiten oder den Zugang zu Verschlußsachen mit Geheimhaltungsgraden.

Unter Sicherheitsrisiken sind Umstände zu verstehen, die es aus Gründen der staatlichen Sicherheit verbieten, Personen mit sicherheitsempfindlichen Tätigkeiten zu betrauen. Dazu gehören Verbindungen zu gegnerischen Nachrichtendiensten, die Mitgliedschaft oder Betätigung in Organisationen, die für verfassungswidrig erklärt oder verboten sind, und Personen, die u. a. zur Trunksucht neigen, rauschgiftsüchtig sind oder Straftaten begangen haben.

In Einzelfällen können leider Bundeswehrangehörige auch unverschuldet zu Sicherheitsrisiken werden, wenn sie sich z. B. längere Zeit im kommunistischen Machtbereich aufgehalten haben. Die Erfahrungen haben nämlich gezeigt, daß diese Personen oder ihre Angehörigen oft unter starken Druck gesetzt wurden, um eine nachrichtendienstliche Mitarbeit zu erreichen. Sie vor solchen Gefahren zu schützen, ist eine im Interesse dieser Personen liegende Fürsorgemaßnahme.

Die Sicherheitsüberprüfung erstreckt sich ausschließlich auf Angehörige der Bundeswehr oder Bewerber für den Dienst in den Streitkräften. Von einer Überprüfung der Bevölkerung kann keine Rede sein. Wenn Sie sodann andere Zeitungen zitieren, sollten Sie es vollständig und eindeutig tun. Die von Ihnen angeführten 12 000 Infrastrukturobjekte, die der Abschirmung durch den MAD unterliegen, sind ausnahmslos Objekte im Bereich des Bundesministers der Verteidigung, also militärische Anlagen, Forschungs- und Erprobungsstellen usw. Der Schutz des zivilen Bereichs gehörte zu keiner Zeit zu den Aufgaben des MAD, auch nicht rüstungswichtige Betriebe. Das gleiche gilt für Hafenanlagen, Raffinerien, Bahnhöfe. Ebenso ausgeschlossen sind Belegschaften von Betrieben; sie wurden und werden niemals vom MAD überwacht.

Völlig unsinnig ist Ihre Behauptung, daß der MAD einen "Apparat von 25 000 Spitzeln in der Rüstungsindustrie und in der Truppe aufgebaut" habe. Im Gegenteil, der MAD ist stolz darauf, daß er auf diese Methode totalitärer Staaten stets verzichten konnte. Die Truppe weiß dieses besser, als es Ihnen offenbar gefällt.

In unserer freiheitlichen Demokratie ist die Freiheit der Meinungsäußerung garantiert. Darum bedürfen wir nicht eines Spitzelsystems und der Vorbereitung zur "Unterdrückung der Bevölkerung".

Aus diesem Grunde bleibt es beispielsweise auch Ihnen unbenommen, über den MAD aus Ihrer Sicht politisch zu urteilen und seine Tätigkeit zu werten, unter einer durch das Presserecht klar definierten Bedingung: Sie müssen sich korrekt an die Tatsachen halten.

Natürlich wird der MAD auch weiterhin alle radikalen und extremistischen Vorgänge und Bestrebungen aufmerksam verfolgen, soweit sie eine Bedrohung für die Bundeswehr sein könnten. Der legale Auftrag des MAD, die Bundeswehr gegen Spionage, Sabotage und Zersetzung abzuschirmen, bedeutet, die Schlagkraft und den Abschreckungswert der Bundeswehr zur Sicherung des Friedens zu erhalten.

Wer auf dem Boden der verfassungsmäßigen Ordnung unseres Staates steht, braucht den MAD nicht zu fürchten und auch nicht einen "Tag X".

(Wilke)

Unsere Antwort an den MAD

Sehr geehrter Herr Wilke,
selbstverständlich nehmen wir die Gelegenheit wahr, Ihre Meinungen unseren Lesern zur Kenntnis zu bringen. Bisher hatten wir zwar schon mehrmals Gelegenheit, über die Taten der Organisation zu berichten, in deren Dienst Sie stehen; die Gelegenheit, jemand zu Wort kommen zu lassen, der diese Taten wortreich deckt und verteidigt, hatten wir jedoch noch nicht. Das Gute an Ihrem Brief ist, daß wir nun jemand haben, an den wir uns halten können und dem gegenüber wir einige Tatsachen aussprechen können, die zweifellos eine gerichtliche Nachprüfung verdienen. Eine gerichtliche Nachprüfung halten wir nicht deshalb für sinnvoll, weil wir Vertrauen in bürgerliche Gerichte hätten, sondern weil es gut ist, bestimmte Tatsachen gerichtsnotorisch zu machen, damit sie im Rahmen eines gerichtlichen Verfahrens einer breiteren Öffentlichkeit bekannt werden. Um ein solches Verfahren zu ermöglichen, bringen wir folgende an Ihre persönliche Adresse gerichteten Tatsachenbehauptungen zu Papier, in der Hoffnung, daß Sie den im Sinne des Presserechts für die KVZ verantwortlichen Redakteur für diese Tatsachenbehauptungen gerichtlich belangen. Wir stellen also fest, daß Sie gewerbsmäßig für eine Organisation arbeiten,

- deren Zweck es ist, Menschen zu Spitzeldiensten anzuwerben und auszunutzen mit Methoden, die landläufig als Erpressung bezeichnet werden;
- deren Zweck es ist, Menschen zum Verrat und zum Betrug an ihren politischen Freunden zu bringen mit Methoden, die landläufig als Bestechung bezeichnet werden;
- deren Zweck es ist, Menschen, die Ihrem Druck und Ihren Lockungen nicht nachgeben, mit allen möglichen Machenschaften zu verfolgen, um ihre Standhaftigkeit zu brechen;
- die zu diesen Zwecken mit anderen, vergleichbaren Organisationen, wie dem Bundesnachrichtendienst und dem Verfassungsschutz, zusammenarbeitet;
- die trotz dieser Zwecke und der Mittel, mit denen sie diese Zwecke zu erreichen versucht, die Polizei von vornherein auf ihrer Seite hat und diese sogar für ihre Zwecke tätig werden lassen kann
- die es auf Grund all der genannten Tatsachen nötig hat, und auf Grund ihrer reichlich vorhandenen Geldmittel es sich auch ohne weiteres leisten kann, Leute wie Sie einzustellen, die keine andere Aufgabe haben, als die Spuren ihrer Taten vor der Öffentlichkeit zu verwischen.

Erpressung und Bestechung gelten normalerweise als ziemlich schwerwiegende Verbrechen und Leute, die sich diesen Tätigkeiten hingeben, sind dem Volk zurecht besonders verhasst. In Bezug auf den MAD kann man zwar sagen, daß er beim Volk verhasst ist und erst recht bei all denen, die schon mit ihm zu tun hatten, daß aber der bürgerliche Staat seine Tätigkeit nicht nur nicht verfolgt, sondern finanziert und fördert. Das gibt Leuten wie Ihnen den Mut, in aller Öffentlichkeit hervorzutreten und die Tätigkeit des MAD und ähnlicher Organisationen ausdrücklich zu rechtfertigen. Sie tun so, als könne dieser MAD kein Wässerchen trüben. Wie es in Wirklichkeit um diesen MAD steht, geht freilich sogar aus Ihrem Brief hervor, wenn Sie sich an dessen Ende in dunklen Drohungen ergehen und schreiben: *"Wer auf dem Boden der verfassungsmäßigen Ordnung unseres Staates steht, braucht den MAD nicht zu fürchten und auch nicht einen 'Tag X'"*.

Damit sagen Sie zweierlei: erstens daß diese Verfassung ausgerechnet eine Organisation wie den MAD zu ihrem Schutz braucht, und zweitens, daß der MAD sehr wohl einen "Tag X" gegen die sogenannten Verfassungsfeinde vorbereitet. Das eben hat die KVZ enthüllt.

Wenn Sie im übrigen einen Vergleich mit den Nachrichtendiensten in den früher sozialistischen, heute aber kapitalistisch entarteten Ländern ziehen, dann meinen wir, daß diese Nachrichtendienste sicherlich kein Härchen besser sind als die hiesigen. Das aber wird den MAD wie alle Spitzelorganisationen in Westdeutschland nicht vor der Verachtung und dem Haß des westdeutschen Volkes schützen. Es ist Sache der sowjetischen Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion mit den dortigen Spitzel- und Unterdrückerorganisationen aufzuräumen. Entsprechendes gilt auch für die DDR. Wir hier haben die Aufgabe, uns gegen die hiesigen Spitzelorganisationen und Unterdrückerapparate zu wehren.

– Die Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung –

GEGEN ZERSETZUNG

z.B. - Diffamierung
- Halbwahrheiten

FLUGBLÄTTER mit zersetzendem Inhalt

- Verhetzung
- Aufruf zu gesetzwidrigem Handeln

GEGEN BUNDESWEHR

Meldung aller verdächtigen Wahrnehmungen
und
Abgabe von Zersetzungsmaterial
an den
Sicherheitsbeauftragten !

Dieses Plakat ist ein Machwerk des MAD. Es enthält ein Bild mit einer gestellten Demonstration gegen "Bundeswehr und Verteidigungsbereitschaft".

MAD verhört KVZ-Verkäufer

DER MAD ARBEITET MIT DEM ÖRTLICHEN NACHRICHTENDIENST ZUSAMMEN

Der Kapitalistenstaat versucht mit allen Mitteln jede fortschrittliche Regung einzuschüchtern. Am 4.4. wurde einer der KVZ-Verkäufer in Hann. Münden, der zur Zeit bei der Bundeswehr ist, vom militärischen Abschirmdienst (MAD) verhört. Es wurden aber keine Fragen zur Bundeswehr gestellt, sondern dieses "Gespräch" drehte sich nur um die kommunistische Bewegung in Münden.

Man fragte nach dem Umfang und der Stärke der Kommunisten in Münden und Göttingen, nach Namen und Treffpunkten und zu allerletzt bekam der Verkäufer noch ein Foto auf den Tisch geknallt, auf dem er gerade beim KVZ-Verkauf zu sehen ist. Der größte Witz an der Sache war, daß die MAD-Spitzel fragten, ob man ihnen nicht Informationen geben wolle und für die örtlichen Spitzel arbeiten wolle.

Mit diesem Verhör ist eine enge Verknüpfung zwischen der örtlichen Nachrichtenpolizei und dem MAD bewiesen. Diesem Verhör lag keine strafbare Handlung gegen die Bundeswehr zu Grunde und war ein reines Gesinnungsverhör. Das Verhörtheater ist im Zusammenhang mit den Aktionen der Polizei gegen die KVZ-Verkäufer in verschiedenen anderen Städten zu sehen. Wenn eine fortschrittliche Bewegung an Umfang gewinnt und auch Erfolge bei der Bevölkerung hat, ist es aus mit unseren sogenannten "Grundgesetzen", wie Presse- und Meinungsfreiheit. Dann werden Streiks illegalisiert, Jugendzentren leergeprügelt und abgerissen und die Menschen mit Gesinnungsverhören eingeschüchtert.

Wir als Kommunisten dürfen gar nicht daran denken, uns einschüchtern zu lassen.Im Gegenteil: Wir müssen umso entschlossener und intensiver den Verkauf der KVZ vorantreiben und den Kampf gegen die Entrechtung des Volkes durch die Kapitalistenklasse, für eine umfassende proletarische Demokratie, fortsetzen. Wir müssen auch weiterhin alle Verhöre der Kapitalistenspitzel veröffentlichen.

Den lieben Herren Spitzelpolizisten und ihren Helfershelfern sei gesagt: Wir lassen uns nicht einschüchtern. Sagt euren Hintermännern auf Minister-und Direktorensesseln, auf ihren dicken Jachten, sagt es auch ihrer Offiziersbrut: sie haben nichts anderes zu fürchten als die Macht des Volkes, das eines Tages seine Ketten durchbrechen wird.

Ein Tip für KVZ-Verkäufer: Nehmt beim Verkauf immer einen Fotoapparat mit. Fotografiert diejenigen Leute, die euch in irgendeiner Form bespitzeln und veröffentlicht die Fotos. Wenn die Spitzel erst einmal überall bekannt sind, wird es schon schwieriger, sich einzuschleichen.

– E.E., KG Münden –

POLITISCHE ENTLASSUNG IM MARINEARSENAL

Wilhelmshaven. Zum 31. 3. wurde der Kollege P. Niggemann vom Marinearsenal, daß zur Bundeswehr gehört, entlassen. N. hatte dort seine Lehre als Feinmechaniker am 8. 3. erfolgreich abgeschlossen und befand sich seitdem in der Probezeit.

N. war ein aktiver Gewerkschafter, der in der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe der ÖTV am Marinearsenal mitgearbeitet hat, und im Kreisjugendausschuß ist. Die gewerkschaftliche Betriebsgruppe ist der Bundeswehr ein Dorn im Auge. So wurden bereits verschiedene Mitglieder der Gruppe vom Militärischen Abschirmdienst (MAD), der Spitzelorganisation der Bundeswehr, verhört über Flugblätter und Diskussionen der Betriebsgruppe. Der MAD verhörte auch N. 1 Woche vor der Entlassung. Er wurde über seine Einstellung zum Staat, zur Ausbildung im Arsenal und über sein Verhalten am 1. Mai 1973 ausgefragt. Damals hatte er Flugblätter des Maikomitees verteilt und während der Demonstration in einer Rede über die Verhältnisse im Marinearsenal gesprochen.

So wie mit N. hat die Bundeswehrverwaltung es mit allen aktiven Jugendvertretern der letzten Jahre und anderen fortschrittlichen Kollegen gemacht. Die Bundeswehrführung will durch ihr Vorgehen jede aktive Gewerkschaftsarbeit im Keim ersticken. Dabei gehen Bundeswehrführung und MAD so vor, daß die Kollegen, die entlassen wurden, im näheren Raum keinen Arbeitsplatz mehr bekommen, die Geschäftsleitungen anderer Firmen werden entsprechend informiert.

Bei Beschwerden zweierlei Maß

Munster/Lüneburger Heide. Vor kurzer Zeit wurde ein Soldat unserer Kompanie beim Antreten von einem Hauptfeldwebel angeschnauzt: "Sie sind kein Mensch mehr, sondern ein Scheusal und am liebsten würde ich Ihnen alle Zähne einschlagen!" Über diese Äußerungen, die fast die ganze Kompanie gehört hatte, schrieb der Soldat eine Beschwerde an den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages.

Der Wehrbeauftragte ist ein Abgeordneter des Deutschen Bundestages, der vom Parlament als Beauftragter für Wehrfragen eingesetzt wird. Man hätte nun erwarten können, der Wehrbeauftragte würde für die Zurechtweisung des Hauptfeldwebels sorgen. Zunächst sah das auch so aus, denn der gesamte Zug des Soldaten mußte beim Kompaniechef über den Vorfall aussagen. Aber in dem Beschwerdebescheid, den der Soldat vom Wehrbeauftragten bekommen hat, steht lediglich, der Hauptfeldwebel sei verwarnt worden. Das Verhalten des Hauptfeldwebels wird in dem Beschwerdebescheid noch ausführlich entschuldigt. Der Wehrbeauftragte schreibt, der Hauptfeldwebel hätte erklärt, er sei sehr erregt gewesen, weil der Soldat, wie er meinte, auf den Boden gespuckt hätte. Und die Äußerungen seien deshalb verständlich. Der Hauptfeldwebel brauchte sich nicht einmal bei dem Soldaten zu entschuldigen.

Mannschaften dagegen, die ihrer Unlust über den täglichen Dienst Ausdruck verleihen, die es satt haben, sich alle "Erziehungsmethoden" ihrer Vorgesetzten gefallen zu lassen, können mit verschärftem Druck rechnen. In unserer Kompanie konnten wir z. B. schon mehrmals am schwarzen Brett "Zusatzdienstpläne" für das Wochenende hängen sehen, wo Soldaten z. B. Aufsätze über Befehl und Gehorsam schreiben mußten.

Unsere sogenannten Volksvertreter, wie der Wehrbeauftragte, messen mit zweierlei Maß, wenn es um die "Erziehung" der Soldaten zu blindem Gehorsam gegenüber den Zielen der Bourgeoisie geht, und das fängt eben an im täglichen Dienst, wo die Soldaten der Willkür ihrer Vorgesetzten ausgesetzt sind. Deshalb werden die Vorgesetzten in den kleinen, täglichen Reibereien mit den Mannschaften durch Gesetze und Befehle geschützt und deshalb versucht auch ein "Volksvertreter" wie der Wehrbeauftragte Konflikte zu vertuschen und zugunsten der Vorgesetzten zu klären.

Soldaten der Panzerjägerkompanie 90, Munster

1. ordentliche Delegiertenkonferenz des KBW

Zehn Monate nach der Gründung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland im Juni 1973 fand zwischen dem 12. und dem 14. April 1974 in Mannheim die 1. ordentliche Delegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschland statt. Die Delegiertenkonferenz ist die höchste Entscheidungsebene der Organisation. Entsprechend einem Delegiertenschlüssel (auf 10 Mitglieder 1 Delegierter, dann für je angefangene 20 ein weiterer Delegierter) entsandten die Ortsgruppen und Ortsaufbaugruppen ihre Delegierte auf die zentrale Delegiertenkonferenz. Die Delegierten der Ortsgruppen und Ortsaufbaugruppen wurden auf örtlichen Delegiertenkonferenzen gewählt.

Auf der 1. ordentlichen Delegiertenkonferenz waren 96 Delegierte aus Ortsgruppen und Ortsaufbaugruppen anwesend, außerdem je 1 Gastdelegierter von sympathisierenden Gruppen. Es wurden vor allem folgende Themen und Fragen behandelt: Rechenschaftsbericht des Zentralen Komitees, Bericht über den Stand der Organisation, einige Änderungsanträge zum Programm des KBW, eine Resolution zur Arbeit in den Gewerkschaften, Resolutionen zur Militärfrage, zur Beteiligung an Wahlen zum bürgerlichen Parlament, zur Öffentlichkeit der Delegiertenkonferenzen und eine Resolution zum Kampf gegen den § 218. In drei Tagen behandelte die Delegiertenkonferenz diese Fragen und traf ihre Entscheidungen. Am vierten Tag fand eine ausführliche Personaldebatte statt, bevor die Delegiertenkonferenz das neue 13-köpfige Zentrale Komitee wählte.

Während es auf der Gründungskonferenz des KBW im letzten Jahr darum ging, die Grundlagen der Organisation festzulegen, ging es auf dieser 1. ordentlichen Delegiertenkonferenz vor allem darum, die Arbeit auf diesen Grundlagen zu überprüfen und sie noch besser auf der durch die Gründungskonferenz festgelegten Linie auszurichten. Obwohl es zu verschiedenen Punkten auf der Konferenz lebhafte Debatten gab, konnten alle Entscheidungen der Konferenz in großer Einmütigkeit gefaßt werden. Die Beschlüsse der Konferenz werden veröffentlicht. Außerdem soll das Protokoll der Konferenz veröffentlicht werden. Das neue Zentrale Komitee besteht aus 7 Arbeitern und 6 Angehörigen der werktätigen Intelligenz. Auf seiner ersten Sitzung wählte das Zentrale Komitee seinen Ständigen Ausschuß. Diesem gehören an die Genossen Dieter Bock, Martin Fochler, Hans-Jörg Hager, Willfried Maier und Joscha Schmierer. Als seinen Sekretär wählte das ZK den Genossen Schmierer.

Ständiger Ausschuß des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

Niemals dem Volk verantwortlich?

EINSTELLUNG DES LEHRERS HURRLE GEFORDERT

Freiburg. Auf einer Kundgebung am 26. April forderten 150 Menschen die sofortige Einstellung des Lehrers Hurrle, dem das Oberschulamt bisher die Einstellung verweigert, weil er öffentlich über die Erziehung im sozialistischen China berichtet hatte und ein politisches Verhör durch das Oberschulamt abgelehnt hat.

Der größere Teil der auf der Kundgebung versammelten Personen zog anschließend zum Oberschulamt, um von den Verantwortlichen Rechenschaft zu fordern. Im Oberschulamt trat ihnen ein Beamter entgegen, der immer wieder nur "Hausfriedensbruch" schrie. Schließlich erklärte er, daß er für den Fall Hurrle verantwortlich sei, woraus zu schließen ist, daß es sich um Regierungsdirektor Späth handelte. Die Anwesenden ließen sich aber weder durch die Hausfriedensbruch-Schreie noch durch diese Auskunft davon abhalten, über die Schikanen und Gesinnungsmaßnahmen des Oberschulamts Anklage zu erheben und Rechenschaft zu fordern. Immer wieder forderten sie die sofortige Einstellung des Lehrers Hurrle. Der Beamte vom Oberschulamt erklärte schließlich, daß er niemals dem Volk verantwortlich sei, sondern Regierung und Landtag. Deutlicher kann man die bestehenden politischen Verhältnisse kaum zeichnen: Nicht dem Volk verantwortlich sind diejenigen, die über die Interessen des Volkes walten und schalten, sondern gegenüber der Regierung und dem Parlament, womit zugleich gesagt ist, daß diese nicht dem Volk gehörig, sondern dem Volk entgegenstehen. Nur in einem täuscht sich dieser Herr: Er sagte "niemals". Aber schon jetzt fordern immer mehr Menschen Rechenschaft, und das Volk wird sich das Recht erkämpfen, die Volksvertreter zur Verantwortung zu ziehen.

Beim Kauf der KVZ — Rausschmiß aus dem öffentlichen Dienst

Beim Verkauf der letzten KVZ in der Rheydter Innenstadt erzählte mir ein Angestellter der Stadtverwaltung, daß es für ihn unmöglich sei, eine KVZ zu kaufen. Noch in der letzten Woche sei es auf seiner Dienststelle den Angestellten verboten worden, kommunistische Zeitungen zu kaufen und zu lesen. Falls das Verbot durchbrochen werde, würde den Angestellten der Stadtverwaltung mit Rausschmiß gedroht.

DKP-Politik mit Schlägermethoden

Kaiserslautern. Am 26.4.1974 verteilten Sympathisanten des KBW vor den Pfaff-Werken Flugblätter zum 1. Mai. Gegen 6 Uhr verhinderten Mitglieder der DKP mit Gewalt das weitere Verteilen. Der Kreisvorsitzende der DKP fuhr am Nebentor vor und entriß den dort verteilenden zwei Mädchen etwa 1 000 Flugblätter. Anschließend fuhr er zum Haupttor und griff dort ebenfalls die Verteiler an. Die Proteste eines Genossen beantwortete er mit einem Faustschlag ins Gesicht und entriß ihm ebenfalls die Flugblätter.

Da sich der ganze Vorfall blitzschnell abgespielt hatte, konnten die umstehenden Arbeiter nicht sofort reagieren. Das Vorgehen des DKP-Funktio-

ist, zeigen ähnliche Aktionen beim Streik der Bremer Vulkanarbeiter (siehe KVZ Nr. 7/74).

Einmal mehr wird hiermit klar, daß die DKP keine Arbeiterpartei, sondern eine bürgerliche revisionistische Partei ist. Wenn es der bürgerliche Staat hier in Kaiserslautern bisher noch nicht geschafft hat, die kommunistische Presse zu unterdrücken – die DKP springt ihm jetzt hilfreich zur Seite. Klar wird der bürgerliche Charakter der DKP auch aus anderen Bemerkungen Kaiserslauterer Funktionäre. "Der KBW hat vor den Betrieben nichts zu suchen, falls ihr euch dort noch mal mit Flugblättern sehen laßt, wird euch dasselbe passieren." Mit anderen Worten

Kaiserslautern. Am 26.4.1974 verteilten Sympathisanten des KBW vor den Pfaff-Werken Flugblätter zum 1. Mai. Gegen 6 Uhr verhinderten Mitglieder der DKP mit Gewalt das weitere Verteilen. Der Kreisvorsitzende der DKP fuhr am Nebentor vor und entriß den dort verteilenden zwei Mädchen etwa 1 000 Flugblätter. Anschließend fuhr er zum Haupttor und griff dort ebenfalls die Verteiler an. Die Proteste eines Genossen beantwortete er mit einem Faustschlag ins Gesicht und entriß ihm ebenfalls die Flugblätter.
Da sich der ganze Vorfall blitzschnell abgespielt hatte, konnten die umstehenden Arbeiter nicht sofort reagieren. Das Vorgehen des DKP-Funktio-
närs stieß jedoch auf große Empörung und eindeutige Ablehnung. Einige Arbeiter meinten, das sind doch faschistische Methoden oder: "Die SA hat es damals ganz genauso gemacht".

Das Benehmen des DKP-Funktionärs ist keineswegs das eines "affektgeladenen Einzelgängers". Eine DKP-Stadtratskandidatin, die von einem Kollegen auf den Vorfall angesprochen wurde, meinte: "Mit Chaoten kann man doch nicht anders diskutieren. Die muß man hart anfassen." Ein anderer DKP-Stadtratskandidat sagte zu Mitgliedern der Kommunistischen Gruppe Kaiserslautern (Sympathisanten des KBW): "Das war erst der Anfang".

Daß dieses Vorgehen keine lokale Besonderheit der Kaiserslauterer DKP

ist, zeigen ähnliche Aktionen beim Streik der Bremer Vulkanarbeiter (siehe KVZ Nr. 7/74).
Einmal mehr wird hiermit klar, daß die DKP keine Arbeiterpartei, sondern eine bürgerliche revisionistische Partei ist. Wenn es der bürgerliche Staat hier in Kaiserslautern bisher noch nicht geschafft hat, die kommunistische Presse zu unterdrücken – die DKP springt ihm jetzt hilfreich zur Seite. Klar wird der bürgerliche Charakter der DKP auch aus anderen Bemerkungen Kaiserslauterer Funktionäre. "Der KBW hat vor den Betrieben nichts zu suchen, falls ihr euch dort noch mal mit Flugblättern sehen laßt, wird euch dasselbe passieren." Mit anderen Worten,
die DKP will zensieren, was die Arbeiter lesen dürfen und was nicht.

Die KG Kaiserslautern (Sympathisanten des KBW) wird sich jedoch nicht durch die Schlägermethoden und den Meinungsterror der DKP einschüchtern lassen. Wir werden auch weiterhin die kommunistische Presse in der Kaiserslauterer Arbeiterschaft verbreiten.

Die Arbeiterklasse wird nur dann die politische Macht erobern und den Sozialismus aufbauen können, wenn sie diesen bürgerlichen Briganten vom Schlage der DKP eine klare Abfuhr erteilt und sich ihre eigene – und nicht nur dem Namen nach kommunistische – Partei aufbaut.

–G.D., Kommunistische Gruppe Kaiserslautern (Symp. des KBW)–

Polizei verrechnete sich

150 MENSCHEN EMPÖRTEN SICH GEGEN DIE POLIZEI

Am Montag, dem 22.4., konnte man in der Friedrichshafener Ausgabe des "Südkurier" unter der Überschrift "Anzeige gegen Aktionsleiter" folgendes lesen:

"In Diskussionen mit Passanten versuchte am Samstagvormittag eine kleinere Gruppe der sogenannten 'Sympathisantengruppe des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)' in der Friedrichshafener Fußgängerzone zu kommen. Da die Gruppe auch einen Stand errichtet hatte, der vom Amt für öffentliche Ordnung nicht genehmigt worden war, erstattete die Polizei gegen den Leiter der Aktion Anzeige."

Dies ist mal wieder ein Musterstück bürgerlicher "Berichterstattung". Denn was war wirklich vorgefallen?

Polizei verrechnete sich
150 MENSCHEN EMPÖRTEN SICH GEGEN DIE POLIZEI
Am Montag, dem 22.4., konnte man in der Friedrichshafener Ausgabe des "Südkurier" unter der Überschrift "Anzeige gegen Aktionsleiter" folgendes lesen:
"In Diskussionen mit Passanten versuchte am Samstagvormittag eine kleinere Gruppe der sogenannten 'Sympathisantengruppe des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)' in der Friedrichshafener Fußgängerzone zu kommen. Da die Gruppe auch einen Stand errichtet hatte, der vom Amt für öffentliche Ordnung nicht genehmigt worden war, erstattete die Polizei gegen den Leiter der Aktion Anzeige."
Dies ist mal wieder ein Musterstück bürgerlicher "Berichterstattung". Denn was war wirklich vorgefallen?

Schon während der Woche waren Genossen auf dem Ordnungsamt gewesen, um einen Informationsstand zum § 218 anzumelden. Der Herr Ordnungshüter geruhte nicht einmal, die Anmeldung zur Kenntnis zu nehmen! Allerdings verplapperte er sich in seiner Geschwätzigkeit auch noch: Der Bürgermeister Moser habe Informationsstände in der Fußgängerzone generell verboten, weil sich da neuerdings eine **bestimmte** Gruppe breitmache, die man aber aus der Fußgängerzone fernhalten müsse.

Aber wo kämen wir denn hin, wenn wir unser Recht auf freie Meinungsäußerung von der Laune des Bürgermeisters und den Sperenzchen des Ordnungshüters abhängig machen würden?

Wir stellten also am Samstagvormittag unseren Informationsstand gegen den § 218 trotzdem auf, verteilten Flugblätter mit einer Einladung zu einer Versammlung und verkauften die KVZ Nr. 8. Viele Passanten zeigten reges Interesse; wir konnten viele Gespräche führen und viele Leute fanden unsere Haltung zu dem Volksunterdrückungsparagraphen 218 richtig.

Doch die Herren Ordnungshüter fanden es überhaupt nicht richtig, daß da eine breite und öffentliche Debatte über die Interessen des Volkes und die reaktionären Interessen der herrschenden Klasse geführt wurde. Denn nach einiger Zeit ließen sie ihre Polizei anrücken. Protzig fuhr diese per Auto in die Fußgängerzone ein, um genau vor unserer Stellwand zu parken.

Und dann lauter sehr "stichhaltige" Argumente: "Diese Demonstration muß aufgelöst werden"; "der Informationsstand muß weg, weil er nicht erlaubt ist"; "der Informationsstand stört die Passanten" usw.

Doch diese Herren hatten sich gewaltig verrechnet! Denn im Nu hatten sich ca. 150 Menschen versammelt, die fast ausnahmslos über das Auftreten der Polizei empört waren. Den Polizisten wurde klargemacht, daß sie möglichst schnell mit ihrem Auto hier abziehen sollten, denn wenn hier etwas störe, dann dies. Spontan wurde eine Abstimmung durchgeführt, wer sich durch den Informationsstand gestört fühle: Niemand der Anwesenden fühlte sich gestört.

Obwohl inzwischen Verstärkung angerückt war, wurden die Polizisten, die anfangs zum Teil übermäßig forsch aufgetreten waren, zunehmend unsicherer. Schließlich zogen sie ab, mit der Bemerkung, der Chef werde das weitere Vorgehen entscheiden.

Der Polizeichef kam dann höchstpersönlich, um die Lage zu besichtigen. Sicherheitshalber kam er in Zivil. Aber das nützte ihm wenig, denn seine Argumente waren genauso "stichhaltig" wie die seiner Kollegen vorher, was zur Folge hatte, daß er sich sehr rasch die Empörung der Umstehenden zuzog. Schließlich tat er das für seine Situation einzig Richtige: Er verflüchtigte sich ebenfalls.



Beim KVZ-Verkauf - hier in Krefeld - werden wichtige Diskussionen geführt.

Die entschlossene demokratische Haltung der ca. 150 Leute war entscheidend dafür, daß unser Informationsstand wie geplant bis 12 Uhr 30 stehenbleiben konnte. Vielfach haben diese Menschen zum ersten Mal selber miterlebt, wie in unserem Staat das Recht der freien Meinungsäußerung mit Füßen getreten wird, sobald es nicht die Meinung der herrschenden Klasse ist, die da "frei" geäußert wird. Das wirkliche Recht auf freie Meinungsäußerung müssen wir uns erkämpfen, indem wir es uns nehmen.

–R.K., Friedrichshafen–

Politische Schikanen

POLIZEI VERFOLGT KOLLEGEN: WEGEN FLUGBLATTVERTEILEN VERHAFTET / AUS BETRIEB ENTLASSEN

Frankfurt. Es fing damit an, daß ich am 1.3.1974 mitten auf der Straße von der Polizei verhaftet wurde, weil ich ein Flugblatt verteilte, das zu einer verbotenen Demonstration gegen Magistrat und Landesregierung aufrief. Kurz danach hat sich ein etwa 24–29jähriger Mann bei meinem Hauswirt nach meinen Verhältnissen erkundigt, was ich denn so in meiner Freizeit machen würde, ob ich die Miete immer pünktlich bezahle, ob ich ein Auto hätte, wo ich denn arbeite und ob ich irgendwo Schulden hätte usw. Kurz danach erkundigte sich derselbe Mann in den Geschäften, in denen ich immer einkaufe, nach mir. Persönlich habe ich diesen "Herren" leider nie zu Gesicht bekommen. Zur selben Zeit hatte ich gerade in einem Frankfurter Großbetrieb neu angefangen zu arbeiten. Ich hatte in diesem Betrieb sechs Wochen Probezeit zu überstehen. Nach fünf Wochen kündigte man mir, ohne Angaben von irgendwelchen Gründen. Daraufhin versuchte ich herauszubekommen, warum man mir gekündigt hatte, was mir der Meister und der Betriebsleiter verweigerten. Nun setzte ich mich mit dem Vertrauensmann der Gewerkschaft in Verbindung, worauf dieser mir zwei Stunden später erklärte, wegen unzureichender Qualifikation hätte man mir gekündigt. Zwei Tage später sagte mir mein Hauswirt, es hätte ein Herr bei ihm angerufen und ihm erzählt, ich hätte keine Arbeit und könne nun die Miete nicht bezahlen und ich hätte obendrein noch Schulden.

Am anderen Tag, als ich auf Arbeitssuche war und abends nach Hause kam, merkte ich, daß irgendjemand meine Sachen durchsucht hatte. Als ich daraufhin meinen Hauswirt zur Rede stellte, stritt er alles ab, in meinem Zimmer sei niemand gewesen. Zwei Tage später kündigte mir mein Hauswirt mit der Begründung, er wolle die Wohnung seiner Tochter ausbauen. Kürzlich habe ich nun eine Annonce in der Zeitung gesehen, daß er das Zimmer wieder vermietet.

Nun machte ich mich auf Arbeitssuche. Telefonisch sagte man mir, sie wären froh, wenn sie Leute bekommen würden, stellte ich mich jedoch persönlich vor und legte meine Papiere vor, so wurde ich immer einen Moment allein gelassen und danach kamen sie wieder und sagten mir, die Stelle sei schon besetzt. So ist es mir bisher in allen größeren Firmen Frankfurts gegangen. Nun muß ich mir also wieder eine Stelle auf dem Bau suchen, obwohl ich eigentlich dort nicht mehr arbeiten wollte aus gesundheitlichen Gründen. Eins möchte ich dazu noch schreiben, man mag mir noch soviel Schwierigkeiten bereiten, ich lasse mich nicht kleinkriegen.

–J.M., Frankfurt–

100 000 DM Kaution

FÜR MAI-VERANSTALTUNG

Für eine Veranstaltung zum 1. Mai in der Stadthalle sollten wir 100 000 Mark Kaution hinterlegen. Das sagte man uns, bevor nachgesehen war, ob der Raum überhaupt frei war. Er war aber nicht frei: Der Popvogel Dieter Thomas Heck tritt auf. "Er braucht natürlich keine Kaution zu zahlen – das ist doch was ganz anderes!", sagte man uns.

–R.C., Braunschweig–

9 000 MARK FÜR ANBRINGEN VON MAIPLAKATEN!

Braunschweig:

Anfang April wollte ich 304 Stellschilder für Plakate zum 1. Mai beim Tiefbauamt anmelden.

"Das kostet zwischen 3 und 5 Mark pro Schild – also insgesamt 1 200 Mark", sagte mir ein Herr Philipp. Ich: "Das bezahle ich natürlich nicht." Daraufhin wollte man die Schilder überhaupt nicht genehmigen. Später meinte dieser feine Herr: "Wir haben uns versehen: Die Schilder kosten 1 200 Mark täglich – für drei Wochen als 36 000 Mark. Wir sind aber großzügig und gewähren Ihnen eine Pauschale: 10 Mark pro Schild und Woche – macht 9 000 Mark."

Worum geht es diesen Herren? Um die Anwendung ihrer Gebührenordnung? Nein! Sonst würden sie gar keine Gebühren verlangen, was sie laut Gebührenordnung können, unter anderem wenn die Gebühren unzumutbar hoch sind. Die Stadt benutzt die Gebührenordnung zur politischen Behinderung. Sie will verhindern, daß möglichst viele Menschen den 1. Mai unter revolutionären Parolen begehen.

–R.C., Ortsgr. Braunschweig–

BERICHTIGUNG KVZ 8/74 S.16

Die Überschrift **"Polizist erschießt Jugendlichen"** ist falsch, denn wie in dem Artikel selber richtig dargestellt wird, lebt der Jugendliche noch. Er wurde angeschossen, allerdings so, daß der Jugendliche lebensgefährlich verletzt wurde. Die Kugel konnte bisher nicht aus dem Hinterkopf entfernt werden.

die Gebührenordnung zur politischen Behinderung. Sie will verhindern, daß möglichst viele Menschen den 1. Mai unter revolutionären Parolen begehen.
–R.C., Ortsgr. Braunschweig–
BERICHTIGUNG KVZ 8/74 S.16
Die Überschrift "Polizist erschießt Jugendlichen" ist falsch, denn wie in dem Artikel selber richtig dargestellt wird, lebt der Jugendliche noch. Er wurde angeschossen, allerdings so, daß der Jugendliche lebensgefährlich verletzt wurde. Die Kugel konnte bisher nicht aus dem Hinterkopf entfernt werden.

Spendet für den Befreiungskampf des Volks von Oman!
Konto Nr. 205 012 00, Heidelberger Volksbank

KENNWORT: DHOFAR

Die bisher auf dem Konto eingegangenen 4 100 DM wurden einem Vertreter der PFLOAG, der Volksbefreiungsfront für Oman und den arabischen Golf während einer Veranstaltung in Frankfurt am Donnerstag, 25. April, übergeben.

UNO-Energiedebatte: Die VR China und die Völker der Dritten Welt führen die Anklage

Auf Antrag des algerischen Staatspräsidenten Boumedienne in seiner Eigenschaft als geschäftsführender Präsident der 4. Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten wurde Mitte April eine außerordentliche Sitzung der UNO-Generalversammlung einberufen, um die Fragen der Rohstoffe und der Entwicklung zu untersuchen. Der Antrag des Präsidenten Boumediene war von über 100 Staaten der Dritten Welt unterstützt worden und gegen den Widerstand der imperialistischen Länder durchgesetzt worden. Es war das erste Mal in der 29-jährigen Geschichte der UNO, daß eine Sitzung ausdrücklich zu dem Zweck einberufen wurde, um zu untersuchen, wie man sich der imperialistischen Ausbeutung und Ausplünderung widersetzen kann und wie man die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen, die von den imperialistischen Ländern beherrscht werden, verändern kann. Schon die Einberufung der Sitzung war so ein weiteres Zeichen für die veränderten Kräfteverhältnisse in der Welt, für die wachsende Solidarität der Länder der Dritten Welt gegen den Imperialismus in jeder Gestalt und für das Erwachen und Erstarken der Länder der Dritten Welt. Die Sitzung selbst war bestimmt durch die Anklage der Staaten der Dritten Welt gegen Ausbeutung und Ausplünderung ihrer Länder und durch den Willen zur Einheit im Kampf für eine Besserung der Lage ihrer Länder.

In seiner Eröffnungsrede arbeitete Boumedienne die Ungerechtigkeit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Beziehungen heraus, die darin zum Ausdruck kommt, daß die entwickelten imperialistischen Länder und die großen Konzerne sowohl über die Preise für Industriewaren usw. als auch über die Preise der Rohstoffe bestimmen. Sie erhöhen ständig die Preise für Industriewaren, die die Länder der Dritten Welt dringend benötigen und versuchen, die Preise für Rohstoffe zu senken, auf deren Export die Länder der Dritten Welt angewiesen und von deren Erlös die Entwicklung ihrer Wirtschaft abhängt. Durch diese einseitige Ausrichtung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen auf die Interessen der imperialistischen Länder wird die Entwicklung der Länder der Dritten Welt schwer geschädigt und wird der Abstand zwischen ihrer Armut und dem Reichtum der imperialistischen Länder immer größer.

Angesichts dieser Situation ist es für die Länder der Dritten Welt von entscheidender Bedeutung, die Verfügung über ihre Rohstoffe in die eigene Hand zu bekommen, um ihr wirtschaftliches und politisches Gewicht zur Geltung zu bringen. Der erste Versuch in dieser Richtung ist die Verwendung des Erdöls als Waffe durch die erdölexportierenden Länder. Alle Länder der Dritten Welt sind durch diesen Versuch ermutigt worden und hoffen auf seinen vollen Erfolg. Ausgehend von diesem Beispiel schlug Boumedienne den Ländern der Dritten Welt folgende Strategie vor:

"Erstens: Übernahme der Verfügung über ihren nationalen Reichtum durch die Entwicklungsländer selbst. Das setzt die Nationalisierung der Rohstoffproduktion voraus und die Beherrschung der Hebel der Preisbildung.

Zweitens: Die Einleitung eines planmäßigen und in sich schlüssigen Entwicklungsprozesses, der vor allem die Ausnutzung der agrarwirtschaftlichen Möglichkeiten und eine tiefgreifende Industrialisierung umfaßt und sich stützt auf die Verarbeitung der natürlichen Reichtümer aus dem Bergbau und der Landwirtschaft im eigenen Land.

Drittens: Gestützt auf einen breiten Aufschwung der Solidarität unter den Völkern die Mobilisierung von Hilfe der internationalen Gemeinschaft, vor allem der finanziellen, technologischen kommerziellen Hilfe der reichen und entwickelten Länder für die Länder, deren Entwicklung erst noch vorwärtsgetrieben werden muß.

Viertens: Die Beseitigung oder zumindest die Erleichterung der Schuldenlast und die Abschwächung des Drucks, der gegenwärtig auf den Entwicklungsländern lastet und sehr oft dazu führt, daß die Mühen und Opfer dieser Länder für ihre Entwicklung sinnlos gemacht werden.

Fünftens: Die Ausarbeitung und Durchführung eines Sonderprogramms, um den Ländern eine besonders intensive Hilfe zu verschaffen, die durch die UNO als die ärmsten Länder anerkannt werden."

Diese fünf Punkte der von Boumedienne vorgeschlagenen Strategie laufen den Interessen der imperialistischen Länder schnurstraks entgegen, und die Durchführung dieser Strategie setzt die Anwendung revolutionärer Mittel und einen einheitlichen und geschlossenen Kampf der Völker der Dritten Welt voraus. Dementsprechend groß ist für die Völker der Dritten Welt das Beispiel der Volksrepublik China und der Volksrepublik Albanien, die durch den revolutionären Kampf gegen den Imperialismus und die Umwälzung der inneren Verhältnisse, damit begonnen haben, sozialistische Produktionsverhältnisse aufzubauen und damit die Grundlage für eine eigenständige und unabhängige Entwicklung zu schaffen. Die Völker der Dritten Welt erkennen die Bedeutung des Beispiels der beiden sozialistischen Volksrepubliken für ihren eigenen Weg immer besser und so konnten die Reden des chinesischen und albanischen Delegierten mit großer Aufmerksamkeit bei den Delegierten der Länder der Dritten Welt rechnen. Vor allem die Rede des Leiters der chinesischen Delegation, Teng Siao-ping, ging in umfassender Weise auf die gegenwärtige Weltlage ein und machte weitgehende Vorschläge zur Bildung einer gemeinsamen Kampffront der Völker der Dritten Welt gegen Imperialismus und Sozialimperialismus. Er sagte: *"Die gegenwärtige Weltlage erweist sich als sehr günstig für die Völker der Entwicklungsländer und für die Völker der Welt. Die alte Ordnung, die auf dem Kolonialismus, dem Imperialismus und dem Streben nach Weltherrschaft beruht, wird Tag für Tag mehr erschüttert und unterhöhlt. Die internationalen Beziehungen befinden sich in einer heftigen Umwandlung. Die ganze Welt erfährt große Umwälzungen, sie ist keineswegs ruhig. Diese Situation ist, wie es in einem chinesischen Sprichwort heißt, durch große Unruhe unter dem Himmel gekennzeichnet.*

Diese Unruhe ist ein Ausdruck der ständigen Verschärfung der verschiedenen Hauptwidersprüche, die in der gegenwärtigen Welt existieren. Sie beschleunigen die Auflösung und den Verfall der reaktionären und verfaulten Kräfte und heben das Bewußtsein der Kräfte des Volkes und tragen zu ihrem Erstarken bei. In dieser Situation, die durch große Unruhe unter dem Himmel gekennzeichnet ist, haben sich die verschiedenen Kräfte in der Welt auf Grund der Auseinandersetzung und eines langandauernden Kampfes gespalten und neu gruppiert. Eine Reihe von Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas haben nach und nach ihre Unabhängigkeit errungen, sie spielen eine wachsende Rolle in den internationalen Angelegenheiten. Das sozialistische Lager, das bis einige Zeit nach dem zweiten Weltkrieg existiert hatte, hat aufgehört zu existieren, bereits mit der Entstehung des Sozialimperialismus. Unter der Auswirkung des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus, hat sich der westliche imperialistische Block ebenfalls aufgelöst. Wenn wir in unserer Beurteilung der Veränderung in den internationalen Beziehungen ausgehen, umfaßt unsere Welt gegenwärtig tatsächlich drei Welten, die gleichzeitig miteinander verbunden sind und zueinander in Widerspruch stehen. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion bilden die erste Welt. Die Entwicklungsländer Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und anderer Regionen bilden die Dritte Welt und die entwickelten Länder, die sich zwischen diesen beiden Teilen befinden, bilden die zweite Welt." Ausgehend von dieser Einschätzung untersuchte Teng sodann die gegenwärtige Lage und entwickelte Vorschläge für den Kampf der Völker der Dritten Welt gegen Imperialismus und Weltherrschaftsstreben. Er sagte: *"Nach unserer Ansicht müssen die Länder der Dritten Welt vor allem ihre politische Unabhängigkeit bewahren, wenn sie ihre Wirtschaft entwickeln wollen. Wenn ein Volk die politische Unabhängigkeit erringt, macht es erst den ersten Schritt. Es ist noch nötig, ihn zu konsolidieren, denn im Innern des Landes existieren noch Kräfte fort, die den Kolonialismus unterstützen. Auch die Gefahr des Umsturzes und der Aggression von Seiten des Imperialismus und der Supermächte existiert fort. Die Konsolidierung der politischen Unabhängigkeit macht einen langandauernden Kampf nötig. Letztlich sind die politische Unabhängigkeit und die wirtschaftliche Unabhängigkeit untrennbar miteinander verbunden. Ohne politische Unabhängigkeit kann von wirtschaftlicher Unabhängigkeit keine Rede sein und ohne wirtschaftliche Unabhängigkeit ist die Unabhängigkeit eines Landes weder vollständig noch gesichert."* Um wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erringen, müssen sich die Völker vor allem auf ihre eigene Kraft verlassen. Gleichzeitig müssen sich jedoch die Völker der Dritten Welt zusammenschließen und politisch wie wirtschaftlich zusammenarbeiten. China, als sozialistisches Land der Dritten Welt, ermutigt die Völker der Dritten Welt sich auf die eigenen Kräfte zu verlassen und unterstützt diese Völker gleichzeitig nach besten Kräften politisch und wirtschaftlich. Obwohl selbst erst wenig entwickelt, leistet es große Wirtschaftshilfe, für welche sie im Gegensatz zu den imperialistischen Länder keine Zinsen verlangt und auf deren Rückzahlung verzichtet. Am Ende seiner Rede führte Teng das Folgende aus:

"China ist ein sozialistisches Land und gleichzeitig ein Entwicklungsland. Es gehört zur Dritten Welt. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk, treu den Lehren Mao Tse-tungs, unterstützen überall entschlossen den Kampf der unterdrückten Nationen und Völker für die Eroberung und Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit und die Entwicklung der nationalen Wirtschaft gegen Kolonialismus, den Imperialismus und das Streben nach Weltherrschaft. Es handelt sich hier um eine internationalistische Pflicht, die sie erfüllen müssen. China ist keine Supermacht und wird es niemals werden. Was verstehen wir unter einer Supermacht? Das sind die imperialistischen Länder, die sich überall der Aggression, der Intervention, der Einmischung, dem Umsturz und der Ausplünderung gegen andere Länder bedienen und die nach der Weltherrschaft streben. Ein großes sozialistisches Land wird unvermeidlich, wenn in ihm der Kapitalismus restauriert wird, eine Supermacht. Die große proletarische Kulturrevolution, die in China während der letzten Jahre durchgeführt wurde, und die Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius, die sich heute auf nationaler Ebene entwickelt, haben beide das Ziel, einer Rückkehr zum Kapitalismus zuvorzukommen und sicher zu stellen, daß das sozialistische China niemals die Farbe wechseln wird, daß es sich für immer auf der Seite der unterdrückten Nationen und Völker halten wird. Wenn China eines Tages sein Wesen ändern sollte und eine Supermacht werden sollte, die sich ebenfalls als Weltdespot aufführt und sich der Schikanen, der Aggression und der Ausbeutung hingibt – dann werden die Völker der Welt berechtigt sein, ihm die Etikette des Sozialimperialismus anzuheften, diesen Sozialimperialismus bloßzustellen und ihn zu entlarven, um ihn gemeinsam mit dem chinesischen Volk niederzuschlagen.

Die Geschichte entwickelt sich im Kampf und die Welt schreitet voran in Umwälzungen. Der Imperialismus und vor allem die beiden Supermächte werden von immer größeren Schwierigkeiten betroffen und ihr Stern sinkt immer rascher. Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen die Befreiung, Völker wollen die Revolution – das ist eine unwiderstehliche Störmung der Geschichte. Wir sind überzeugt, daß die Länder und Völker der Dritten Welt, indem sie ihre Solidarität verstärken, sich mit allen Kräften vereinigen, mit denen sie sich vereinigen können und in einem langandauernden Kampf ausharren, in der Lage sein werden, immer wieder neue Siege zu erringen."

Diese Rede fand unter den Delegierten der Länder der Dritten Welt große Zustimmung, während sie bei den Vertretern der beiden Supermächte und der imperialistischen Länder auf Ablehnung stieß. Wie sehr diese immer mehr isoliert werden in der Welt, zeigte der ganze weitere Verlauf der außerordentlichen UNO-Sitzung. Immer neue Delegierte aus Länder der Dritten Welt erhoben Anklage gegen die Ausplünderung durch den Imperialismus und gegen das Streben nach Weltherrschaft der beiden Supermächte. Viele Redner zeigten Entschlossenheit, dem Beispiel der erdölexportierenden Länder zu folgen und den Kampf um ihre Rohstoffe zu führen. Viele Redner entlarvten die verheerenden Auswirkungen der Beherrschung des Weltmarktes durch die Imperialisten und die großen Konzerne. So zeigte Kommandant Kwame baah, der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten in Ghana, die Folgen der ungleichen Handelsbeziehungen für sein Land durch folgendes Beispiel auf: *"1954 erreichte unsere Kakaoproduktion 210 000 Tonnen und unsere Einkünfte betrugen 85,5 Millionen Pfund Sterling. Zehn Jahre später hatte sich unsere Produktion auf 590 000 Tonnen erhöht und unsere Einkünfte waren auf 77 Millionen Pfund Sterling gefallen. In den gleichen zehn Jahren sind die Preise für einen Lastwagen von 5 Tonnen in Ghana auf das Zehnfache gestiegen.*

Wir befinden uns so in einer Lage, wo ein Teil der Welt sich durch die Ausbeutung des anderen Teils bereichert hat, ja schlimmer noch, in einer Situation, wo die geplünderte Wirtschaft aller Mittel und Stützen für das wirtschaftliche Wachstum beraubt worden ist." Er fügte hinzu: *"Afrika ist reich, aber der Reichtum unter und auf seinem Grund und Boden hat nicht die Völker dieses Kontinents bereichert und bereichert sie auch heute nicht, sondern Gruppen und Personen im Ausland."*

Die Lage in den Ländern der Dritten Welt ist schon lange unerträglich. Die Völker der Dritten Welt jedoch sind auch nicht länger gewillt, diese unerträgliche Lage weiter zu ertragen. Die Unzufriedenheit der Völker ist so groß, daß kein Regime in diesen Ländern beim Kampf um die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit beiseite stehen kann und in diesem Kampf werden sich die Völker eine politische Form geben, in der sie diesen Kampf wirksam führen können. Diese Form ist die nationalrevolutionäre Demokratie. Der Kampf der Völker der Dritten Welt richtet sich nicht gegen die Völker der imperialistischen Länder. Im Gegenteil, die Erfolge der Völker der Dritten Welt in diesem Kampf erleichtern den Kampf der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern, aus deren Mark der Imperialismus die Kraft saugt, die er zur Unterdrückung der Völker der Dritten Welt braucht, wie umgekehrt die Profite, die er aus der Ausbeutung dieser Völker zieht, ihm zur weiteren Ausbeutung der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern dient. Der vereinte Kampf der Völker der Dritten Welt und der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern wird dem Imperialismus seine beiden Wurzeln abhacken, durch die er sich ernährt. Für den großen Aufschwung des Kampfes der Völker der Dritten Welt legte die außerordentliche Sitzung der UNO ein deutliches Zeugnis ab. Die Besinnung der Völker der Dritten Welt auf ihre eigene Kraft wird immer mehr zu einer entscheidenden Kraft der sozialistischen Weltrevolution.

(sämtliche Zitate aus 'Hsinhua', frz. Ausgabe)

Joscha Schmierer

»Stöhnen einer dekadenten Klasse«

AUSZÜGE AUS "WAS STECKT HINTER DER SOGENANNTEN 'ENERGIEKRISE'?"

(Peking Rundschau 11/74)

. . . Bürgerliche Zeitungen und Zeitschriften schrieben die "Energiekrise" der Erschöpfung der natürlichen Ressourcen, d.h. der "Erschöpfung der Energiequellen" zu, während andere in völlig absurder Weise behaupteten, die Schuld für die Krise liege bei den arabischen Völkern, welche das Erdöl als Waffe einsetzen. Diese Behauptungen gehen entweder am Kern der Sache vorbei oder wälzen die Schuld auf andere ab. Damit wird nur bezweckt, ein Labyrinth zu errichten, in dem sich die öffentliche Meinung verwirren soll. . .

Was das Geschwätz in westlichen Ländern anbetrifft, die Energieressourcen würden bald erschöpft sein, so ist das nichts als ein pessimistisches Stöhnen einer dekadenten Klasse. Klassen im Niedergang beschreiben immer ihre eigene Krise und ihren Untergang als das Herannahen des Weltuntergangs. Entsprechend dem Gesetz von der Erhaltung der Materie kann Materie nicht verschwinden. Die Natur hat die Menschheit mit unbegrenzten Energieressourcen versorgt. Die Fähigkeit des Menschen, die Natur zu erkennen und zu beherrschen, ist unbegrenzt und wird nicht auf einem gewissen Niveau stehenbleiben. Den Beweis dafür erbringt die Geschichte: Unsere Vorfahren erzeugten Feuer durch das Schlagen von Funken mit Feuersteinen oder durch Reiben von zwei Stöcken; heute benutzen wir Kohle, Erdöl, Atom- und Sonnenenergie. Es haben nicht nur die Formen der Energiequellen ständig zugenommen, sondern auch die Verwendung der Energieressourcen aller Art entwickelt sich und weitet sich aus.

Deshalb haben die pessimistischen Ansichten über die Frage der Energie kein Fundament. Das Problem hat seinen Ursprung darin, daß immer, seit die Menschheit in die Klassengesellschaft eingetreten ist, die Erschließung und Nutzbarmachung von Energie mit der Produktionsweise der jeweils gegebenen Gesellschaft verbunden ist. Ein fortschrittliches Gesellschaftssystem fördert die Entwicklung der Produktivkräfte, während ein dekadentes und verfaultes System diese Entwicklung behindert . . .

Kapitalismus bedeutet Vergeudung. In der kapitalistischen Welt werden große Mengen Erdöl verschwendet. Der Grund dafür ist die Produktionsanarchie und die im allgemeinen verschwenderische Lebensführung. Unmengen wertvollen Erdöls sind heute nutzlos im Boden, weil wahlloses Bohren ölhaltige Formationen zerstört oder weil sich der Druck durch rücksichtslos schnelles Fördern senkte und das Öl nicht mehr hochgebracht werden kann usw. Es wird vermutet, daß gegenwärtig die Ölgewinnungsrate in den USA nur 35 Prozent erreicht. Mit anderen Worten, für jede Tonne Öl, die gefördert wird, müssen zwei Tonnen endgültig im Boden gelassen werden. Was die von den Monopolen geförderte Vergeudung im Konsum betrifft, so ist sie noch gravierender. Die nicht produktiv verwendete Elektrizität macht heute in den wichtigen kapitalistischen Ländern ein Drittel bis die Hälfte der gesamten Stromerzeugung aus. Die US-Presse selbst sagt, die Hälfte der in den USA verbrauchten Energie werde vergeudet.

Das unbezügelte Aufrüsten und die Kriegsvorbereitungen des Imperialismus und des Sozialimperialismus sowie ihre Aggressionskriege sind ebenfalls Fässer ohne Boden beim Verbrauch und bei der Verschwendung von Öl. Das sind die Gründe dafür, daß in den sogenannten entwickelten kapitalistischen Ländern eine "Energiekrise" entstand, obwohl auf der Welt die Energieressourcen so reichlich und mannigfaltig wie nie zuvor vorhanden sind. Wie die Amerikaner sagen: Die Schuld liegt nicht bei Mutter Natur, sondern bei Onkel Sam.

Imperialismus heißt Aggression und Ausplünderung. Auf Grund der wirtschaftlichen und strategischen Bedeutung des Erdöls, und da in der Ausplünderung des Erdöls im Ausland mehr Profite gemacht werden können, als wenn das Öl im Inland gefördert wird, lassen die Monopolkapitalisten das Erdöl zu Hause unerschlossen und schwärmen zur Ausplünderung des Öls in Länder der Dritten Welt aus. Sie schenkten besonders dem Mittleren Osten große Aufmerksamkeit, der reich an Erdölvorkommen und, politisch und geographisch gesehen, strategisch wichtig ist. . .

Das Erdöl im Mittleren Osten ist daher zu einem goldenen Strom geworden, der den ausländischen Monopolkapitalisten riesige Profite bringt. So ist der Mittlere Osten schon seit langem ein Brennpunkt der Rivalität zwischen den imperialistischen Ländern. . .

Die die kapitalistische Welt erfassende "Energiekrise" ist ihrem Wesen nach ein Ausdruck der Krise des kapitalistischen Systems, ein Resultat der verschärften Widersprüche des kapitalistisch-imperialistischen Systems und ausgelöst durch die grausame Ausbeutung und wahnwitzige Ausplünderung der Völker im In- und Ausland durch das Monopolkapital. In der Gegenwart ist sie auch das direkte Resultat der fieberhaften Expansion der zwei Supermächte, des amerikanischen Imperialismus und des sowjetischen Revisionismus, und ihres Ringens um die Welthegemonie. . .

Die "Energiekrise" ist eine Krise des kapitalistischen Systems. Es wird in der Welt niemals eine "Erschöpfung der Energie" geben. Was den Kapitalismus betrifft, so ". . . hat dieses konterrevolutionäre System *sich selbst*, seine sozialen Kräfte *erschöpft*", wie Lenin in "Das Rußland von heute und die Arbeiterbewegung" sagte.

–Tschang Tjan–

Der Kampf des palästinensischen Volkes

DIE RICHTIGE LINIE ENTSCHEIDET IM KAMPF FÜR UNABHÄNGIGKEIT, FREIHEIT UND SELBSTBESTIMMUNGSRECHT

Das palästinensische Volk zählt heute ungefähr 3,5 Millionen Menschen. 1,6 Millionen Palästinenser leben unter israelischer Militärherrschaft. 1,4 Millionen leben in den umliegenden arabischen Ländern Jordanien, Libanon und Syrien, größtenteils in Flüchtlingslagern, ohne Land, ohne Arbeit, ohne nationale Rechte. Die übrigen Palästinenser leben entweder in anderen arabischen Ländern wie Kuweit, Saudi-Arabien usw. oder in Amerika und Westeuropa, wo sie in der Mehrzahl als billige Arbeitskräfte und rechtlose Ausländer ausgebeutet werden. Seit mehr als fünfzig Jahren kämpft das palästinensische Volk in den verschiedensten Formen für sein Recht auf Selbstbestimmung, für einen eigenen Staat, für die Wahrung seiner nationalen Identität.

Gegenwärtig ist dieser Kampf in eine entscheidende Phase eingetreten. Was waren und sind die besonderen Schwierigkeiten, die trotz großer Kampfbereitschaft der Massen und vieler blutiger Opfer das palästinensische Volk immer wieder in Niederlagen geführt haben? Wieso ist dieser Kampf gegenwärtig in eine entscheidende Phase eingetreten?

"PALÄSTINA HAT ES NIE GEGEBEN! WAS WOLLEN EIGENTLICH DIE PALÄSTINENSER?"

Dies ist eines der Hauptargumente, die von den Feinden des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes ins Feld geführt werden. Es ist richtig, daß es einen palästinensischen Nationalstaat, die Errichtung der souveränen Herrschaft des palästinensischen Volkes auf dem Territorium, das es bewohnt und bearbeitet, bis heute nicht gegeben hat. Diese Tatsache gegen die Palästinenser zu wenden, bedeutet nichts weiter, als die gegenwärtige Unterdrückung dieses Volkes mit seiner jahrhundertelangen Unterdrückung zu rechtfertigen. Viele Jahrhunderte war das palästinensische Volk der türkischen Fremdherrschaft des osmanischen Reiches unterworfen. Es beteiligte sich aktiv am Kampf, der während des Zweiten Weltkrieges zu dessen Zerschlagung führte. Anschließend jedoch wurde die Fremdherrschaft gleich doppelt ersetzt, durch die Herrschaft des britischen Kolonialismus und, in dessen Schoß herangewachsen, des jüdischen Zionismus. Das Territorium, um dessen Rückeroberung das palästinensische Volk gegenwärtig kämpft, ist das Gebiet, das 1920 Großbritannien als "Mandat Palästina" erhielt, als Ergebnis der Aufteilung des Nahen Ostens zwischen den Kolonialmächten England und Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg. "Mandat", das bedeutete, daß Großbritannien vom Völkerbund beauftragt war, einem Volk, "das in besonders schwierigen Verhältnissen der modernen Welt sich noch nicht selbst regieren kann", bei der Erlangung seiner Unabhängigkeit behilflich zu sein, "solange seine Verwaltung zu führen, bis es selbst dazu in der Lage ist". (Zit. nach: C.A. Colliard, Institutions internationales) Während Länder wie der Libanon, Syrien und der Irak sich diese neokolonialistische Bevormundung nicht lange gefallen ließen und, teilweise nach bewaffneten Auseinandersetzungen, endgültig mit Beendigung des Zweiten Weltkrieges ihre Unabhängigkeit erlangten, konnte sich Großbritannien in Palästina der jüdischen Einwanderer bedienen, um mit Hilfe dieser Verbündeten seinen Machtanspruch im Nahen Osten abzusichern.

DER ZIONISMUS

Diese jüdischen Einwanderer waren Anhänger des Zionismus. Angeregt durch die Politik der Kolonialmächte, die sich in Asien, Afrika und Lateinamerika fremde Völker unterwarfen und dort Kolonien errichteten, waren europäische Juden auf den Gedanken gekommen, die in vielen Ländern der Welt unterdrückten und verfolgten Juden in Palästina anzusiedeln und dort einen Judenstaat zu gründen. Sie nannten sich Zionisten (nach dem Tempelberg Zion in Jerusalem), schlossen sich in der "Zionistischen Organisation" zusammen und begannen um Unterstützung für ihre Pläne bei den Großmächten zu werben. 1917 erklärte Großbritannien in der Balfour-Deklaration sein "Wohlwollen" gegenüber dem Plan zur "Errichtung einer nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes in Palästina". So taucht im Mandatstext, der 1923 vom Völkerbund verabschiedet wurde, das palästinensische Volk überhaupt nicht auf, es wird lediglich das Problem der arabischen Sprache erwähnt. **91 % der Bevölkerung, die zu dieser Zeit auf dem Mandatsgebiet lebte, waren Palästinenser; ihnen gehörten 97 % allen Bodens!**

"DER ZIONISMUS IST SEHR VIEL WICHTIGER ALS DIE WÜNSCHE UND VORGEFASSTEN MEINUNGEN VON 700 000 ARABERN!"

Diese Erklärung des britischen Außenministers Lord Balfour wurde zur Grundlage der Politik Großbritanniens in Palästina. Während die palästinensische Bevölkerung systematisch von der Verwaltung des Landes ausgeschlossen wurde, duldeten die britischen Behörden die Schaffung zionistischer Macht- und Verwaltungsorgane bis hin zur Aufstellung einer Armee. Das führte dazu, daß nach dem Zweiten Weltkrieg, noch vor der Proklamierung und internationalen Anerkennung des Staates Israel, praktisch ein souveräner zionistischer Staat innerhalb des britischen Mandatsgebietes existierte.

DER AUFSTAND VON 1936

Die Kämpfe des palästinensischen Volkes, die spontan und vereinzelt sich immer wieder sowohl gegen die zionistischen Siedler als auch gegen die britische Mandatsverwaltung gerichtet hatten, fanden in dem großen Aufstand von 1936 ihren Höhepunkt. Zwei Jahre benötigten die britischen Kolonialisten, unterstützt von den bewaffneten Verbänden der Zionisten, um den Aufstand endgültig niederzuschlagen. Ganze Stadtviertel wurden von ihnen gesprengt, 30 000 Palästinenser wurden umgebracht, etwa die gleiche Anzahl verhaftet. Diese schwere Niederlage hat noch jahrzehntelang den Kampf des palästinensischen Volkes beeinflußt. Ihre Grundlage hat sie in der Tatsache, daß die Führung des Kampfes nicht in den Händen des Volkes lag, sondern in den Händen weniger, untereinander verfeindeter Feudalfamilien, die bereit waren, mit den Zionisten zu kollaborieren. Sie fürchteten den bewaffneten Kampf der Volksmassen, da er sich auch gegen sie selbst richten konnte. So führten sie das Volk in die Niederlage und beteiligten sich sogar Ende 1937 an der Niederwerfung des Aufstandes, um anschließend nur noch mehr Land an die zionistischen Siedler zu verkaufen und in den Dienst der britischen Mandatsverwaltung zu treten. Von ihren Führern verraten, ihrer besten Kämpfer beraubt, waren die palästinensischen Massen dem Terror der Zionisten ausgeliefert, die immer mehr ihre systematische Vertreibung organisierten, die die traditionelle palästinensische Wirtschaft zerstörten und ökonomisch wie politisch ihren Herrschaftsbereich immer weiter ausdehnten.

PALÄSTINA VERSCHWINDET VON DER LANDKARTE

Als 1947 die Zionisten mit großangelegten militärischen Operationen ihr Territorium, das sie vorher durch "strategische Landkäufe" mit einem Netz von Siedlungen überzogen hatten, weiter zu vergrößern suchten, um der UNO-Entscheidung über eine Teilung Palästinas zuvorzukommen, da konnten die palästinensischen Massen dem nur ihren spontanen und unorganisierten Widerstand entgegensetzen. Viele starben unter den Maschinengewehrgarben der zionistischen Militärverbände. Tausende flüchteten in die angrenzenden arabischen Länder. An den militärischen Auseinandersetzungen 1948 sind die palästinensischen Massen nicht beteiligt; es sind die Armeen der arabischen Staaten, die in den Kampf ziehen, weniger gegen Israel als gegeneinander. Am erfolgreichsten ist Abdullah von Jordanien, der ein Königreich "Großsyrien" unter seiner Herrschaft vereinigen will. Er schließt unter Aufsicht Großbritanniens ein Abkommen mit den Zionisten und annektiert schließlich den Rest des Territoriums, das von der UNO den Palästinensern zugesprochen worden war, das gesamte Gebiet westlich des Jordan. Der Gaza-Streifen, den die Zionisten noch nicht unter ihre Gewalt gebracht haben, kommt unter ägyptische Verwaltung. Am 15. Mai 1948, noch während der Kampfhandlungen, proklamieren die Zionisten den Staat Israel. Die britischen Truppen verlassen das Land. Im Februar 1949 werden die Abmachungen zwischen Israel und den arabischen Staaten sowie die Frontlinien in einem Waffenstillstandsabkommen besiegelt. **Palästina ist von der Landkarte verschwunden.** Auf dem Gebiet des ehemaligen britischen Mandats gibt es jetzt nur noch zwei Staaten, Israel und Jordanien.

DIE FLÜCHTLINGSLAGER

700 000 Palästinenser sind von ihrem Land vertrieben, das zionistische Israel verweigert ihnen die Rückkehr. Diejenigen, die es dennoch versuchen (allein im Jahre 1952 Dreitausend), werden mit Waffengewalt daran gehindert. Viele werden erschossen. In den Flüchtlingslagern sind die Massen ohne Arbeit, leben in tiefster Armut, werden zu Almosenempfängern. Die von der UNO gegründete Hilfsorganisation UNWRA versorgt die Lager zwar notdürftig mit einer Mahlzeit am Tag und Medikamenten, sie sorgt aber auch gleichzeitig dafür, daß die Massen in Passivität und Apathie ihr Schicksal resigniert hinnehmen. Jede eigene Initiative wird unterbunden; es gibt keine Formen, in denen die Massen ihre Interessen und Bedürfnisse ausdrücken könnten, keine politischen Organisationen, keine Gewerkschaften. Am schwerwiegendsten wirkt sich jedoch die Tatsache aus, daß die Flüchtlinge von jeglicher produktiver Tätigkeit ausgeschlossen sind. Die Länder, in die sie sich geflüchtet haben – Libanon, Syrien, Jordanien –, sind ökonomisch unterentwickelt. Nur wenige Palästinenser finden dort einen Arbeitsplatz. Ausgeschlossen von der gesellschaftlichen Produktion, eingeschlossen in das Ghetto des Lagers; diese Bedingungen erschweren es den Massen, ihre Freunde und ihre Feinde richtig zu erkennen. Sie geraten zunächst unter die Führung der arabischen Regimes, die zwar von Israel bedroht und in militärische Auseinandersetzungen verwickelt werden (1956), jedoch aufgrund ihres noch feudalen oder kleinbürgerlichen Charakters unfähig sind, die Massen in den Befreiungskampf zu führen. So ändert dann auch die Gründung der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation) 1964 unter Shukeiri auf dem arabischen Gipfeltreffen in Alexandria nichts an der Lage der palästinensischen Volksmassen.

DER JUNI-KRIEG

Im Gegenteil, der Annexionsfeldzug der zionistsichen Armeen im Juni 1967 schafft tausende neuer Flüchtlinge und zwingt Tausende, die 1948 nach Westjordanien oder Gaza geflüchtet waren, erneut unter israelische Militärherrschaft. Zählte die UNWRA (United Nations Relief and Works Agency for the welfare of Palestinian refugees in the Near East) 1963 noch 916 762 palästinensische Flüchtlinge, so sind es 1967 1 346 086. Diese Zahl steigt bis 1970 auf 1 425 219. "Um die Bevölkerung in den besetzten Gebieten zur Flucht zu animieren, wendet die israelische Militäradministration eine weitreichende Politik der Einschüchterung und des Terrors an. So werden in jenen arabischen Dörfern, die die Israelis übernehmen und annektieren wollen, ständig und insbesondere nachts Hausdurchsuchungen und Verhöre durchgeführt, um die Angst der Araber so zu steigern, daß sie "freiwillig" ihre Behausungen verlassen. . . Verdächtige Araber werden ohne Prüfung und Warnung insbesondere im Gaza-Streifen niedergeschossen. Als die israelische Armee das Dorf Almine einnahm, die Ernte und die Häuser zerstörte, weigerten sich vier junge Leute, das Vieh zu verlassen; sie wurden sofort getötet. In El Arish und Maskieh drangen israelische Soldaten in mehrere Privathäuser ein und erschossen Zivilpersonen, darunter mehrere Kinder." (Aus Berichten von Untersuchungskommissionen der UNO, der Internationaler Vereinigung Demokratischer Juristen u.a., zit. nach: Hollstein, S. 210) In den besetzten Gebieten ist der Militärgouverneur absoluter Herrscher, er entscheidet über jeden Schritt jedes einzelnen Bewohners in seinem Bezirk, hat das Recht, jeden unter Hausarrest zu stellen, jeden zu jeder Zeit in seiner Wohnung aufzusuchen.

DER AUFSCHWUNG DER WIDERSTANDSBEWEGUNG

Obwohl der Expansionskrieg von 1967 die ungeheuren Leiden des palästinensischen Volkes noch verstärkt, hat er doch eine positive Auswirkung. Die Niederlage der arabischen Staaten, ihre Bereitschaft zum Arrangement mit Israel, machen endgültig klar, daß das palästinensische Volk selbständig um seine Befreiung kämpfen muß. Die palästinensische Widerstandsbewegung erlebt einen großen Aufschwung. Schon seit 1965 unternahmen Kommandos der Al Fatah Aktionen gegen israelisches Territorium. Jetzt schließen sich immer mehr Menschen in den Organisationen des Widerstandes zusammen. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt in den Flüchtlingslagern. Sie wecken die selbständige Initiative der Massen, organisieren in den Lagern eine eigene Gesundheitsversorgung und Hygieneberatung, organisieren u.a. den gemeinschaftlichen Bau neuer Häuser und erreichen schließlich die Autonomie der Lager. In teilweise schweren, auch bewaffneten Auseinandersetzungen werden die Regierungen der Länder, in denen sich die Lager befinden, gezwungen, ihre Macht- und Verwaltungsorgane aus den Lagern zurückzuziehen. Palästinensische Volksmiliz bewacht nun die Lager, kein libanesischer oder syrischer Polizist oder Soldat hat das Recht, dort einzugreifen. In Jordanien, wo der Anteil der Palästinenser an der Gesamtbevölkerung auf fast 50 % gestiegen ist, hat die Widerstandsbewegung die größten Erfolge. Die Kräfte des Widerstandes sind dort so stark, daß ein Zustand der Doppelherrschaft entsteht, der die Existenz des jordanischen Königs Hussein gefährdet.

DIE NIEDERLAGE VON 1970

Trotz dieser Stärke des Widerstandes gelingt es Hussein mit seiner Armee im September 1970, ihm eine vernichtende Niederlage zu bereiten. In mehrtägigen blutigen Auseinandersetzungen werden tausende von Palästinensern getötet. Es gelingt Hussein, die palästinensischen Milizen zu entwaffnen und den Zustand der Doppelherrschaft zu beenden. Die Feinde des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes, der nach dem Zweiten Weltkrieg an die Stelle des britischen Kolonialismus getretene US-Imperialismus, sein Brückenkopf im Nahen Osten, das zionistsiche Israel, seine Marionette Hussein und auch die kleinbürgerlichen arabischen Regimes, die die Widerstandsbewegung mehr fürchten als unterstützen und nur als diplomatisches Druckmittel gegen Israel durchsetzen, sie alle scheinen ihr Ziel erreicht zu haben. Die Widerstandsbewegung ist militärisch und politisch so sehr geschwächt, daß sie der "friedlichen Lösung", d.h. der Anerkennung und dem Arrangement mit Israel, sowie der langfristigen Verankerung des US-Imperialismus im Nahen Osten keinen wirksamen Widerstand entgegensetzen kann.

DIE FALSCHE LINIE DER FÜHRUNG DER WIDERSTANDSBEWEGUNG

Wie konnte es zu dieser Niederlage kommen?

Die Führung des Widerstandes stützte sich nicht bewußt auf die revolutionäre Organisierung der Volksmassen. Die Kämpfer waren teilweise von den Massen isoliert. Die Führung war abhängig von den arabischen Regimes, die sie reichlich mit Geld versorgten. Nicht die Einheit der palästinensischen und jordanischen Massen gegen ihren gemeinsamen Unterdrücker Hussein hatte im Vordergrund ihrer Politik gestanden, sondern sie hatten durch die Schaffung ausschließlich palästinensischer Massen- und Kampforganisationen eher die Isolierung der Palästinenser von den Jordaniern gefördert. **Die Widerstandsbewegung hatte eine bürgerliche, keine revolutionäre Führung.**

Zwar hatten sich bereits innerhalb der Widerstandsbewegung Kräfte herausgebildet (vorwiegend organisiert in der FPDLP), die diese falsche Linie bekämpften, die die Massen entlang ihrer täglichen Bedürfnisse und Interessen organisierten, in demokratischen Frauenverbänden, in Gewerkschaften usw., die nicht separatistisch (d.h. rein palästinensisch) waren, sie hatten begonnen, Produktionsstätten zu errichten, einerseits, um den Massen Arbeit und Brot zu ermöglichen, andererseits, um wieder feste soziale Beziehungen für die Flüchtlingsmassen herzustellen. Sie waren jedoch zu schwach, um die Niederlage 1970 zu verhindern. Sie waren auch zu schwach, um ihre Kritik und Analyse der bisherigen Praxis der Widerstandsbewegung, die ohne revolutionäre Mystik die Fehler als Ergebnis einer bürgerlichen Klassenposition entlarvten, innerhalb der Widerstandsbewegung zu verankern. So konnten sie nicht verhindern, daß aus der Verzweiflung der Niederlage geborenes Abenteurertum sich breitmachte, einzelne Organisationen sich ganz von der langwierigen und schwierigen Massenarbeit abwendeten und ihren Haß auf ihre Feinde in spektakulären Aktionen wie Flugzeugentführungen und blinden Massakern an teilweise völlig unbeteiligten Menschen entluden.

Die entscheidende Konsequenz aus den Erfahrungen der Niederlage 1970 in Jordanien ist jedoch, daß die Kritik an der bisherigen politischen Linie der Führung der Widerstandsbewegung sich immer mehr durchsetzt, daß die Debatte um die nächsten Schritte und die konkreten Tagesaufgaben geführt wird, und daß die Kommunisten immer mehr die Führung übernehmen. Der Schwerpunkt der Tätigkeit verlagert sich auf die besetzten Gebiete. Auf Empfehlung der 10. palästinensischen Nationalversammlung wurde im August 1973 in den besetzten Gebieten die Palästinensische Nationale Front (PNF) gegründet. Besonders seit dem Oktoberkrieg 1973 gelingt es dieser Organisation immer besser, anleitend und zusammenfassend in die Kämpfe der palästinensischen Massen unter israelischer Militärherrschaft einzugreifen (vgl. KVZ Nr. 8). Sie ist eine Massenorganisation und versteht sich als Teil der PLO, der Dachorganisation der Befreiungsorganisationen. Ihre Programmforderungen lauten:

Befreiung der 1967 besetzten Gebiete; Wahrung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes; Kampf gegen jegliche Pläne, die die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes mißachten; Verteidigung der arabischen Ländereien gegen zionistische Kolonisation; Verteidigung der nationalen Wirtschaft gegen ihre Zerstörung durch die Zionisten; Wahrung der palästinensischen Nationalkultur; Unterstützung der Massenorganisationen und Gewerkschaften; Betreuung der Gefangenen in israelischen Gefängnissen.

Der organisierte Kampf der palästinensischen Massen in den von Israel besetzten Gebieten ist ein entscheidender Schritt vorwärts zur Befreiung ganz Palästinas von der Herrschaft vom Zionismus. Hier kämpfen die Massen auf dem Land, das sie seit Jahrhunderten bewohnen und bebauen, hier wird die Entscheidung fallen über die Zukunft des palästinensischen Volkes.

Die Anerkennung der PLO als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes auf der arabischen Gipfelkonferenz in Algier Ende letzten Jahres wäre nicht möglich gewesen ohne die Fortschritte des Kampfes in den besetzten Gebieten. Auch Hussein von Jordanien, der immer noch seinen Anspruch über diese Gebiete aufrecht erhält, konnte dazu gezwungen werden. So wird auch der gegenwärtige Hauptfeind, der zionistische Unterdrückerstaat, gezwungen werden können, die Realität der organisiert kämpfenden palästinensischen Massen anzuerkennen. Nicht die abstrakte Propagierung der "Revolution bis zum Sieg", wie sie auch heute noch von Teilen der Widerstandsbewegung betrieben wird, wird zum Sieg über den Zionismus führen, sondern der langandauernde zähe Kampf, die immer wieder neue Bestimmung der nächsten Kampfaufgaben auf Grundlage der Analyse des Kräfteverhältnisses in der jeweiligen Etappe des Kampfes.

Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, daß die Mehrheit der in der PLO vertretenen Widerstandsorganisationen sich von abstrakten Siegesparolen abgewendet hat und sich in einem Aktionsprogramm auf die folgenden gegenwärtigen Hauptaufgaben geeinigt hat:

Beseitigung der israelischen Besatzung aus den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten;

Errichtung der nationalen palästinensischen Souveränität auf jedem Stück Land, das dem Feind entrissen werden kann;

Ausübung und Verteidigung der nationalen Souveränität gegen jeden fremden Anspruch.

– U.T., nach Materialien des Nahost-Komitees Heidelberg –

»Abrüstungswoche«

DKP WIRBT FÜR EINEN BETRÜGERISCHEN VORSCHLAG

In der Woche vom 22. bis 28. April hat eine "Internationale Abrüstungswoche" stattgefunden. Ihr Motto war: "Einer abgerüsteten Welt entgegen". Forderungen, um diese abgerüstete Welt zu erreichen, sind: – Verringerung der Rüstungshaushalte um 10 %; – Verwendung eines Teils dieser Mittel zur Hilfe für Entwicklungsländer; – Verbot aller Atomwaffenversuche, Verbot der Anwendung von Atomwaffen; – Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz.
Auf der Ebene der UNO hat die Sowjetunion immer wieder diese Forderungen vorgetragen; hier in der BRD wird diese Woche vor allem getragen von der DKP und ihren Jugendorganisationen. Was ist von diesen Forderungen zu halten?

Die Verringerung des Rüstungshaushalts um 10 %, vor allem der Haushalte der ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates, ist ein Vorschlag, der von der Sowjetunion seit nunmehr 16 Jahren international vertreten wird. Bereits 1958 hat die Sowjetunion in der UNO diesen Vorschlag eingebracht und ihn damit verbunden, daß mit den freiwerdenden Mitteln den "unterentwickelten" Ländern geholfen werden solle. Die 16 Jahre haben diesen Vorschlag ziemlich verschlissen. Von jemand, der solche Vorschläge macht, erwartet man, daß er sie ernst nimmt und nach ihnen handelt. Die Sowjetunion hingegen hat von 1958 bis 1964 ihre Militärausgaben um 40 % gesteigert und 1973 schließlich den höchsten Militärhaushalt ihrer Geschichte vorgelegt.
Nach Schätzungen des anerkannten Londoner Instituts für Strategische Studien gibt die Sowjetunion etwa 70 oder 80 Milliarden DM für ihre Aufrüstung aus, behauptet aber selber von sich, es seien nur 17,9 Milliarden DM (sodaß Vertreter kleiner Nationen in der UNO richtig feststellten, man wisse gar nicht, wovon eigentlich die 10 % ermittelt werden sollten). Man kann auch nicht behaupten, daß die Sowjetunion den "unterentwickelten Ländern" geholfen hätte; sie versucht im Gegenteil ständig, sie unter ihre Kontrolle zu bringen. Genauso wie die USA plündert sie diese Länder aus und bereichert sich auf deren Kosten – sie kauft zum Beispiel Öl und Erdgas bei Iran und Irak für 25 % unter dem Weltmarktpreis und verkauft sie teuer weiter; durch sogenannte Anleihen und Hilfsprojekte schleicht sie sich in die Wirtschaft anderer Länder ein und macht sie von sich abhängig, wie zum Beispiel Indien; mit der Lieferung von Waffen und Ausbildern an Ägypten hat sie versucht, dessen Politik zu bestimmen.

Derjenige Staat also, der diese "Friedensinitiativen" unternimmt, rüstet gewaltig auf und ist zunehmend an der Ausplünderung und Unterdrückung der Dritten Welt beteiligt.

"Verbot aller Atomwaffenversuche, Verbot der Anwendung von Kernwaffen, Verbot und Vernichtung aller ABC-Waffen" ist eine weitere Forderung des Aufrufs. Dabei sei von "überragender Bedeutung" das Abkommen zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion über die "Verhütung eines Atomkrieges".
Dieses Abkommen enthält weder eine eindeutige Erklärung der beiden Supermächte vor der Weltöffentlichkeit, daß sie niemals und unter keinen Umständen als erste Kernwaffen anwenden werden, noch enthält es eine einzige Bestimmung, die die beträchtlichen Kernwaffenarsenale der Supermächte antastet. Positiv ist in diesem Abkommen festgelegt, daß sie sich anmaßen, sich in alle Angelegenheiten auf der Welt einzumischen und sich dabei absprechen wollen. Von der Sowjetunion weiß man auch, daß sie sich beharrlich weigert, das Zusatzprotokoll zum Vertrag über das Verbot der Kernwaffen in Lateinamerika zu unterzeichnen.

In den letzten 10 Jahren haben die Supermächte USA und SU mehrere Abkommen geschlossen, die sie jedesmal als "wichtigen Meilenstein" für die Menschheit bezeichnet haben. Als die USA und die Sowjetunion genügend oberirdische Atomwaffenversuche gemacht hatten, schlossen sie einen Vertrag, der diese verbot und machten anschließend Hunderte von unterirdischen Kernwaffenversuchen. Ihre Verträge sind Meilensteine der Aufrüstung der beiden Supermächte im Kampf um Weltherrschaft und Meilensteine im Versuch, die Völker der Welt zu betrügen.

Die dritte Forderung der "Internationalen Abrüstungswoche" ist: Einberufung einer "Weltabrüstungskonferenz". Auch dieser Vorschlag wurde von der Sowjetunion in der UNO eingebracht. Sie hat ihn sich auf einem "Weltkongress" im letzten Dezember bekräftigen lassen. Was soll man aber davon halten, wenn die Sowjetunion auf der einen Seite düster mahnt, daß die Gefahr des Atomkrieges drohe und daß dem Wettrüsten ein Ende bereitet werden müsse, auf der anderen Seite sich aber weigert, eine Erklärung abzugeben, daß sie niemals als erste Atomwaffen einsetzen werde, wie dies die Volksrepublik China gemacht hat. Wer für Abrüstung ist, muß zugleich auch gegen alle Tricks und Manöver in der Frage der Abrüstung sein. Einen vernünftigen Standpunkt in dieser Frage bezieht die sozialistische Volksrepublik China:
Sie tritt ein
- erstens für die Aufgabe aller auf dem Territorium anderer Länder errichteten Militärstützpunkte und Abzug aller Streitkräfte aus anderen Ländern;
- zweitens restlose Vernichtung aller Kernwaffen.

Die Vorschläge der Sowjetunion laufen im Gegensatz dazu darauf hinaus, daß die Supermächte ihre Atomwaffen behalten und andere an deren Entwicklung zu hindern versuchen. Noch viel offensichtlicher wird dieses Manöver, wenn man die Behauptung überprüft, daß die Einberufung einer solchen Abrüstungskonferenz den nationalen Befreiungsbewegungen diene und daß dann die Entwicklungsländer sich dem Aufbau widmen und ruhig abrüsten könnten.
In einer Welt, die durch den Gegensatz von unterdrückenden und unterdrückten Nationen gekennzeichnet ist, ist es ein Betrug, **allgemeine** Abrüstung vorzuschlagen. Darauf wies der Vertreter Guineas in der UNO hin, als er sagte: "Es ist unsinnig zu verlangen, daß die Völker Angolas, Mozambiques, Zimbabwes, Namibias und anderer Bastionen des Kolonialismus, die für ihre Freiheit und für ihre Unabhängigkeit kämpfen, abrüsten sollten."

Offenkundig verstärkt die Supermacht Sowjetunion ihre Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen. Sie tut aber so, als ob sie Entspannung, Abrüstung und Frieden wolle, um ihre Absichten zu tarnen. Sie versucht damit, die Wachsamkeit der Völker einzuschläfern und die Menschen, die den Frieden wollen, hinters Licht zu führen.
Nichts anderes tut hier in der BRD die DKP. Zusätzlich zu den genannten Forderungen bekräftigt das Präsidium der DKP sein Eintreten für die "Entspannungspolitik": "Weil viele Bürger unseres Landes vor allem im Kampf um die Ratifizierung der Verträge von Moskau, Warschau und Berlin die Außenpolitik zu ihrer Sache gemacht haben, ist es vorwärts gegangen." (UZ vom 22.4.) Die Ostpolitik der Bundesregierung ist die Politik eines imperialistischen Staates, der auf wirtschaftliche Expansion aus ist. Die DKP will schamlos die Friedensbestrebungen der Menschen ausnutzen und hätte es gerne, daß sie die Außenpolitik eines imperialistischen Staates zu ihrer Politik machen. Diese Politik hat mit Sicherheit und Entspannung herzlich wenig zu tun. Das gilt auch für die europäische Sicherheitskonferenz, die laut DKP zu einem Erfolg für die Völker werden muß. Daß für diese nichts herauskommt, kann man am besten an den Vorschlägen des Initiators, der Sowjetunion, erkennen: Diese verwahrte sich dagegen, daß über den Abzug ausländischer Truppen aus allen europäischen Ländern verhandelt wird.

Im Kampf für die Schwächung der eigenen Bourgeoisie und im Kampf für politische Bewegungsfreiheit treten wir für den restlosen Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland ein, für den Abzug aller westdeutschen Truppen aus fremden Staaten und den Austritt aus allen imperialistischen Militärbündnissen.

–HJH–

Sowjetunion: In Worten ein Freund, in Taten ein Feind der arabischen Völker

Nachdem sich vor einigen Wochen Präsident Assad von Syrien über den Druck der Sowjetunion auf Syrien beklagt hatte, durch den die russischen Sozialimperialisten Syrien ihre Linie für Verhandlungen mit Israel aufdrängen wollten, hat jüngst Präsident Sadat von Ägypten weitere Enthüllungen über die Machenschaften der Sowjetunion im Nahen Osten unternommen. In einem Interview mit der libanesischen Zeitung Al Awar, das am 29. März veröffentlicht wurde, wies er darauf hin, daß es gerade die beiden imperialistischen Supermächte sind, die eine Situation von "weder Krieg noch Frieden" im Nahen Osten aufrechterhalten wollen, um so die arabischen Völker in politischer Abhängigkeit zu halten. Er sagte: *"Die beiden Riesen USA und Sowjetunion wünschen die Existenz des Staates Israel und tun jeder auf seine Weise alles, um die Präsenz Israels zu erhalten. So verschaffen die USA im Namen einer angeblichen Theorie des 'Gleichgewichts der Kräfte' Israel eine ständige Überlegenheit über die vereinigten arabischen Staaten. Die Sowjets ihrerseits liefern den Arabern, wie ich schon 1972 vor dem Zentralkomitee erklärt habe, nur in gewissen Grenzen und mit vielen Vorbehalten Waffen."* In diesem Zusammenhang hat Sadat enthüllt, mit welch faulen Tricks die Sowjetunion die Initiative der arabischen Staaten zur Rückeroberung der besetzten arabischen Gebiete im letzten Jahr brechen wollte. So tauchte einige Stunden nach Beginn der Kampfhandlungen der Botschafter der Sowjetunion bei Sadat auf und behauptete, Syrien fordere einen Waffenstillstand und habe diese Forderung offiziell der Sowjetunion mitgeteilt. Sadat berichtete: *"'Wir informieren Sie davon', sagte mir einer der Botschafter, 'denn wir haben die Forderung ausdrücklich und offiziell von Syrien erhalten. Es ist notwendig, daß Sie mit Präsident Assad in Kontakt treten.' Ich habe einen Waffenstillstand kategorisch zurückgewiesen und den sowjetischen Botschafter gebeten, seine Regierung davon zu unterrichten. Gleichzeitig schickte ich eine Depesche zu Präsident Assad. Am 7. Oktober empfing ich eine Depesche von Präsident Assad, in der er ausdrücklich zurückwies, einen Waffenstillstand gefordert zu haben. Bei Ankunft dieser Depesche wollte der sowjetische Botschafter mich neuerlich sprechen und wiederholte mir, daß Syrien dringend einen Waffenstillstand verlange. Meine Antwort damals war fest und ich versicherte ihm, daß ich mich nur auf die Depesche von Präsident Assad verlassen würde. Für mich lag die Wahrheit allein in dieser Depesche."* Die Tricks des sowjetischen Botschafters lagen ganz auf der Linie, die die Sowjetunion auch schon vor dem Krieg eingenommen hatte. In einer Rede vor der Union der ägyptischen Studenten führte Sadat am 3. April dazu aus: *"Die beiden Supermächte nannten jeden Versuch Ägyptens, seine besetzten Gebiete zu befreien einen Selbstmordversuch, aber das ägyptische Volk hat den beiden Supermächten mißtraut. Es hat ihre Warnungen und die ausländische Kontrolle zurückgewiesen."* Sadat denunzierte noch einmal den Versuch der beiden Supermächte, eine Situation von weder Krieg noch Frieden im Nahen Osten aufrechtzuerhalten und sagte, daß die beiden Supermächte im Mai 1972 in Moskau und 1973 in Washington beschlossen hätten, die Situation im Nahen Osten einzufrieren bis eine "friedliche Lösung" gefunden sei. Diese friedliche Lösung wäre allemal auf eine Belohnung des israelischen Aggressors hinausgelaufen. Eine solche "friedliche Lösung" hätte der Sowjetunion aber besser ins Konzept gepaßt als eine selbständige Initiative der arabischen Staaten zur Befreiung ihrer besetzten Gebiete. Sadat sagt dazu: *"Die Sowjetunion war entschlossen, die Schlacht für die Befreiung der besetzten arabischen Gebiete zu verhindern und bestand darauf, daß die Nah-Ost-Frage auf eine friedliche Regelung warten solle."* Die beiden Supermächte hassen jede selbständige Aktion der arabischen Völker zur Verteidigung ihrer Interessen, weil sie im Nahen Osten, wie überall in der Welt, keine selbständigen Staaten brauchen können. So feindlich sie sich gegenüberstehen, darin sind sie sich einig. In weiteren Interviews hat Sadat erklärt, daß die Sowjetunion erstens nur sehr schleppend und begrenzt Ägypten mit Waffen beliefert und daß sie zweitens diese Waffenlieferungen zu benützen versucht, um Ägypten in politischer Abhängigkeit zu halten.

Die Völker der Dritten Welt können ihre Unabhängigkeit nur erobern und erhalten, wenn sie sich keiner der beiden Supermächte ausliefern.
(Quellen: Mannheimer Morgen 19.4.74, FAZ 23.4.74, Hsinhua, frz. Fassung)

Joscha Schmierer

Streik in Kambodscha

5 000 Arbeiter des zentralen Elektrizitätswerks von Phnom Penh befinden sich seit dem 29. März im unbefristeten Streik. Sie fordern sofortige Lohnerhöhungen und Beendigung der Zwangsrekrutierung durch das Marionettenregime Lon Nol. Die Arbeiter verfaßten eine Resolution, in der sie zum Ausdruck brachten, daß sie bis zur vollständigen Erfüllung ihrer Forderungen weiterstreiken werden, trotz aller Repressalien und Verfolgung durch die Marionettenverwaltung.

Wer ist Mitterand?

DIE ARBEITERFEINDLICHE VERGANGENHEIT DES KANDIDATEN DER "LINKSUNION"

Der Kampf um den Präsidentensessel in Frankreich spitzt sich zu auf eine Auseinandersetzung zwischen dem Kandidaten der sogenannten Volkseinheit, Francois Mitterand, und den beiden Kandidaten, die von der derzeitigen Regierungsmehrheit aufgestellt wurden: Chaban-Delmas und Giscard d'Estaing. Chaban und Giscard führen den Wahlkampf gegenwärtig auch gegeneinander, denn derjenige von ihnen, der im ersten Wahlgang am 5. Mai die meisten Stimmen erhält, bleibt übrig, um im zweiten Wahlgang am 19. Mai gegen Mitterand in der Stichwahl anzutreten. Mitterand erreicht gegenwärtig in allen Umfragen über 40 %, während Giscard etwas mehr als 25 % und Chaban etwas weniger als 25 % bekommt. Der hohe Vorsprung von Mitterand in den Meinungsumfragen ist vorläufig jedoch keinerlei Garantie dafür, daß Mitterand tatsächlich die Wahlen gewinnen wird. Im zweiten Wahlgang braucht er die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Ob er das erreichen wird, wenn das derzeitige Regierungslager nur noch durch einen Kandidaten repräsentiert wird, ist fraglich.

Die Parteien und Gruppen, die Mitterand unterstützen, haben sich auf die Durchsetzung des sogenannten "Gemeinsamen Programms" verpflichtet, das vor über einem Jahr von den Revisionisten Frankreichs in Gestalt der Kommunistischen Partei (KPF) mit zwei linksbürgerlichen Parteien und einem Teil der Radikalsozialistischen Partei vereinbart worden war. Das Programm ist nichts weiter als ein bürgerliches Reformprogramm. Dennoch preisen es die Revisionisten in Frankreich als Mittel an, um den Kapitalismus zu überwinden, um die Monopole und großen Konzerne zu entmachten, um die Lage der Arbeiterklasse und des Volkes entscheidend zu verbessern, um die Demokratie in Frankreich wiederherzustellen. Und international gar wollen die Revisionisten damit für die Richtigkeit ihrer Politik werben, indem sie die Vorgänge in Frankreich als eine "Jahrhundertwahl" darstellen, als die Beseitigung der Herrschaft der Kapitalisten auf friedlichem Wege, über den Stimmzettel. Trotz der blutigen Erfahrungen, die die Arbeiterklasse und das Volk in Chile mit diesem sogenannten Weg des friedlichen Übergangs gemacht haben, erdreistet sich zum Beispiel die DKP, die hier bei uns in Westdeutschland die Fahne der Revisionisten hochzuhalten versucht, zu behaupten, der Sieg Mitterands würde auch den westdeutschen Arbeitern den Weg weisen. Mitterand steht im übrigen noch weit rechts von Allende. Die DKP unterschlägt dabei die Erfahrungen, die die französische Arbeiterklasse mit Mitterand bereits gemacht hat. Wir müssen deshalb einige Stationen seines bewegten Lebens ins Gedächtnis rufen.
Die Kommunistische Partei Frankreichs schrieb 1948, als sie noch auf dem Boden des revolutionären Programms der Arbeiterklasse stand, in einem Artikel, der am 14. November 48 in der "Humanite-Dimanche" erschien, über Mitterand: "Staatssekretär für das Informationswesen. Unter dieser Bezeichnung ist es seine Hauptaufgabe, Lügen zu verbreiten. Dieser Unterminister . . . war einer der ersten Anhänger der Vichy-Regierung Frankreichs." (In Vichy regierte nach der Besetzung Frankreichs der Marschall Petain, der ein Faschist und Kollaborateur Hitlers war, Anm. der Red.) Wie es in dem Artikel der "Humanite-Dimanche" weiter heißt, hat Mitterand damals erklärt: "Ich schenke meine Person dem Marschall Petain, wie er sich Frankreich geschenkt hat. Ich verpflichte mich, seiner Disziplin und seiner Person und seinem Werk treu zu bleiben." Heute dagegen behauptet Mitterand, auf der Seite des Widerstands gegen die Faschisten gestanden zu haben, wie aus einem Interview hervorgeht, das er der bürgerlichen Zeitschrift "Expansion" 1972 gab! Was hat er damals in der Regierung mitgemacht?
1947 bereits finden wir ihn als Minister in der Regierung des Sozialdemokraten Ramadier. Die Aufgabe dieser Regierung war, einen Lohnstopp durchzuführen und Kredite für den französischen Indochina-Krieg bereitzustellen. Danach wurde sie abgelöst. Den Widerstand der Arbeiter, die dieser Politik in breiten Kampfaktionen entgegentraten, beantworteten die folgenden Regierungen mit Verschärfung der Unterdrückung. Alle Regierungen arbeiteten eng mit dem CIA, dem amerikanischen Geheimdienst, zusammen. Alle Regierungspolitik hatte damals zum Ziel: die Herrschaft der Kapitalisten, die in Frankreich ebenso wie in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg stark erschüttert war, wiederherzustellen. Mitterand hat sein Scherflein dazu beigetragen! Zum Beispiel entließ er ein Viertel der Angestellten seines Ministeriums, weil sie sich an den Streiks gegen die Politik der Regierung beteiligten! Über die Regierungspolitik 1948 schreibt zum Beispiel Jacques Jurqet in der "Humanite Rouge" am 18. April 1974: "Diese Regierung, die vom US-Imperialismus und der französischen Bourgeoisie bezahlt wurde, wurde berühmt durch ihre Zielstrebigkeit, mit der sie die großen Streiks am Ende des Jahres niederschlug: 1 041 Festnahmen, 300 Aburteilungen durch die Gerichte. In den Bergwerken im Gebiet Nord – Pas-de-Calais wurden 1 800 Mann entlassen. . ."
Am 19. Juni 1954, als Mendes-France Regierungschef wird, sehen wir Mitterand zusammen mit seinen heutigen Gegnern in der Regierung! Mitterand und Chaban-Delmas waren Minister, während Giscard d'Estaing Kabinettsdirektor bei dem Minister Edgar Faure war! Die Freunde von damals, die heutigen Kontrahenten, haben nach wie vor die selben Ziele: die Sicherung der Herrschaft der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse und das Volk.
J. Jurqet schreibt in dem zitierten Artikel: "Der Sozialdemokrat Mitterand an der Macht – hört er auf, der antikommunistische und arbeiterfeindliche Politiker zu sein, der er seither immer war? Es besteht kein Zweifel darüber, daß hinsichtlich der breiten revolutionären Bewegungen unter den Massen der "Präsident" der Sozialistischen Partei sich schnell in einen Streikbrecher verwandeln wird, in jemanden, der grausam die Verfolgung und Unterdrückung betreiben wird. . . Erkennen wir beizeiten in diesem Mitterand einen Agenten der Bourgeoisie, der 1974 oder 1975 dazu befähigt sein wird, der französische Noske zu werden, erkennen wir das, bevor er seine volksfeindlichen Fähigkeiten zur Ausführung bringt." (Noske war als Innenminister der SPD-Regierung 1918 für die blutige Niederwerfung der deutschen Arbeiterrevolution verantwortlich).
Seit 1958, als De Gaulle die Macht in Frankreich übernahm, hat Mitterand kein Regierungsamt mehr bekleidet. Jorqet schreibt daher zum Schluß: "Immer wieder seit 1958, wenn es Anzeichen für eine Wendung in der Geschichte gab, hat sich Mitterand zum Sprecher der "falschen Linken" gemacht. Das aber ist ein Teil der Bourgeoisie, der sich nur in Worten "links" gibt. Mitterand stützt sich dabei immer fest auf den Opportunismus und den Verrat der Führer der Kommunistischen Partei, die in Frankreich die Agenten des russischen Sozialimperialismus sind, der nichts mehr gemein hat mit der Macht der "Sowjets", der Räte.
Macht die Wahrheit über Francois Mitterand bekannt! Selbst "gegen den Strom" ist die Wahrheit immer revolutionär und setzt sich schließlich durch, vorausgesetzt, daß die Menschen, die sie verteidigen, es nicht an Mut und Beharrlichkeit fehlen lassen."
Alle Informationen und Zitate sind aus dem Artikel "Qui est Mitterand?" (deutsch: Wer ist Mitterand?) von Jacques Jurqet, erschienen am 18. April 1974 in der "Humanite Rouge", ein Organ, das es sich zur Aufgabe gestellt hat, den Marxismus-Leninismus in Frankreich bekannt zu machen. Jurqet ist im übrigen ein alter Revolutionär und Kommunist. Er war früher Mitlied der KPF und gehörte zu deren Führung. 1967 wurde er von den Revisionisten ausgeschlossen, weil er sich offen dem Chrustschow-Kurs widersetzte und Kommunist geblieben ist.

D.T.

Die Musik drückt Klassengefühle aus

DIE ARBEITERKLASSE MUß DIE BÜRGERLICHE MUSIK KRITISIEREN

Die bürgerlichen Zeitungen haben mit Erschrecken davon berichtet, daß in China im Rahmen der Kampagne gegen Konfuzius und Lin Biao auch Kritik an westlichen Musikmeistern wie Mozart, Beethoven oder Schubert geübt wird. Die Artikel erwecken den Eindruck, als würde im sozialistischen China jetzt endgültig die Barbarei ausbrechen.

Worin besteht die Kritik der chinesischen Kommunisten in Wirklichkeit? In dem Aufsatz "Hat ein Musikstück ohne beschreibenden Titel keinen Klassencharakter?" (Peking Rundschau 9/74) heißt es: *"Nehmen wir die beispielhafte Sinfonie in h-Moll ("Die Unvollendete") von Schubert (1797-1828), einem bürgerlichen, romantischen Komponisten aus Österreich. ... Dieses Stück wurde 1822 komponiert, als Österreich eine Bastion der feudalen Reaktion innerhalb des Deutschen Bundes war. Die reaktionären Herrschenden in Österreich beuteten die Bauern und Arbeiter nicht nur ruchlos aus und unterdrückten sie, sondern verfolgten und überwachten auch mit allen Mitteln jeden Intellektuellen, der auch nur im geringsten bürgerlich-demokratisch gesinnt war. Kleinbürgerliche Intellektuelle wie Schubert sahen politisch und wirtschaftlich keinen Ausweg aus dieser Situation. Da ihm und seinesgleichen der Mut fehlte, Widerstand zu leisten, gaben sie sich Depressionen, der Hoffnungslosigkeit, dem Pessimismus und der Enttäuschung hin. Sie versuchten, der Realität zu entfliehen und träumten von Freiheit. Schuberts Sinfonie in h-Moll widerspiegelt diese Klassengefühle, sie hat diesen gesellschaftlichen Inhalt. Schon die einleitende Phrase ist von dem Trübsal und der Gedrücktheit gekennzeichnet, die die ganze Sinfonie durchziehen. Die Sinfonie ist voll von kleinbürgerlicher Hoffnungslosigkeit, Pessimismus und einsamen Schmerz. Manchmal kommt zwar ein träumerischer Anklang von Freiheit auf, der aber von Flucht vor der Realität und von Passivität gekennzeichnet ist."*
In dieser kurzen Charakterisierung der Sinfonie wird ausgeführt, daß die Musik durch den Klassenkampf ihrer Zeit geprägt ist und es wird gesagt, welche Position sie in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung bezieht.

DIE MUSIK DRÜCKT KLARE KLASSENGEFÜHLE AUS

In der Schule hat man uns erzählt, daß die Kunst – und die Musik im besonderen – etwas "Erhabenes" oder "Geniales" ist, daß sie gewissermaßen in höheren Regionen schwebt. Das ist in Wirklichkeit nicht so. Die Musik bringt zwar Gefühle zum Ausdruck, die man mit anderen Mitteln, z. B. mit der Sprache, nie ganz wiedergeben kann, aber das heißt keineswegs, daß diese Gefühle etwas Unerklärliches wären. Denn ebenso wie unsere Gedanken können auch unsere Gefühle nur aus unseren Erlebnissen und Erfahrungen entspringen. Und je nach dem, wie diese Erlebnisse und Erfahrungen aussehen, sind auch die Gefühle geartet. Zwar können alle Menschen "Freude" oder "Kummer" empfinden. Aber die hämische Freude, die ein Kapitalist empfinden mag, wenn er durch verlogene Manöver, organisierte Schlägertrupps usw. einen Streik zerschlagen hat, ist etwas völlig anderes als die Freude, die die Arbeiter empfinden, wenn sie durch unerschütterliche Solidarität einen Streik siegreich durchgestanden haben. Solange die Gesellschaft aus verschiedenen Klassen besteht, sind auch die Gefühle der Menschen geprägt durch ihre jeweilige Klassenzugehörigkeit, d. h. durch die Erfahrungen, die sie in den Klassenkämpfen machen.
Auch die Gefühle, die durch die Musik ausgedrückt werden, entspringen den Erfahrungen, die die eine oder die andere Klasse im Klassenkampf macht.
Besonders deutlich ist der Klasseninhalt natürlich bei Musikstücken zu erkennen, die mit Text verbunden sind. Im Schlußchor der 9. Sinfonie von Beethoven ("An die Freude") heißt es: "seid umschlungen Millionen" oder "alle Menschen werden Brüder". In diesen Worten drückt sich durchaus eine Sehnsucht nach Revolution, nach Beseitigung der gesellschaftlichen Widersprüche aus. Gleichzeitig klammert sich diese Sehnsucht jedoch an Hirngespinste wie "überm Sternenzelt muß ein guter Vater wohnen". So spielt sich die Befreiung der Menschen nur im Kopf, in der Phantasie ab.
Dies entspricht genau dem Zustand des deutschen Bürgertums im frühen 19. Jahrhundert, das seine Revolution mehr in der Philosophie und Kunst entwickelte, als in der Wirklichkeit. Daß auch die textlosen Werke Beethovens die Ideen und Gefühle dieser Klasse ausdrücken, erkennt man schon daran, daß die ganze Art der Tonsprache die gleiche ist wie in den textierten Stücken. In der 9. Sinfonie ist das besonders offensichtlich, da hier die gleichen Melodien wie im Schlußchor schon lange vor Einsatz des Textes verwendet werden.

DIE ARBEITERKLASSE MUSS DIE BÜRGERLICHE MUSIK KRITISIEREN UND DIE PROLETARISCHE MUSIK ENTWICKELN

Die chinesischen Kommunisten wollen mit ihrer Kritik an der Musik Mozarts, Beethovens und Schuberts (man könnte die Reihe mit Schumann, Brahms und anderen beliebig fortsetzen) nicht sagen, daß diese Komponisten schlecht gewesen wären oder nichts gekonnt hätten, sondern sie sagen, daß diese Komponisten nicht die Gefühle der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen, sondern die Gefühle des Bürgertums, der Bourgeoisie. Das bedeutet für die Arbeiterklasse, daß sie diese Musik nicht bewundern darf, sondern sie scharf kritisieren muß, weil sie gegen die Arbeiterklasse gerichtet ist. Würde die Arbeiterklasse diese Musik bewundern, würde sie ja die Ideen und Empfindungen des Klassenfeindes bewundern. Damit wäre die bürgerliche Musik ein Weg, auf dem sich bürgerliche – und das heißt kapitalistische – Bestrebungen in den Arbeiterstaat einschleichen würden.

Diese Kritik hindert die chinesischen Kommunisten jedoch nicht daran, gewisse brauchbare Elemente der bürgerlichen westlichen Musik zu entnehmen und für das chinesische Volk nutzbar zu machen: Z. B. die Mehrstimmigkeit und andere handwerklich/technische Dinge.

Auch die Arbeiterklasse in Westdeutschland darf die bürgerliche Musik nicht bewundern, sondern muß sie kritisieren. Sei es nun die sogenannte "klassische" Musik oder sei es Pop oder Rock. Die kritiklose Bewunderung tritt vielfach in der Form auf, daß gesagt wird: "Ich verstehe nichts von Musik, ich höre mir halt an, was mir gefällt." Gerade auch viele Kommunisten beziehen noch diesen Standpunkt. Indem sie sich darauf berufen, daß sie blutige Laien in Sachen Musik seien, wollen sie glaubhaft machen, daß sie gegen mögliche reaktionäre Inhalte der Musik gefeit sind, da sie den Inhalt der Musik ja sowieso nicht verstehen. Denn da die Musik nicht "eine Form von fließender Tonfolge" ist, die nur Eingeweihte verstehen können, sondern "klare Klassengefühle" ausdrückt, kann jeder den Inhalt der Musik sehr gut erfassen.
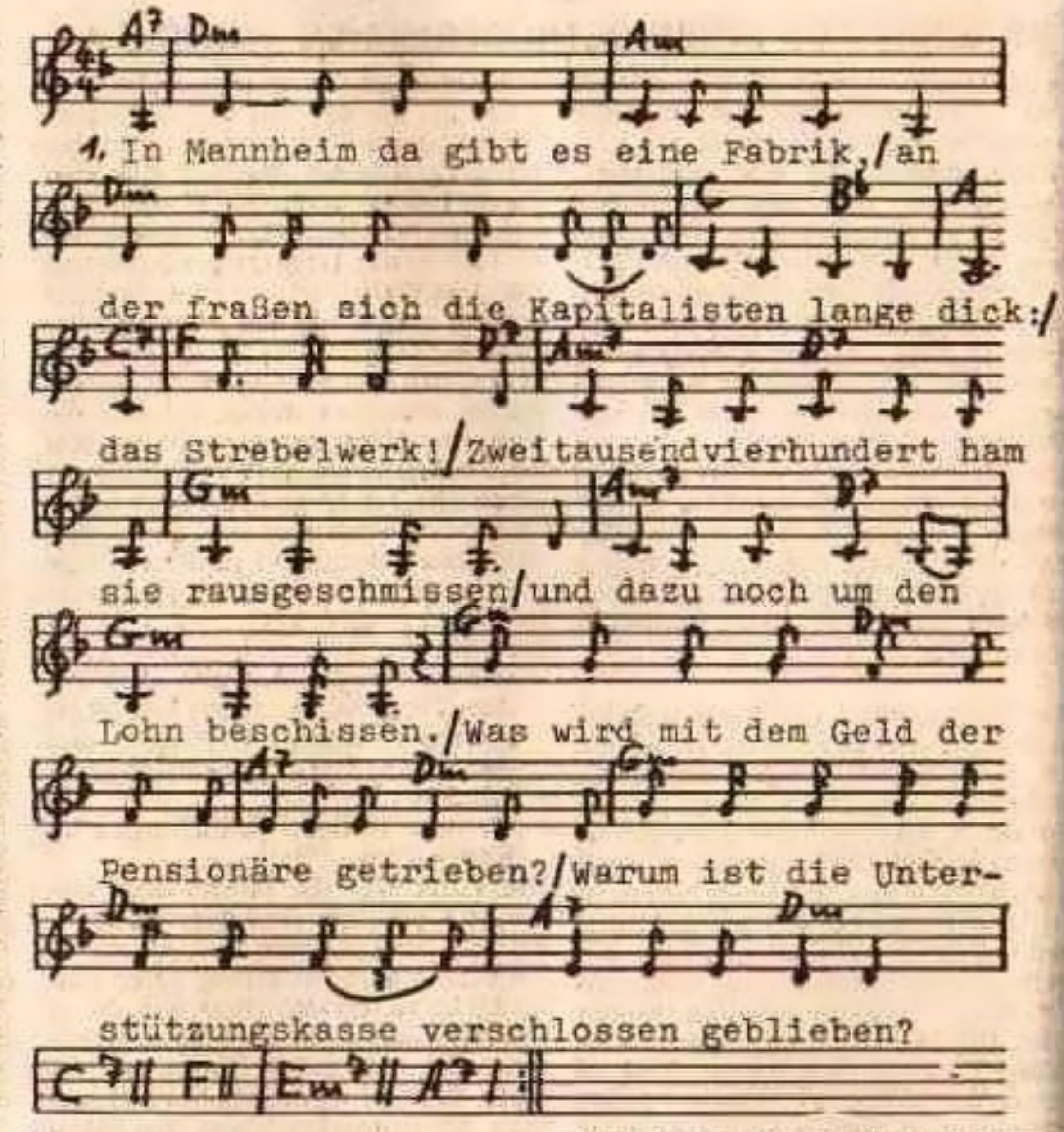
So ist es bei der Pop- und Rock-Musik offensichtlich so, daß sie einerseits an revolutionäre Wünsche der Massen appelliert, andererseits aber die revolutionäre Kraft der Massen fesselt – an den Bereich der Phantasie oder des Rausches. Das ist hier also ganz ähnlich wie etwa bei Beethoven, und es ist deutlich, daß sich dadurch das Klasseninteresse der Bourgeoisie ausdrückt, die unter allen Umständen die Massen in Fesseln halten muß.

Auch an Kunst und Kultur müssen wir mit der Frage herangehen: Was nützt der Arbeiterklasse und was schadet ihr? Wir werden dann feststellen, daß alles individuelle oder phantasiemäßige "Austoben" der Arbeiterklasse schadet – mögen die verwendeten musikalischen Mittel noch so neuartig und avandgardistisch anmuten. Was die Arbeiterklasse braucht, ist eine Musik, die ihr im Klassenkampf dienlich ist. Solche Musik zu machen, bedeutet keine künstlerische Askese. Im Gegenteil: gerade auf dem Gebiet der Kunst und Kultur zeigt sich ja mit besonderer Deutlichkeit, wie hoffnungslos die Bourgeoisie in der Krise steckt. Auch hier kann allein die Arbeiterklasse Trägerin des geschichtlichen Fortschritts sein.

C.L., Mannheim

"Es lebe der 1. Mai!" ist ein von der Projektgruppe Kunst & Politik (Bielefeld) kollektiv gemaltes Bild (Original: farbig, 5,50 mal 3,50 Meter). Das Bild stellt die Kontinuität der Arbeiterbewegung von 1890 an, als es zum ersten Mal eine Mai-Demonstration gab, bis heute dar. Es beansprucht nicht, eine realistische Widerspiegelung der momentanen Klassenkampfsituation zu geben. Gezeigt werden soll, daß die kämpferische Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nicht verstaubende Geschichtsbücher bedeutet, sondern notwendig mit der Verschärfung der Klassenkämpfe wieder lebendige Realität wird. Das Bild soll Mut machen, man soll es sich gerne anschauen mögen, es soll kein "Geschichtsbuch der Arbeiterklasse in anderer Form" sein, das alle Aspekte im Detail berücksichtigt.
Wir möchten unsere Arbeit in Zukunft gerne noch wesentlich verbessern. Dazu brauchen wir die Kritik und die Meinungen vieler Menschen, vor allen Dingen auch von denen, die sich sonst vielleicht weniger mit Bildern auseinandersetzen. Sendet Eure Zuschriften bitte an: Projektgruppe Kunst & Politik, 48 Bielefeld, Oberntorwall 4c.

Das Strebel-Lied



2.
Der Hütte (Betriebsrat und Aufsichtsratsmitglied) wußte es lange schon / Doch sagte er auf der Betriebsversammlung von der Pleite keinen Ton: / Im Strebelwerk! / Der Spagerer von der IGM hat nichts getan / Er pries nur als Heilmittel die Mitbestimmung an. / Doch ist bekannt, daß die Mitbestimmung nur ein Beschiß / Und daß sie kein Mittel gegen Pleiten ist.

3.
Es war noch nicht viel Wasser den Rhein runtergeflossen, / Da hörte man: Die Tore werden wieder aufgeschlossen: / Vom Strebelwerk! / Mit der Pleite hat das Bankkapital nur manövriert: / Stellt einen Teil wieder ein und rationalisiert. / Draußen bleibt, wer aufmuckt, wer zu schwach, wer zu alt, / Wer reinkommt, schafft für weniger Lohn, so ist das halt.

4.
Überall stoßen sich die Bosse mit Pleiten gesund, / Überall wird der Arbeiter getreten wie ein Hund: / Nicht nur im Strebelwerk! / Drum müssen die Arbeiter sich organisieren, / Um ihre Sache selber zu führen. / Vorwärts im Kampf für des Volkes Recht, / Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!

Bürgerliche Musik-Kultur in der DDR

Die tatsächlich durch und durch bürgerlichen Machthaber der DDR, die lediglich im Gewand des Sozialismus erscheinen, haben zwar sehr ulkige Kämpfe gegen Boogie-Woogie, Rock'n Roll und Beat geführt, den gesamten "gehobenen" Kulturapparat der Bourgeoisie haben sie jedoch zu neuen Ehren gebracht und damit begonnen, die Werktätigen mit den Segnungen der bürgerlichen Musik, und das heißt eben: mit einem Schwall bürgerlicher Gefühle und Gedanken zu überschwemmen.
Man muß nur die "Stimme der DDR" einstellenbeschwingte Operettenmelodien,sweet and swinging Kitsch, stupide pseudoproletarische Märsche und dergleichen jeden klassenbewußten Arbeiter beleidigende Idiotie. So wenig die revisionistischen Machthaber den zielstrebigen Aufbau des Sozialismus betreiben, so wenig konnten sie auch ein Interesse an der Entwicklung der proletarischen Musik haben. Sie haben die musikalische Tradition der deutschen Arbeiterbewegung nicht fortgeführt. Mit Hanns Eisler, Paul Dessau, Ernst Busch und anderen hatte die DDR zunächst die besten Köpfe der proletarischen Musiker angezogen. Hanns Eisler (1898-1962) jedoch, dem die deutsche Arbeiterbewegung immerhin viele ihrer zündendsten Lieder verdankt (zusammen mit Brecht schrieb er z.B. das "Solidaritätslied" und das "Einheitsfrontlied"), verstand in der DDR buchstäblich die Welt nicht mehr. In der Weimarer Republik hatte er in den Reihen der Arbeiterklasse gekämpft und im Kampf waren seine besten Kompositionen entstanden. Vom Faschismus in die Emigration getrieben, war er 15 lange Jahre gezwungen, fern von allen Kämpfen mit theoretischer Arbeit und Auftragsmusik seinen Lebensunterhalt zu verdienen, wobei er die bürgerliche Kultur gründlich studierte und – teilweise zusammen mit Brecht (z.B. "Hollywood-Elegien) – in der bürgerlichen Tradition recht traurige Stücke schrieb. In der DDR fand er nach 1948 keine kämpfende Arbeiterpartei, die entschlossen auch die bürgerliche Kultur abgeschüttelt hätte. Er hörte "den allgemeinen dreckigen Schmutz, der aus allen West- und Oströhren fließt, aus den Radios, aus dem Fernsehen, von den Grammophonplatten, täglich, stündlich, nachts, morgens und abends unser Ohr beleidigt, eine gewisse schäbige Lebensfreude, eine Art pseudo-militärisches Gehabe und eine Art tiefsinnigen Schwulst, die sogenannten bedeutenden symphonischen Werke", aber er pries als Gegenmittel die "großen Werke" der bürgerlichen Vergangenheit an, die ihm intelligenter erschienen. Aber die Musik ist nicht dumm und auch nicht zurückgeblieben, denn das hieße der Musik eine eigenständige Entwicklung unabhängig von der gesellschaftlichen zuzubilligen. Vielmehr ist sie ein ziemlich zuverlässiges Meßinstrument dafür, wer die gesellschaftliche Kontrolle über sie ausübt.
Eisler war nicht mehr eingebettet in den Kampf der Arbeiterklasse und unfähig, die Situation marxistisch zu analysieren. Seine Werke wurden in der DDR nicht mehr aufgeführt, er sah sich in seinem Kampf besiegt.
Aber viele "fortschrittliche" Musiker benutzen heute schändlicherweise die Resignation des alten Kämpfers Eisler, um aus seinen Äußerungen die Bestätigung ihrer eigenen bürgerlichen Anschauungsweise und die Rechtfertigung für ihre Untätigkeit im Klassenkampf zu holen. Wir Kommunisten ziehen es vor, uns an dem kämpferischen Hanns Eisler aus der Zeit der Weimarer Republik, aus der Zeit des spanischen Bürgerkriegs zu orientieren. Damals wäre es ihm nämlich niemals eingefallen, zu raten, bestimmte Sachen nicht zu politisieren, weil er den dahinter lauernden Angriff der Bourgeoisie sofort gerochen hätte.
Was die wiedererstarkende westdeutsche Arbeiterbewegung braucht, sind Kampflieder, die man auf der Straße singen kann, und die eine gute agitatorische Wirkung haben. Dazu brauchen wir Musiker, die sich mit dem Kampf der Arbeiter verbinden und ihre Fähigkeiten dem Proletariat zur Verfügung stellen. Im Kampf werden die besten Lieder geboren werden, und im Kampf wird die musikalische Tradition des Proletariats wiedererstehen (selbstverständlich unter Ausnutzung der nützlichen Bestandteile der alten Musik). Da wird es keine genialen Individuen geben, die ihren Weltschmerz in Töne gießen, weil sie unter der Orientierungslosigkeit der Bürgerklasse leiden, sondern Mitkämpfer, die ihre Arbeit zur Diskussion stellen und wissen, daß sie nur aus beständiger Selbstkritik dazulernen werden. Dabei haben dann auch alle die Möglichkeit, ihr musikalisches Bewußtsein soweit zu schärfen, daß sie die bürgerliche Musik nicht unkritisch schlürfen und sich an ihrem Wohllaut besaufen, sondern den bürgerlichen Charakter dieser Stücke klaren Verstandes erkennen. H.S., Ffm